

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

# Politische Berichte



23. Dezember 1988  
Jg. 9 Nr. 26

G 7756 D

Preis:  
2,50 DM

## *Volkszählung*

**Bundesinnenminister  
Zimmermann  
legt die ersten  
Ergebnisse vor**

*Seite 7*

## *Sri Lanka*

**Gespannte Lage  
vor den  
Präsidentschaftswahlen**

*Seite 15*

## *9-Std.-Schichten bei Daimler*

**„Ihr habt  
eine Schlacht  
gewonnen,  
nicht den Krieg“**

*Seite 24*

## *Rosenberg-Prozeß USA*

**„Wir sind  
die ersten  
Opfer des  
Faschismus“**

*Seite 32*



Frauenarbeit in der Buchbinderei. Die Papierbögen, die die Frauen auflockern müssen, wiegen oft über 20 Kilogramm.

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442  
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/211658

## Inhalt 26/88

## Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
<b>EG-Konferenz:</b> DGB braucht soziale Mindestnormen.....	5
<b>Seeschifffahrt:</b> Heimatlöhne statt ÖTV-Tarife.....	7
<b>Lohnbewegung:</b> IGM Heidelberg für mehr Urlaubsgeld....	7
<b>Volkszählung:</b> Innenminister legt erste Ergebnisse vor....	7
<b>Asylrecht:</b> Späth will Grundgesetz ändern.....	8
EG-Innenminister wollen Asylrecht verschärfen.....	9
<b>Kurden:</b> Hungerstreik gegen Haftverschärfungen.....	10
Erklärung der Verteidiger.....	11

## Auslandsberichterstattung

<b>VR China:</b> Verschärfte Disproportionen in der Wirtschaft....	12
<b>Südafrika/Azania:</b> Regime verfolgt bewaffneten Kampf....	13
<b>USA:</b> Bush's Kabinett: rechte Veteranen.....	14
<b>Iran:</b> Massenhinrichtungen des Regimes.....	14
<b>Türkei/Kurdistan:</b> Die Hungerstreiks waren erfolgreich....	15
<b>Sri Lanka:</b> Vor den Präsidentschaftswahlen.....	15
Internationale Meldungen.....	16

## Aus Verbänden und Parteien

## Veröffentlichungen:

Junge Union: Strategie gegen Klassenkämpfe.....	18
Gewerkschafter und SPDler zur Betriebsverfassung.....	18
„Mehr Arbeitsplätze ohne Lohnverzicht“.....	18
IG Metall: „Tarifpolitik im Strukturwandel“.....	19
§ 218: Kirche will Aufopferung im Familienverband.....	19

## Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
<b>Niedersachsen:</b> Umfang, Struktur von Obdachlosigkeit....	22
<b>Weinheim:</b> Neonazi-Stadtrat unter Beschuß.....	22
<b>NRW:</b> Widerstand gegen Hochschulplanung.....	23
<b>FU Berlin:</b> Sand in der Universitätsmaschine.....	23
<b>Daimler:</b> „... eine Schlacht gewonnen, nicht den Krieg“....	24
<b>Blaupunkt:</b> Die Fertigung wird zentralisiert.....	25
<b>Ausländergesetze:</b> Betätigungsverbot für Linke.....	25
<b>NRW:</b> Konzernförderung durch Umweltpolitik.....	26
Gesundheitliche Gefahren der Giftmüllverbrennung.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
<b>EG-Wahlen:</b> Proteste gegen DVU-Auftaktveranstaltung....	29

## Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

<b>Jiddische Literatur:</b> Lieder, Gedichte und Romane.....	30
Der ausgewachsene Narr.....	30
Lied der Liebe.....	30
Jiddische Volkslieder.....	30
Judentum in Polen.....	31
Die Brüder Aschkenasi.....	31
Der Fiedler vom Getto.....	31
<b>Rosenberg-Prozeß:</b> „... erste Opfer des Faschismus“....	32

## Spezialberichte

<b>Druck und Papier:</b> Lohnsituation ist entscheidend.....	34
Lohnforderung von 6,5% in der Papierverarbeitung.....	34
Manteltarife Druck und Papier in Verhandlung.....	35
Bundesverband Druck fordert die Gewerkschaft heraus....	36
Facharbeiterorientierung gefährdet Mobilisierung.....	37

## Sozialstatistik

<b>Bosch:</b> Trotz Tarifierhöhung Nominallohnsenkung.....	38
--	----

Türkei-Tribunal:  
Schlußerklärung

Am 10./11.12.1988 fand in Köln ein internationales Tribunal gegen das Regime in der Türkei statt. Das Tribunal war vom Türkei-Informationsbüro Hannover und anderen türkischen und kurdischen Organisationen vorbereitet worden und u.a. von den Grünen unterstützt worden. Ca. 100 Leute nahmen an den Anhörungen des Tribunals teil. Auf der Festveranstaltung in der Universität waren grob geschätzt 2000 Leute. Mehrere Vertreter der SHP und des Menschenrechtsvereins hatten auf Druck der türkischen Regierung und des SHP-Vorstands ihre Teilnahme abgesagt, der

zu den Mitteln der Deportation, die ein weiterer eklatanter Verstoß gegen das in den Genfer Konventionen von 1949 normierte Verbot darstellt...

...Ohne die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten der Türkei, der BRD und der USA nach dem Putsch hätte der von der Polizei ausgeübte Terror nicht derartige Ausmaße und Wirkungen erreichen können...

...Wir fordern insbesondere die Bundesregierung und die Behörden der Bundesrepublik auf, nicht durch administrative Maßnahmen oder politische Prozesse gegen politisch aktive Türken und Kurden dem türkischen Regime Unterstützung zukommen zu lassen.“ — (rül)



Mitglieder der Jury des Tribunals.

Mutter eines Gefangenen wurde von der BRD-Botschaft das Visum für die Einreise verweigert. In der Abschlusserklärung des Tribunals heißt es u.a.:

„Die Jury muß aufgrund zahlreicher Beweise feststellen, daß die türkische Regierung die Existenz der etwa 12 Millionen Kurden auf dem Territorium der Türkei leugnet. Sie setzt dabei alle Mittel der Unterdrückung und Repression gegen die ganze Bevölkerung ein, um die historisch gewachsene Existenz dieses Volkes zu negieren... Diese Politik verstößt eindeutig gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in Art. 2 der UNO-Charta, den beiden Menschenrechtspakten von 1966 und in zahlreichen UN-Resolutionen als zwingendes Völkerrecht anerkannt ist. Die türkische Regierung greift in diesem Zusammenhang auch

Schriftstellerkongress  
Offene Bündnisfragen

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS, 2400 Mitglieder) beschloß den Beitritt zur IG Medien. Die Auseinandersetzungen auf dem Schriftstellerkongress am 10.12. in Stuttgart wurden in der bürgerlichen Presse breit kommentiert. Die Süddeutsche Zeitung meint, daß die verhängnisvolle Entwicklung für den Schriftstellerverband vor 16 Jahren begonnen habe, als nämlich der VS „in einem Anfall von kollektiver Geistesverwirrung sich zu einem Anhängsel der IG Druck und Papier machte.“ Die Zeitung rät den Schriftstellern, den Verband außerhalb des DGB zu organisieren. Die Austritte von Günter Grass, Anna Jonas und anderen weisen auf Probleme bei der bevorstehenden Entwicklung der IG

Medien. Erklärungen dazu, es würde sich um die ewigen Einzelgänger handeln oder um gutsituierte Schriftsteller, die die Gewerkschaft sowieso nicht nötig hätten, greifen zu kurz. Wichtige Fragen der Bündnispolitik für die IG Medien sind nicht gelöst. Um eine Front gegen die Medienkonzerne aufbauen zu können, kann nicht der Standpunkt von Detlef Hensche bezogen werden, daß der VS die IG Druck, die IG Druck aber nicht den VS brauche. Anna Jonas in der TAZ: „Da ich schließlich kein Politiker bin und auch nicht sein will, müßte die politische Utopie mein Beitrag sein. Künstlerverbände bringen nur dann Impulse ein, wenn sie mit voller Autonomie politisch intervenieren können.“

— (hao)

### „Autonome Republik Wolgadeutscher“?

Am 07.12.88 hat in der Lüneburger Hochschule ein gewisser Waldemar Weber vor 50 Zuhörern einen Vortrag gehalten. Thema: „Haben die Deutschen in der UdSSR eine Zukunft“. Die Veranstaltung wurde von der Ost-Akademie Lüneburg in Zusammenarbeit mit dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) durchgeführt. Der VDA organisiert gegenwärtig eine Vortragsreise des Herrn Weber durch die BRD. Die Lüneburger Landeszeitung

stellte Herrn Weber als „Rußlanddeutschen, Germanist und Schriftsteller“ vor. Das Besondere: Herr Weber bezeichnete sich als Mitglied einer „rund 500köpfigen Initiativgruppe, die seit dem Frühjahr in Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der KPdSU für eine Wiedererrichtung der 1941 von Stalin liquidierten Autonomen Republik der Wolgadeutschen eintritt.“ Die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion geben der alten großdeutschen „Volksgruppenpolitik“ offensichtlich starken Auftrieb: Weber vertrat die Auffassung, „daß der Oberste Sowjet bis zur Konferenz über Nationalitätenfragen im Sommer 1989 die Wiederherstellung der Autonomie der Rußlanddeutschen beschließen werde.“ Die „Initiativgruppe“ betreibt breitflächige Wühlarbeit: „In Gesprächen mit den Rußlanddeutschen, die heute über das ganze Land verstreut sind, sei festgestellt worden, daß rund 300 000 vor allem junge Menschen bereit wären, in die Dörfer an der Wolga zurückzukehren ... Anderenfalls könnte der Weggang vieler Deutscher aus der Sowjetunion nicht gestoppt werden.“ Im Oktober 1988 hat Weber laut Lüneburger Landeszeitung diese Pläne mit Bundeskanzler Kohl während dessen Moskauaufenthalt besprochen.

Quelle: Lüneburger Landeszeitung, 06.12.88, 13.12.88 — (thr)

### Thyssen will sich an Krupp beteiligen

Der Thyssen-Konzern hat öffentlich Interesse bekundet, sich in den Krupp-Konzern einzukaufen. Auch wenn der Krupp-Vorstand und die Krupp-Stiftung, die über 74,99% des Konzerns verfügt, erklärten, daß eine Beteiligung von Thyssen „weder angezeigt noch sinnvoll“ sei, ist die Sache offensichtlich nicht vom Tisch. — Bereits 1983 hat Thyssen mit Krupp und Hoesch über eine Fusion verhandelt. Der Vorschlag zur Fusion kam damals von den „Stahl-Moderatoren“, zu denen Herrhausen von der Deutschen Bank gehörte, der nach wie vor bei Thyssen im Aufsichtsrat sitzt. Die Verhandlungen scheiterten an Fragen der Kapitalbewertung, d.h. letztlich an der Frage, wer das Sagen hat. Zur Zeit macht Krupp Verluste im Anlagengeschäft, die durch Profite in anderen Bereichen nicht ausgeglichen werden, während Thyssen seinen Gewinn von 535 Mio. DM 1987 auf 1,1 Mrd. DM verdoppeln konnte und eine Beteiligung an Krupp ohne Probleme finanzieren könnte. — Thyssen und Krupp hatten 1985 zusammen 190 000 Beschäftigte und 53 Mrd. DM Umsatz. Dies liegt etwas unterhalb der Größenordnung von Daimler-Benz und entspricht der von Siemens und VW. Thyssen und Krupp wä-

ren zusammen der größte Edelstahl-Produzent der Welt, sie ergänzen sich bei der Rüstungsproduktion: Thyssen baut in Kassel den Schützenpanzer Marder und auf zwei Werften Kriegsschiffe, Krupp montiert bei MaK Kiel den Leopard II und stellt bei Atlas Elektronik in Bremen hochmoderne Waffentechnik her. Hinzu kämen Rationalisierungsmöglichkeiten durch die Zusammenfassung von Tochterfirmen im Maschinenbau. — Dafür, daß eine Beteiligung von Thyssen an Krupp nicht erledigt ist, sprechen auch die in der Presse breitgetretenen Auseinandersetzungen im Krupp-Aufsichtsrat. Berthold Beitz, Vorsitzender des Aufsichtsrates und der Krupp Stiftung, wird vorgeworfen, „strategische Entscheidungen“ zu verhindern. Nach einer Aufsichtsratssitzung am 6.12. kündigte er an, im Juni 1989 vom Aufsichtsratsvorsitz zurückzutreten. — (wof)

### Urteil gegen geltende Sozialplanregelungen

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat beschlossen, daß bei Ablehnung eines „zumutbaren anderen Arbeitsplatzes kein Abfindungsanspruch“ besteht, da der Entlassene dadurch gegen das Ziel der Weiterbeschäftigung verstoße. Das BAG wendet sich damit gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die Ermessungsrichtlinien der Einigungsstelle. Spreche die Einigungsstelle auch solchen Arbeitnehmern Abfindungen oder sonstige Sozialplanleistungen zu, die einen anderen zumutbaren Arbeitsplatz ablehnen, sei dies ermessensmißbräuchlich und könne angefochten werden. Das BAG folgte einem Antrag der Klöckner-Humboldt-Deutz AG. Der Konzern hatte einen Beschluß des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf von 1986, der den Betriebsrat unterstützte, angefochten. Der Erste BAG-Senat stellte zudem fest, daß die Einigungsstelle bei der Festlegung, wann ein Arbeitsplatz unzumutbar ist, nicht auf alle denkbaren persönlichen Umstände Rücksicht nehmen muß. Akt. Zeichen: 1 ABR 23/87. Handelsblatt, 16.12.88 — (mal)



In verschiedenen Städten der BRD fanden am 10. Dezember Demonstrationen zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes statt. An diesem Tag jährte sich der Beginn des Aufstandes in den von Israel besetzten Gebieten zum ersten Mal. Die Demonstrationen unterstützten die PLO, sie forderten die Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung. Die Demonstrationen wurden von verschiedenen politischen Kräften und Aktionseinheiten durchgeführt. Bild: Demonstration in Hamburg. — (uld)

## Aktuell in Bonn

### EG-Polizeikooperation

Am 12. Dezember trafen in Brüssel Regierungsvertreter der BRD, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Niederlande zusammen, um im Rahmen des sogenannten „Schengener Abkommens“ die polizeiliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Bis 1990 sollen nach diesem Abkommen alle Personenkontrollen an den Grenzen zwischen den beteiligten Staaten wegfallen. Von der Bundesregierung war dies schon vor einiger Zeit als Fortschritt zu einer „EG ohne Grenzkontrollen“ begrüßt worden. Inzwischen ist unübersehbar, daß das Abkommen vor allem Polizeivollmachten erweitert. „In Kürze“ soll ein weiteres Abkommen vorgelegt werden, das u.a. den Ausbau des sogenannten „Schengener Systems“, eines mehrstaatlichen polizeilichen EDV-Systems, eine Angleichung des Waffenrechts, des Ausländer- und Asylrechts und schnellere Amtshilfe vorsieht. Italien und Österreich wollen dem „Schengener Club“ beitreten.

### Neue EG-Kommissare

Am 16.12. stellte sich in Brüssel die neue, auf vier Jahre amtierende EG-Kommission vor. Der CSU-Politiker Schmidhuber übernimmt Haushalt und Finanzkontrolle, um dafür zu sorgen, daß das Land Bayern und die Firma Siemens nicht zu kurz kommen. Martin Bangemann bekommt die Ressorts Binnenmarkt und Industriepolitik und kann damit weiter für Daimler-Benz wirken. Der Bertelsmann-Konzern hat auch seinen Kommissar: Der Luxemburger Jean

Dondelinger wird zuständig für „Rundfunk- und Fernsehpolitik“, „ein Sektor, der ihm bestens vertraut sein dürfte“, wie das „Handelsblatt“ anmerkt.

### Noch mehr Türkeihilfe

Die Bundesregierung weitet ihre Türkeihilfe noch mehr aus. Am 15.12. gab das Entwicklungshilfeministerium bekannt, in Ankara sei ein neues „Entwicklungshilfeabkommen“ unterzeichnet worden. Danach erhält die Türkei in den nächsten Jahren weitere 307 Mio. DM „Entwicklungshilfe“, 280 Mio. DM davon in Form von Krediten. Wofür diese Mittel gezahlt werden, ist noch nicht bekannt.

### Bundesbank: Zinserhöhung

Zum 16. Dezember hat der Zentralbankrat der Bundesbank den Lombardsatz von 5,0 auf 5,5% erhöht. Der Lombardsatz ist der Zins, den die Banken der Bundesbank zahlen müssen, wenn sie bei ihr Kredite aufnehmen und dafür festverzinsliche Wertpapiere als Sicherheit hinterlegen. Die Bundesbank beeinflusst darüber den Zinssatz für solche Papiere. Die Erhöhung des Lombardsatzes wird wahrscheinlich die Zinsen für Staatschuldenscheine sowie bei Bauvorhaben erhöhen und so die Zinslast der öffentlichen Haushalte steigern.

### Ministerpräsidentenkonferenz

2,1 Milliarden DM werden Bund und Länder in den nächsten sieben Jahren zusätzlich für den Ausbau der Hochschulen bereitstellen. Das beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Konferenz in Bonn am 15.12. Damit sollen zusätzliche Lehrkräfte eingestellt werden, die etwa 10000 Studenten mehr als bisher geplant in Fächern wie Be-

triebswirtschaftslehre und Informatik ausbilden sollen. Parallel dazu sollen alle Möglichkeiten zur Verkürzung der Studienzeiten genutzt werden. Zusätzlich wollen die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Bundesländer bei der Bundesregierung eine Ausweitung der Mittel für den Hochschulausbau zu erreichen. 250000 Studienanfänger hatten sich in diesem Winter an den Hochschulen neu eingeschrieben.

### Zivilrecht: Kurzer Prozeß

Mit einem „Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz“ will die Bundesregierung Zivilverfahren beschleunigen. Der umfangreiche Gesetzentwurf sieht u.a. Einschränkungen der Revisions- und Beschwerdemöglichkeiten, Kostenerhöhungen und kürzere Entscheidungswege vor. Der Justizminister deutet eine deutliche Zunahme von Klagen gegen Eigentümer einzelner Wohnungen an. Solche „Eigentumsbildung“ fördert die Bundesregierung schon lange. Nun soll die Justiz schneller zugreifen können, wenn solche kleinen Eigentümer in Zahlungsschwierigkeiten kommen. (Bt.-Drucksache 11/3621)

### Aussiedlerkonferenz

Der Bundesregierung ist es gelungen, die Gewerkschaften in ihre revanchistische „Aussiedler“-Kampagne einzubinden. Am 11.12. trafen im Kanzleramt Vertreter der Kapitalisten, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände und der Vertriebenenverbände zur ersten nationalen „Aussiedlerkonferenz“ zusammen. In ihrer Pressemitteilung nach der Konferenz behauptet die Bundesregierung, „alle Beteiligten“ hätten den „Aussiedlern“ „im Rahmen ihrer jeweiligen Verantwortungs- und Aufgabenbereiche tatkräftige Unterstützung“ zugesagt. (Pressemitteilung der Bundesregierung Nr. 580/88 vom 12.12.1988)

### Was kommt demnächst?

Am 1.1.1989 treten in Kraft:

- das Gesundheitsreformgesetz und damit zahlreiche Verteuerungen für alte und kranke Lohnabhängige;
- das Arbeitsförderungs-gesetz mit Einschränkungen bei Umschulungen, Fortbildungen, Einarbeitung usw. sowie mit dem „Teilzeit-Vorruhestand“ anstelle des bisherigen Vorruhestands;
- das Mitbestimmungsgesetz inkl. „Sprecherrat“ für leitende Angestellte;
- das Verbrauchsteuergesetz mit zahlreichen Steuer- und damit Preiserhöhungen. Die Steuer auf bleifreies Benzin steigt um 9 Pfg., die auf verbleites Benzin um 12 Pfg. die für leichtes Heizöl um 2 DM je 100 kg. Erdgas wird um 26 Pfennig je 100 KWh teurer, die Steuer auf Zigaretten steigt um 10%. Die Steuerbefreiung für schadstoffarme Dieselpkw entfällt, die Kfz-Steuer für Dieselpkw steigt, die Versicherungssteuer gleich um 30%.



Verteidigungsminister Scholz sei „ein Mann mit ungeheurer Arbeitskraft und Einsatzbereitschaft“. er sei „mit dem vorzüglichen Minister sehr zufrieden“, hat Kanzler Kohl seinen Minister nach der Entlassung von Staatssekretär Würzbach verteidigt. Würzbach, bisher schon durch Aufschneiderei mehrfach aufgefallen, hatte ohne Rücksprache mit dem Minister nach dem Remscheider Flugzeugunglück ein Tiefflugverbot verhängt. Maulheldentum und zugleich Laumann, wenn's mal knallt: So was wird bei Kohl gefeuert



## Nationale Europa-Konferenz

# Kohl: „... Flexibilität und Mobilität“ DGB braucht soziale Mindestnormen

Bundeskanzler Kohl hat am 7. Dezember Vertreter der Unternehmensverbände, der Gewerkschaften, der Länder und der Wissenschaft zu einer „Nationalen Europa-Konferenz“ eingeladen, die — so ist zu befürchten — zu einem dauerhaften konzertierten EG-Forum eingerichtet wird.

In seiner Eröffnungsrede betonte Kohl die Absicht der Bundesregierung, die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 mit allen Nachteilen für die Lohnabhängigen anzuvisieren: „... erfordert von allen, auch von unserer Gesellschaft, Flexibilität und Mobilität im Denken und Handeln ... Wir können es uns nicht erlauben, erstarrte oder gar überlebte Strukturen um jeden Preis zu erhalten. Wir sollten daher den Binnenmarkt nutzen, um die überfälligen Strukturanpassungen in der einen oder anderen Region jetzt einzuleiten und, wo nötig, zu beschleunigen. Das kann mitunter bedeuten, daß wir Entscheidungen treffen müssen, die kurzfristig gesehen auch unpopulär, ja sogar schmerzlich erscheinen mögen. Dies ist Bestandteil jeder Veränderung, jeder Anpassung an neue Gegebenheiten in der Politik wie in der Wirtschaft.“ (1)

Die Kapitalistenverbände, angeführt durch den BDI-Präsidenten Tyll Necker, sprachen sich wie erwartet „gegen die gesetzliche oder tarifliche Harmonisierung von Einkommen und sozialen Standards in der Gemeinschaft“ aus. (2)

Der SPD, die den DGB maßgeblich auf diese Konferenz gezerzt hat, ging es darum, den Gewerkschaftsbund auf eine „kooperative Stärkung der europäischen Wirtschaft“ festzulegen. Das tat die SPD, obwohl die komplette Bundestagsfraktion bereits im Mai bei einem Hearing die Grundposition der Arbeitgeber zur Kenntnis nahm, die Dr. Himmelreich ausführte:

1. Die Rechtsgrundlagen der EG seien eindeutig auf eine Wirtschaftsgemeinschaft ausgerichtet, nicht aber auf eine Sozialgemeinschaft.

2. Der Versuch der EG-Kommission, über Richtlinien europäisches Sozialrecht zu installieren, sei das Ergebnis einer „expansiven“ Auslegung der EG-Rechtsgrundlagen.

3. Die sozialen Verhältnisse würden sich zwangsläufig an die wirtschaftlichen anpassen.

4. Bei Verwirklichung des sozialen Binnenmarktes bestehe für die deutsche Wirtschaft Anpassungsbedarf bei: Sonntagsarbeit, Schichtarbeit (Maschinenauslastung) und Abbau überzogener Arbeitsschutzregelungen. (3)

Der DGB weiß, daß Deregulierung bis hin zur Vernichtung von Gewerkschaften droht. Die Theorie des DGB ist jedoch, daß die EG-Wirtschaftspolitik zunehmenden Legitimationsbedarf habe und sich daraus sozialpolitische Chancen ergäben. Der DGB glaubt sogar, mit dem Scheitern der europäischen Integration drohen zu können:

„Die ununterbrochene Ankündigung einer sozialen Deregulierungswelle, von der jedermann weiß, daß sie mit uns nicht zu verwirklichen ist, bringt mehr und mehr Menschen in diesem Lande gegen das Ziel der europäischen Integration auf ... Denn wenn es in der europäischen Bilanz wenige Gewinner und Millionen von Verlierern geben würde, dann wären flächendeckende soziale Konflikte unvermeidlich,“ mahnte Breit. Unter solchen Bedingungen aber

stem“, den „sozialen Frieden“ und das „Zusammenwirken der Sozialpartner“ erwähnte. All dies stehe „nicht zur Disposition“. Der Binnenmarkt dürfe nicht zu einer Nivellierung nationaler Vorschriften führen, die dem Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Rechte dienen. Das sagte der Kanzler, unter dessen Regierung diese Schutzrechte im Augenblick zertrümmert werden. Man werde sich von den europäischen Partnern das Modell der Mitbestimmung „nicht abhandeln lassen“, sagte der gleiche, der soeben die Änderung der Betriebsverfassung samt Verschlechterung der Montanmitbestimmung verabschieden ließ.

Die Antwort des DGB auf diese Frechheiten kann eigentlich nur sein, die Sozialcharta tatsächlich auszuarbeiten.

Eine Kommission der europäischen Gemeinschaften legte am 14. September



Steinkühler (IGM) und Stumpfe (Gesamtmetall) reichen sich die Hand.

sei das ehrgeizige Ziel der Integration nicht durchsetzbar.“ (4)

Ernst Breit verlangte auf der Europa-Konferenz, der Abbau von sogenannten Handelshemmnissen dürfe nicht auf Kosten der Gesundheit der Arbeitnehmer gehen. Erforderlich sei die Verankerung einer Charta verbindlicher sozialer Grundnormen in der EG. Besonders wichtig sei die Erhaltung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung.

Kohl pries die deutsche Konkurrenzfähigkeit, als deren elementare Bestandteile er die „hohe Leistungsbereitschaft“, das „freie Gesellschafts-

ein Arbeitsdokument vor, das „die soziale Dimension des Binnenmarktes“ umschreibt: „Bei dem in allen Gebieten der Gemeinschaft erreichten Niveau wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Sicherung und ungeachtet der noch bestehenden großen Unterschiede wird die Mobilität der Arbeit eher einen marginalen (am Rande stehenden, d. Verf.) Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialem Zusammenhang leisten. Die innergemeinschaftlichen Wanderungen werden ... aller Voraussicht nach vor allem hochqualifizierte Fachkräfte betreffen ... Die Mobilität des Produktivkapitals



Mit dem europäischen Binnenmarkt wollen die Kapitalisten den Druck auf die Arbeiter steigern.

hingegen dürfte nach allen logischen Erwartungen zunehmen, da die Vollenendung des Binnenmarktes den Fortfall zahlreicher Hemmnisse für einen freien Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr beinhaltet ... Als Instrumente im Dienste der Sozialpolitik bieten sich ... Maßnahmen zur Harmonisierung der Vorschriften über die Arbeitsbeziehungen und die Arbeitsbedingungen an ... (so daß) auf der Grundlage prioritärer Initiativen ein ‚sozialer Sockel‘ in der Gemeinschaft geschaffen wird ... soziale Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, mit denen sich die Gewinne aus dem Binnenmarkt maximieren lassen ... Mit der Konkretisierung des Binnenmarktes werden sicherlich auch einschneidende Veränderungen in der Organisation der Unternehmen einhergehen ... Dies setzt eine Solidaritätsanstrengung voraus, die vor allem auf nationaler Ebene ... zum Tragen kommen muß ...“

### Der EGB hat schon Mindeststandards entwickelt

Schon 1980 hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in seinem Aktionsprogramm zur Arbeitsmedizin Positionen erarbeitet, die für eine europäische Sozialcharta von Bedeutung wären, und die der DGB gegen die Vorhaben der politischen Reaktion, der Konzerninteressen und ihres europäischen „nationalen Dialogs“ aufgreifen sollte. Der DGB als weitaus stärkste Gewerkschaft innerhalb des EGB ist maßgeblich an den Inhalten beteiligt. Das gleiche gilt für die Stellungnahme des EGB zu „Binnenmarkt und europäischer Sozialraum“ vom Dezember 1985:

„Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation ...“

16. Der EGB ist der Ansicht, daß sämtliche Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag abgesichert sein müssen. Außerdem müssen gesetzliche Maßnah-

men ergriffen werden, durch die sämtliche Formen atypischer Arbeit eingeschränkt und die Bedingungen ihrer Einführung geregelt werden; gleichzeitig muß darauf geachtet werden, daß die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gewährleistet ist (Zeitarbeit, Heimarbeit, Arbeit am Wochenende, zeitlich begrenzte Arbeitsverträge usw.).

17. Nachtarbeit, die die Gesundheit der Arbeitnehmer in hohem Maße belastet, muß auf Tätigkeiten beschränkt werden, die einen gesellschaftlichen Nutzen haben. Schichtarbeit ist nur annehmbar, wenn gewisse Garantien entweder gesetzlich oder in Tarifverträgen verankert sind (Pausen, Rotationszyklen, Arbeitsdauer, soziale Einrichtungen usw.).

18. Eine wöchentliche Ruhepause von 48 Stunden Dauer muß für sämtliche Arbeitnehmer gewährleistet sein.

19. Die Anpassung der Arbeitsorganisation an die neuen Produktionsformen ist zwischen den Sozialpartnern auszuhandeln.

Produktionsmethoden und Arbeitsbedingungen sind eine ständige Bedrohung für die Gesundheit der Arbeitnehmer, und zwar vor allem aus folgenden Gründen:

- die wenig menschengerechte Form der Arbeitsorganisation, die wachsende Ausbeutung der Arbeitskraft, die Beschleunigung der Arbeitstakte und der Arbeitsintensität, zu lange Arbeitsdauer und zu große Arbeitsbelastung sowie eine viel zu weitgehende Arbeitsteilung;
- Einführung neuer Produkte und Technologien ohne vorherige Erprobung der damit verbundenen Risiken für die Arbeitnehmergesundheit ...
- Ausschluß der Arbeitnehmer von der Wahl der Produktionstechniken und der Form der Arbeitsorganisation;
- Ausschluß der Arbeitnehmer von der ständigen Kontrolle der Arbeitsbedingungen in einer großen Zahl von Län-

dern.

Alle diese Gefahren erfordern den Ausbau und die verstärkte Anwesenheit der arbeitsmedizinischen Dienste am Arbeitsplatz.“

Der DGB hätte in den Gesprächen genügend Munition, um Kohls Initiative für eine konzertierte EG-Aktion zurückzuschlagen. Dem war nur vereinzelt so.

### Kohl bekräftigt seine Politik für die Konzerne

In der Abschlusserklärung der „Nationalen Europa-Konferenz“ kann Kohl feststellen: „... Dieses heutige Zusammentreffen hat meine Erwartungen im Grunde übertroffen ... auch die Art und Weise, wie unterschiedliche Meinungen hier ausgetragen worden sind, scheinen mir der richtige Weg, um gemeinsam zu überlegen: Was können wir zur Wahrung der Interessen der Bürger der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft tun?“ (1)

Die Antwort blieb er nicht lange schuldig. Auf der Tagung der „Isny-Runde“, die jährlich stattfindet und sich zu einer hochkarätigen Veranstaltung der Spitzenmanager entwickelt hat, „nutzte (Kohl) die Gelegenheit, um den deutschen Unternehmern das Versprechen zu geben, Bonn werde alles in seiner Macht stehende tun, um die deutsche Wirtschaft für den Wettbewerb im Europäischen Binnenmarkt ‚fittzumachen‘.“ (2)

Überschrieben war der Handelsblatt-Artikel: „Bonn rechnet mit heftigem Streit um Binnenmarkt“. Der DGB wird schnell zur Veröffentlichung ausreichender Schutz- und Mindeststandards kommen müssen, soll die Auseinandersetzung mit Regierung und Kapitalisten erfolgreich enden.

Quellenhinweis: (1) Bulletin der Bundesregierung, 9.12.88; (2) Handelsblatt, 6.-12.12.88; (3) Materialien des DGB-Bundesvorstandes zur EG; (4) DGB-ND, 10.10.88; Materialien des EGB, Februar 1988 — (mal, poj)

## Seeschifffahrt

## Heimatlöhne statt ÖTV-Tarife

Am 9. Dezember hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsparteien die Einführung eines zweiten Schiffsregisters beschlossen. Diejenigen Reeder, die ihr Schiff in dieses BRD-Zweitregister einschreiben lassen, sind bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen nicht mehr an die ÖTV-Tarife gebunden.

Der Bundesrat muß dem Gesetz noch zustimmen. Sobald das Gesetz gültig ist, haben die Reeder die Möglichkeit sich mit Seeleuten aus Taiwan, Korea, Philippinen usw. billig einzudecken. Es war keine Panikmache der Gewerkschaft ÖTV, wenn sie behauptete, daß die über große Anzahl der Seeleute-Arbeitsplätze zu ÖTV-Tarifen durch die Gesetzgebung in Bonn vernichtet werden.

In zweierlei Hinsicht ist dieses Gesetz einmalig. Zum einen wird per Gesetz ein ÖTV-Tarif außer Kraft gesetzt, da es den Reedern erlaubt wird, sich Seeleute unter Tarif zu beschaffen. Darüber hinaus ist es eine Einmaligkeit, daß sich Entlohnung und Arbeitsbedingungen auf BRD-Hoheitsgebiet völlig legal nach der Hautfarbe und dem Heimatland richten.

Da in der BRD nur gegen die Arbeitgeber gestreikt werden darf und keinesfalls das Parlament unter Druck gesetzt werden darf, will die ÖTV sich darauf beschränken, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der ÖTV, erklärte am Tag der Beschlußfassung im Bundestag: Das Gesetz sei ein „flagranter Eingriff in deutsches Arbeits- und Tarifrecht“.

Der Gang zum Bundesverfassungsgericht scheint jedoch insofern aussichtslos, als sich die SPD keineswegs prinzipiell gegen die Beschäftigung von Seeleuten zu Heimatlöhnen wendet. So beantragte etwa Bremen im Bundesrat durch einen eigenen Gesetzentwurf die ertragsunabhängigen Steuern für Reeder zu halbieren, die Lohnsteuer für Seeleute zu senken und zwei Drittel der Arbeitsplätze auf BRD-Schiffen den Seeleuten aus EG-Staaten vorzubehalten. Das fehlende Drittel kann dann durchaus zu Heimatlöhnen beschäftigt werden. Der Hamburger SPD/FDP-Senat wollte diese Initiative unterstützen. Der Gesetzentwurf wurde jedoch auf 1989 vertagt. Einig war man sich im Bundestag, daß ein „ergänzendes, aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel nötig ist, um der Seeschifffahrt zu helfen“.

Mit diesen Maßnahmen sind Subventionen jeglicher Art gemeint. Wahrscheinlich erhalten die Reeder, die ihre Schiffe im BRD-Zweitregister einschreiben und zu Heimatlöhnen beschäftigen,

auch noch Geldgeschenke um sie vom Ausflagen abzuhalten. Ladungslenkende Maßnahmen, die einen 40%-Anteil des Warenverkehrs der BRD-Flagge sichern, sind damit nicht gemeint, obwohl dadurch die Ausflagung schnell gestoppt wäre. Denn die sogenannte Verladerschaft möchte auf gar keinen Fall den „freien Weltmarkt“ irgendwie angreifen. Profitiert doch gerade deutsches Kapital durch freien Handel und Wandel auf der ganzen Welt. Zusätzlich können die Waren aus der BRD durch den Einsatz von Billigflaggenschiffen noch preisgünstiger auf den Weltmarkt geworfen werden und die Rohstoffe können so billiger eingekauft werden. Diese Wirtschaftsinteressen möchte die SPD auch nicht angreifen.

Quellenhinweis: Deutsche Verkehrszeitung, div. Ausgaben — (obj)

## Lohnbewegung

## IGM Heidelberg für mehr Urlaubsgeld

„Aufgrund der derzeitigen Situation vieler Lohnabhängigenhaushalte und der 1989 drohenden weiteren Verschlechterung“ hat die IG Metall-Vertreterver-



sammlung Heidelberg folgende Entschließung verabschiedet: „Die Delegiertenkonferenz der IG Metall Heidelberg vom 6.12.88 bittet Bezirksleitung und Tariffkommission, zu prüfen, in welcher Form 1989 eine Verbesserung bei den tariflichen Einkommensbestandteilen zu erreichen ist. Aufgrund der zeitlichen Lage erscheint uns z.B. eine Kündigung des mit Dreimonatsfrist zum Monatsende kündbaren Urlaubsabkommens geeignet, um eine kräftige Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes durchzusetzen.“

Ein entsprechender Antrag war vom Graubremse-Vertrauenskörper eingebracht worden: Abverlangte Leistung und Gewinne seien gestiegen, bei gleichzeitig anziehender Teuerung. Trotz 2,5% Tarifierhöhung ab 1.4.89 drohe Reallohnsenkung. Tariffkommission und Vorstand hätten 1987 zurecht festgestellt, daß für diesen Fall eine Kündigung und Verbesserung z.B. beim tariflichen Urlaubsgeld vorstellbar sei. Dies würde z.B. auch befristet Beschäftigten etwas nützen.

Die Vertreterin der IGM-Bezirksleitung Stuttgart war in der Konferenzdebatte der Ansicht, es gebe „kein breites Drängen nach Nachschlag“. Das Anliegen sei zwar „berechtigt“, allerdings würden „strategische Gründe“ dagegen sprechen: Man müsse die Tariffbewegung 1990 bereits nach dem nächsten Sommer vorbereiten und könne deshalb 1989 keine zusätzliche Tariffbewegung führen. Mehr Lohn müsse zusammen mit der Arbeitszeitverkürzung 1990 erkämpft werden. Die IGM könne es sich nicht leisten, daß die Unternehmer sie 1989 mit der Tarifforderung „Mehr Urlaubsgeld“ am langen Arm verhungern ließen. Delegierte hielten dagegen an einer tariflichen Lohnforderung 1989 fest. Die Einkommensentwicklung mache dies notwendig, und die Unternehmer stünden unter Druck. Es gelte, die betrieblichen Lohnbestrebungen tariflich zusammenzufassen. Dies würde der IGM für 1990 den Rücken stärken.

F. Steinkühler hat Ende November aus „beschäftigungspolitischen Gründen“ vor „punktuellen Nachschlagsforderungen“ gewarnt. Die IGM Stuttgart erkennt Lohnforderungen jetzt immerhin als „berechtigt“ an, wenn auch ihre „strategischen Überlegungen“ auf Abblocken hindeuten. Um zu Beschlüssen auch der Tariffkommissionen zu kommen, fehlt es der Bewegung noch an Breite. — (aro)

## Volkszählung

## Innenminister legt erste Ergebnisse vor

Ende November hat Bundesinnenminister Zimmermann stolz der Presse die ersten Ergebnisse der Volkszählung präsentiert. Die Ergebnisse scheinen von ihrer statistischen Qualität und Aussagekraft zur Zufriedenheit der Auftraggeber ausgefallen sein. Denn der Darlegung der Auswertungen stellte er voran, daß „sich trotz zahlreicher kritischer öffentlich geführter Auseinandersetzungen nahezu 100% aller Bürgerinnen und Bürger beteiligt“ haben. Bei den Nichtteilnehmern von etwa einem Prozent wurde von der Möglichkeit, die Daten aus dem Melderegister zu beschaffen, Gebrauch



gemacht.

Der Innenminister hat drei Punkte besonders hervorgehoben. Dies dürften die Felder sein, auf denen in nächster Zeit mit politischen Maßnahmen zu rechnen sein wird, bzw. diese sind schon angelaufen:

Gegenüber 1970 hat die BRD 432 000 (+0,7%) Einwohner mehr, nämlich 61,083 Mio. Aber dieser Zuwachs resultiert aus einer Abnahme der Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft um 1,3 Mio. und einer Zunahme der nicht-deutschen um 1,7 Mio. Statt 2,4 Mio. Ausländern 1970 leben 1987 4,1 Mio. in der BRD. Originalton Zimmermann: „Die jetzt vorliegenden Zahlen unterstreichen die Notwendigkeit der anstehenden Novellierung des Ausländerrechts.“ Aus einem Schaubild des Statistischen Bundesamtes ist zu entnehmen, daß vor allem die Stadtstaaten und Baden-Württemberg einen überproportional hohen Ausländeranteil aufweisen.

Die Bevölkerung ist älter geworden. Waren 1970 23,2% aller Einwohner jünger als 15 Jahre, so ging dieser Anteil

auf 14,6% zurück. Der Anteil der über 65jährigen stieg von 13,2 auf 15,3%. Für die Feinaufteilung wird auf spätere Auswertungen verwiesen. Man kann aber sicher sein, daß Bundesarbeitsminister Blüm bei seinen Reformplänen für das Gesundheitswesen und die Rentenversicherung sehr wohl auf die Einzeldaten Zugriff hatte bzw. hat und diese einfließen läßt, um eine für die Kapitalisten profitable Lösung auszubaldowern.

Es gibt in der Bundesrepublik eine Million Wohnungen weniger als angenommen. Von 1968 bis 1987 stieg die Anzahl der Wohnungen von 19,7 auf 26,3 Mio. (34%). „Die Zählung 1987 zeigt, daß die tatsächliche Zahl der Wohnungen um rd. eine Million, das sind 3,8%, unter dem Stand der Wohnungsfortschreibung liegt. Die Abweichungen sind regional unterschiedlich und machen in einigen Ländern bis 6,9% aus.“ Erster Erfolg dieser Nachricht war ein erfreutes Händereiben der Haus- und Grundeigentümer über den prompt erfolgten Anstieg der Immobilienpreise. Bundesbauminister Schneider ließ denn

auch verlauten, daß von Wohnungsnot keine Rede sein könne, es keine neuen Sozialwohnungen geben werde, über staatliche Finanzspritzen für Bauherren der Markt schon selbst für Ordnung und jedem die passende Wohnung sorgen werde.

Es hat in der BRD eine Bevölkerungswanderung stattgefunden, die Südstaaten haben Einwohner hinzugewonnen, die Stadtstaaten und NRW haben verloren. Allerdings kommt es zu Differenzen zwischen den fortgeschrieben Zahlen und den nunmehr festgestellten Ist-Zahlen. Weswegen nun ein Gerangel zwischen den Bundesländern und einzelnen Städten um zuviel oder zuwenig erhaltenen Finanzausgleich entstanden ist. Einige Städte haben erklärt, daß sie unmöglich die zuviel kassierten Gelder zurückzahlen können, sondern eine Stundung benötigen. Ein weites Feld für die Zentralgewalt als regelnder Schiedsrichter einzugreifen.

Quellen: Pressemappe des Bundesinnenministerium vom 29.11. zur Volkszählung; versch. Ausgaben der FAZ — (thh)

## Asylrecht

# Späth will Grundgesetz ändern

In der ersten Bundesratssitzung des neuen Jahres wird die Landesregierung von Baden-Württemberg einen Entschließungsantrag zur Harmonisierung des Asylrechts auf europäischer Ebene einbringen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt das Asylrecht und das Asylverfahren weiter zu ver-

schärfen. In der Bundesratsinitiative werden dazu im einzelnen aufgeführt:

- Der Ausschluß mehrfacher Anerkennungsverfahren durch dieselben Asylbewerber in mehreren Mitgliedsstaaten,
- die Bestandskraft und Bindungswirkung eines erfolglosen Anerkennungsverfahrens auch in anderen Mitgliedsstaaten,

- zwischen den EG-Staaten abgestimmte Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylanträgen,
- der Austausch von Informationen über Asylbewerber und über Erkenntnisse zur Lage im Herkunftsland, die für die Entscheidung über den Asylantrag notwendig sind,
- die Verkürzung der Verfahrensdauer, vor allem bei offensichtlich unbegründeten und unbeachtlichen Asylanträgen und generelle Gewährung des gerichtlichen Rechtsschutzes in einer Tatsacheninstanz,
- Regelungen über die Aufnahme von Asylbewerbern aus Staaten, in denen eine Verfolgung nicht festgestellt werden könne. (1)

Diese Positionen sollen nach dem Willen der baden-württembergischen Landesregierung von der Bundesregierung im Rahmen der Trevi-Konferenz (Konferenz der für die innere Sicherheit zuständigen Minister in der EG) durchgesetzt werden. Für die Flüchtlinge hätte die Schaffung eines derart „harmonisierten“ europaweiten Asylrechts die Folge, daß sie von den Polizeibehörden der jeweiligen EG-Staaten auf jeden Fall in ihr Heimatland abgeschoben würden. Die Chance, bei einem abgelehnten Asylverfahren unterzutauchen und in einem anderen Land Asyl zu begehren, wäre gleich Null. Die Landesregierung beklagt, daß 1987 bundesweit ein Viertel (1 140 von 4 328) aller zur Ausreise verpflichteten Asylbewerber entweder untergetaucht, verzogen oder unkontrolliert ausgereist sind. (2)

Darüber hinaus ist für die Landesregierung klar, daß „ohne die Angleichung der materiellrechtlichen Entscheidungsgrundlagen die Harmonisierung des Asylrechts nur begrenzt Wirkung er-



Ankommende Asylbewerber in Stuttgart werden in Containerlager eingewiesen. Für vier Personen sind 15 qm vorgesehen.



## EG-Innenminister wollen Asylrecht verschärfen

Ohne konkrete Vereinbarung endete am 13. Oktober die Beratung der EG-Innen- und Einwanderungsminister. Dennoch haben die EG-Staaten Vorvereinbarungen für eine einheitliche Ausgestaltung des Asylrechts getroffen. Die BRD war auf der Konferenz mit dem Antrag aufgetreten, daß Flüchtlinge nur noch in einem EG-Mitgliedstaat Antrag auf Asyl stellen dürfen. Wird der Antrag abgelehnt, sollen sich die EG-Staaten verpflichten, eine Weiterreise in ein anderes EG-Land zu verhindern, die Ablehnung in einem Land soll automatisch auch die Ablehnung in den anderen Staaten zur Folge haben. Staatssekretär Neusel vom Bundesinnenministerium erklärte, es bestehe Einigkeit darin, auszuschließen, „daß Ausländer ihre Asylanträge nacheinander in mehreren EG-Mitgliedstaaten stellen“. Da aber die Rechtsgrundlagen für die Gewährung von Asyl in den EG-Staaten durchaus unterschiedlich sind, würde eine solche Regelung wahrscheinlich zu großen rechtlichen Schwierigkeiten führen. Das Innenministerium behauptet, die BRD verfüge über das liberalste Asylrecht innerhalb der EG-Staaten und begründet ihren Antrag damit, daß nur so verhindert werden könne, daß die BRD zum „Ersatzasylland“ für die EG würde. Tatsächlich enthält aber die Verteilung der Flüchtlinge in den EG-Staaten keinen Anhaltspunkt für eine solche Behaup-

tung. Die Bundesregierung will die zahlreichen Ablehnungen von Asylanträgen als EG-weiten Standard durchsetzen (die Ablehnungsquote beträgt zur Zeit gut 91 Prozent). Das heißt, wenn ein Flüchtling in der BRD kein Asyl erhält, soll er keine Möglichkeit mehr haben, in einem anderen EG-Staat, z.B. in den Niederlanden, in Dänemark oder Frankreich, um Asyl nachzusuchen. Das würde bedeuten, daß die Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention, die alle EG-Staaten unterzeichnet haben, weiter ausgehöhlt würde.

Das zweite Anliegen der Bundesregierung, um die EG-Asylpolitik zu vereinheitlichen, ist die Ausweitung der Staaten, deren Bewohner ein Einreisevisum benötigen, um in einen EG-Staat einzureisen. Die BRD will eine für alle EG-Staaten verbindliche Liste von 57 Staaten aufstellen. Sie beklagt, daß die fehlende Vereinheitlichung zum Beispiel ermöglicht, daß türkische Staatsangehörige Flüge nach Großbritannien buchen, für die sie kein Visum benötigen, und beim Zwischenhalt in Frankfurt aussteigen und dann in der BRD Asyl beantragen. Die groß von der Bundesregierung gefeierte Vereinbarung, wonach die EG-Fluggesellschaften nur noch bei gültigem Visum aus den visapflichtigen Ländern transportieren dürfen und sonst regreßpflichtig sind, ist der Bundesregierung also längst nicht ausreichend. Ihr Ziel ist die Verpflichtung aller Staaten auf eine einheitliche Visaliste. Doch dabei gibt es Differenzen:

Die französische Regierung will Jugo-

slawien in die visumpflichtigen Länder aufnehmen, die BRD hat dies bisher — so erklärte das Auswärtige Amt — aus „außenpolitischen Gründen“ nicht verhandelt. Ähnliches gilt für die Visumpflicht für verschiedene afrikanische Länder, bei denen keine Einigkeit der EG-Staaten besteht, zum Teil wegen der unterschiedlichen Kolonialgeschichte und den dort noch immer lebenden Nachkommen der jeweiligen Staatsbürger.

Die wichtigste Vereinbarung betrifft die fünf Staaten Frankreich, BRD, Belgien, Niederlande und Luxemburg. Zwischen diesen Staaten sollen die Grenzkontrollen bis „spätestens 1990“ abgeschafft werden, ein solches Zusatzabkommen zum bestehenden „Schengener Abkommen“ soll bis zum März 1989 abgeschlossen werden. Das Zusatzabkommen soll nach Absichten des Bundesinnenministeriums erste Möglichkeiten für EG-weite Flüchtlings- und Polizeidateien schaffen. In Luxemburg soll — so der Wunsch des Innenministeriums — ein zunächst für die fünf Länder zuständiges Informationssystem errichtet werden, das auch die Verfolgung von abgelehnten Asylbewerbern über die Staatsgrenzen hinweg ermöglichen soll, aber in der Öffentlichkeit vor als Mittel der „zwischenstaatlichen Verbrechensbekämpfung“ angepriesen wird.

Quellenhinweis: Innenpolitik v. 9. November 1988; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.12.88

zielen“ kann. Das heißt im Klartext: Arbeitsverbot, Sozialhilfe als Taschengeld, Kasernierung in Lagern und Residenzpflicht sollen in allen EG-Ländern die Regel werden. Doch nicht nur europaweit, auch innerhalb der BRD hätte sich Späth endgültig mit seiner reaktionären Asylpolitik durchgesetzt, denn in Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und NRW gibt es keine grundsätzliche Regelung zur Einrichtung von staatlichen Sammellagern. Auch bei der Verkürzung der Verfahrensdauer durch Ausschluß der Beschwerdemöglichkeit bei „unbeachtlichen und offensichtlich unbegründeten Asylanträgen“, wie sie jetzt über EG-Harmonisierung erreicht werden soll, fand Baden-Württemberg bisher im Bundesrat keine Mehrheit.

In der Bundesratsentschließung soll ferner die Bundesregierung aufgefordert werden, das „individuell garantierte Asylrecht mit voller Rechtsschutzgarantie“ abzuschaffen, damit die BRD die angestrebten „harmonisierten Regelungen zwischen den EG-Staaten übernehmen kann“ (1). Das durch Artikel 16 Grundgesetz gewährte Individualverfahren soll abgeschafft werden und durch einen Gesetzesvorbehalt „in Richtung

einer institutionellen Garantie“ verändert werden. Dies sei notwendig, weil sonst die angestrebte EG-Regelung, Asylbewerbern das Asylbegehren zu verweigern, wenn deren Antrag bereits in einem anderen EG-Staat abgelehnt wurde, in der BRD nicht möglich sei. Worum es jedoch tatsächlich geht, hat der Leiter der Verwaltungshochschule Speyer, Helmut Quaritsch sehr präzise formuliert: „Das Asyl für jeden politisch Verfolgten, das sogenannte absolute Asylrecht, verwehrt der Bundesrepublik Deutschland die Kompetenz, bei Flüchtlingen zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können, macht sie politisch handlungsunfähig.“ Es sei doch unzweifelhaft so, „daß diejenigen, die in der Bundesrepublik keinen Arbeitsplatz, sondern Zuflucht vor Verfolgung suchen, auch den Löwenanteil der ausländischen Extremisten stellen“. (3) Quaritsch ist Mitglied der von Späth eingesetzten Kommission „Zukunftsperspektiven“. Konkret sehen Späths Vorstellungen einer „institutionellen Garantie“ folgendermaßen aus: „Wir müssen die Länder festlegen, in denen nach Auffassung der Bundesregierung gegenwärtig politische Verfolgung herrscht. Und diese Gruppen müssen wir dann herein-

lassen.“ (4) Politische Flüchtlinge, die aus solcherart von der Bundesregierung definierten „Freund“-Staaten kommen und sich in der BRD aufhalten, müßten dann damit rechnen, an ihre Regierung ausgeliefert zu werden. Kurden würden in einer solchen Situation angesichts der freundschaftlichen Beziehungen der BRD zum Militärregime in der Türkei in der gesamten EG kein Asyl mehr finden. Das gleiche gilt für Flüchtlinge z.B. aus französischen oder englischen Kolonialländern. „Die Landesregierung“, so Späths Regierungssprecher Zach zur Begründung der Bundesratsinitiative, „geht davon aus, daß der europäische Binnenmarkt als einer der wirtschafts-stärksten Räume der Welt die Sogwirkung der EG-Staaten auf Asylbewerber noch verstärken werde.“ (1) Auf deutsch: Eine durch den Binnenmarkt gestärkte imperialistische EG wird neue Fluchtbewegungen freisetzen.

Quellenhinweis: (1) „Wochendienst“ — Informationsdienst der Landesregierung von Ba.-Wü. Nr. 49 12/88; (2) Landtagsdrucksache 10/443; (3) H. Quaritsch, Das Grundrecht auf Asyl und die neuen Wirklichkeiten, in: Mohler (Hrsg.), Wirklichkeit als Tabu. 1986, S. 37f.; (4) Stuttgarter Zeitung v. 30.10.88. — (rac)

## Verfolgung von Feyka und PKK

## Hungerstreik gegen Haftverschärfungen

Ali Haydar Kaytan und Hasan Hayri Güler befinden sich seit dem 5. Dezember in einem unbefristeten Hungerstreik. Beide gehören zu den 16 Angeklagten, gegen die Generalbundesanwalt Rebmann am 20. Oktober Anklage beim Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben hat. Das Gericht hat über die Zulässigkeit der Anklage noch nicht entschieden. Der nun zuständige Haftrichter vom OLG Düsseldorf hat jedoch am 15. November deutlich zu erkennen gegeben, daß das OLG der Anklagekonstruktion von einer „terroristischen Vereinigung“ in der PKK folgen will — er hat ein Haftstatut erlassen, das dem in anderen „Terrorismus-Verfahren“ ähnelt und die Isolierung der 13 Häftlinge verschärft. Anscheinend will die westdeutsche Justiz die Verfolgung des kurdischen Befreiungskampfes weiter mitbetreiben. Wenn das Gericht an der Konstruktion einer „terroristischen Vereinigung“ in einer bestehenden, nicht als illegal verfolgten Partei festhält, ist damit ein Präzedenzfall geschaffen, der sowohl die Verfolgung von Befreiungsorganisationen durch die westdeutschen Behörden erleichtern wird als auch möglich macht, die Verfolgung auf andere Organisationen auszuweiten. Die Generalbundesanwaltschaft hat von Beginn ihrer Verfolgungsmaßnahmen an darauf gesetzt, die Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf zu spalten und diesen Kampf und seine Anhänger zu isolieren. Diesem Vorhaben muß man entgegengetreten. Wir dokumentieren im folgenden einen Artikel des Kurdistan-Komitees zum Vorgehen der Gerichte und die Erklärung von Ali Haydar Kaytan. — (uld)

### Neue Angriffe gegen Feyka-Kurdistan

Der Generalbundesanwalt hat gegen 16 türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit in einem Verfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129 a StGB Anklage beim Oberlandesgericht Düsseldorf erhoben

... Mit der Erhebung der Anklage vom 20.10.88 beim OLG Düsseldorf hat der Vorsitzende Richter des zuständigen 5. Strafsenats am 15.11.88 nunmehr die Haftbedingungen erneut erheblich verschärft, ohne einen nachvollziehbaren Grund...

Ali Haydas Kaytan befindet sich seit dem 5. Dezember 1988 in einem unbefristeten Hungerstreik. Sollten seine Forderungen bis zum 20. Dezember nicht akzeptiert werden, wird er seine Aktion in ein Todesfasten umwandeln. Hasan Hayri Güler befindet sich ebenfalls in einem Hungerstreik.

Rebmann hat die Anklage gegen Ibrahim Korkmaz, Ahmet Karadeniz und Hasan Engezik ganz fallengelassen. Am 22.9.88 beschloß das OLG in Wien, Ali Sapan, der seit dem 4. Juli 1988 in Wien in Auslieferungshaft saß, sollte in die BRD abgeschoben werden. Ali Sapan wurde im November in die BRD abgeschoben und befindet sich in der JVA Straubing.

Am 4.12.88 wurde Feyka-Kurdistan in Bonn während eines Seminars von der GSG-9-Truppe überfallen. Als Grund gab die GSG-9 an, daß Feyka-Kurdistan ein Volksgericht durchführen würde. Nachdem sie feststellten, daß ihr Vorwurf unrichtig war, zogen sie sich wie-

der zurück. Nach ein paar Tagen gingen sie zu einzelnen Familien, um ein Verhör über die Sitzung von Feyka-Kurdistan am 4.12.88 durchzuführen.

### An die Öffentlichkeit

Die schriftlichen Anträge, die ich schon Monate zuvor bei den zuständigen Behörden für den Bezug von einigen für meine Verteidigung während des Prozesses notwendigen Bücher gestellt habe, sind bisher ergebnislos geblieben. Auch der Bezug der türkischen Zeitungen Cumhuriyet und Milliyet, die ich persönlich abonniert habe, wird verhindert. Mir wurde schließlich mitgeteilt, daß ich nur über die Gefängnisverwaltung die Zeitungen abonnieren und die Bücher bestellen könnte. Doch auch diesbezüglich gestellte Anträge wurden bewußt verhindert. Allein schon die Tatsache, daß einfache türkische Zeitungen wie Cumhuriyet und Milliyet aus Furcht nicht ausgehändigt werden, ist eine große Schande für die Rechtsbehörden der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat in der gegen uns 16 Kurden gefaßten Anklageschrift all seine Gefühlsausbrüche gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) offenbart. In diesem Prozeß sollen nicht einzelne Kurden verurteilt werden, sondern die PKK; die ideologisch-politische Linie der PKK soll verurteilt werden. Während Herr Rebmann die Kompetenz besitzt, „Häuser auszulöschen“, wird uns die Gunst, auch nur das kleinste Licht in das Verfahren einzubringen, verweigert; das ist ein Beispiel der typischen Unrechtmäßigkeit. Ich in ein PKK-Mitglied. Ich habe diese Realität niemals geleugnet. Demzufolge ist es mein natürlichstes Recht,

auch die Organisation, der ich angehöre, gegenüber diesen schweren Anschuldigungen zu verteidigen. Jedoch wird unser dieses Recht von Anfang an großen Angriffen ausgesetzt. Ich kann dieses Organisation nur dadurch verteidigen, indem ich die Quellen und die Praxis dieser Organisation in Betracht ziehe. Daß uns kurdischen Patrioten der Bezug von Büchern des Agri-Verlags, die zumeist die Bewertungen meiner Partei beinhalten, verboten wird, ist nichts anderes als ein Verstoß gegen unser dieses Recht. Ich protestiere auf das Schärfste gegen diese unrechtmäßige Haltung.

Dieser Prozeß, der auf dem Boden der BRD eröffnet wird, entbehrt jeder juristischen und moralischen Stütze. Er ist in Wirklichkeit ein politischer Prozeß; es ist eine Haltung gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans. Es ist ein Gewaltakt gegen die Avantgarde dieses Befreiungskampfes — die PKK —. Wenn uns das Recht auf die Verteidigung nicht eingeschränkt wird, werden wir auch in der Lage sein, diese Realität zu beweisen. Wir sind Mitglieder einer nationalen Befreiungsbewegung, deren Legitimität die gesamte Weltöffentlichkeit anerkennt. Aus diesem Grund ist es eine Anmaßung gegen unsere Würde, uns unsere politische Identität abzuleugnen und uns als „Terroristen“ abzustempeln.

*Von diesen Tatsachen ausgehend trete ich am 5. Dezember 1988 in einen unbefristeten Hungerstreik ein und fordere:*

- a) die Anerkennung des politischen Gefangenen-Status für diejenigen, die in diesem Prozeß angeklagt werden, und die Schaffung von Bedingungen für die Vorbereitung einer gemeinsamen Verteidigung.
- b) Die Abschaffung der Hindernisse für den Bezug von notwendigen Materialien, die für die uneingeschränkte Vorbereitung der Verteidigung notwendig sind, und die Aufhebung des Verbots über die Publikationen des Agri-Verlags.
- c) Der uneingeschränkte Bezug der Zeitungen Serxwebun und Berxwedan.
- d) Die Erlaubnis, Mittel wie Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen, die für unsere geistige kulturelle Aktivität notwendig sind, von außen geschickt bekommen zu können.
- e) Die Beendigung der Verhängung von willkürlichen Besuchsverboten. Diejenigen unserer Angehörigen, die dieser Willkür ausgesetzt wurden, sollen erneut diese Möglichkeit erhalten.

Falls bis zum 20. Dezember diese natürlichen und menschenwürdigen Forderungen nicht akzeptiert werden, werde ich meine Aktion in ein Todesfasten umwandeln. Meine nationale Identität und meine Persönlichkeit sind der Beweis meiner Entschlossenheit.

Mit Hochachtung

Ali Haydar Kaytan, in der JVA Mannheim, 5. Dezember 1988.

## Erklärung von Verteidigern gegen die Haftverschärfungen

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, hat der Generalbundesanwalt gegen 16 türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit in einem Verfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Paragraph 129a StGB Anklage zum Oberlandesgericht in Düsseldorf erhoben.

13 der Betroffenen sind seit mehreren Monaten (die meisten seit Februar 1988) unter besonderen Haftbedingungen inhaftiert.

Unseren Mandanten wird vorgeworfen, als Sympathisanten oder Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sogenannte Bestrafungsaktionen veranlaßt bzw. an diesen mitgewirkt zu haben. Der Generalbundesanwalt geht in seiner Anklageschrift dabei von der Konstruktion einer „innerhalb der PKK bestehenden terroristischen Vereinigung“ aus, die zum Teil als „Arbeitsbereich Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst“, zum Teil als „Organisationseinheit“ oder gar als „Gruppe für spezielle Arbeiten“ von dem Generalbundesanwalt beschrieben wird.

Mit der Erhebung der Anklage vom 20.10.1988 zum OLG Düsseldorf hat der Vorsitzende des zuständigen 5. Strafsenats unter dem 15.11.1988 nunmehr die Haftbedingungen erneut erheblich verschärft, ohne daß für die Angeschuldigten oder Verteidiger ein nachvollziehbarer Grund für diese weiteren Verschärfungen der Haftbedingungen ersichtlich wäre.

In diesem Zusammenhang ist auf folgendes hinzuweisen: Unter dem 24.2.1988 wurden die Haftbedingungen gemäß Paragraph 119 StPO durch den Ermittlungsrichter des BGH geregelt. Durch weiteren Beschluß des Ermittlungsrichters beim BGH vom 13.5.1988 wurde dann unter Aufhebung des vorgenannten Beschlusses ein neues Haftstatut erlassen, mit dem die Haftbedingungen weitgehend erleichtert wurden. Das Haftstatut aus dem Beschluß des OLG Düsseldorf vom 15.11.1988 enthält nunmehr — ohne ersichtlichen Grund und Anlaß — wiederum Beschränkungen, die nicht nur über die Beschränkungen aus dem Beschluß des BGH vom Februar 1988 erheblich hinausgehen und bei zusammenfassender Würdigung darauf abgestellt sind, die Angeschuldigten in besonderer Weise zu isolieren.

So ist zur Ausgestaltung des Hafttraumes eine besondere Schutzvorrichtung zur Verhinderung „unkontrollierter“ Kontaktaufnahme vorgesehen. Überdies ist nunmehr eine zusätzliche Sicherung durch ein zusätzliches Türschloß anzubringen. Die Ausstattung des Hafttraumes ist im einzelnen einschränkend vorgeschrieben worden, wobei beispielsweise der Betrieb eines Hörfunkgerätes nur erlaubt ist, wenn dieses kein KW- und UKW-Empfangsteil enthält. Die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen und am Gottesdienst ist grundsätzlich untersagt. Zum Bezug von Zeitungen und Zeitschriften ist anzumerken, daß sich das OLG nicht etwa darauf beschränkt hat, den Bezug bestimmter Zeitungen zu untersagen, sondern es hat im Einzelnen vorgeschrieben, welche türkischen Zeitungen bezogen werden dürfen. Die Angeschuldigten dürfen keine Computerausdrucke oder auch nur Ablichtungen von anderen Schriftstücken erhalten. Besuche dürfen nur noch in einem mit einer Trennscheibe versehenen Sprechraum stattfinden. Gleiches gilt für Verteidigerbesuche, bei denen nunmehr auch die Verteidigerakten zu durchsuchen und ggf. „umzuheften“ sind. Die Verteidiger sind zu durchsuchen. Die Mitnahme jeglicher Behältnisse (Aktentaschen) ist untersagt.

Es würde den Rahmen sprengen, die Anordnung einer Fülle von Einzelbeschränkungen in insgesamt 14 Abschnitten

mit 37 Unterabschnitten (auf 16 DIN A 4 Seiten) im Einzelnen darzustellen. Festzuhalten ist jedoch, daß das Oberlandesgericht auf jegliche konkrete Begründung verzichtet hat und das Haftstatut lediglich mit der lapidaren Begründung versehen hat, daß die Angeschuldigten im dringenden Verdacht ständen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein, woraus offenbar ein besonderes Sicherheitsrisiko erwachsen soll.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegenüber Untersuchungsgefangenen angesichts der Grundrechte aus Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 und 2 Satz 2, 104 GG (Menschenwürde, Persönlichkeitsrecht, Freiheitsrecht) nicht schon dann zulässig sind, wenn ein möglicher Mißbrauch nicht auszuschließen ist. Es müssen vielmehr im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß ohne diese Maßnahme der Zweck der Untersuchungshaft oder die Anstaltsordnung dies zwingend erforderlich machen (BVerfGE 34,10).

Entgegen dieser Rechtsprechung wird in der Begründung nicht einmal der Versuch unternommen, einen konkreten, auf den Einzelfall bezogenen Nachweis dafür, daß die angeordneten Sicherheitsmaßnahmen erforderlich seien, um Flucht oder Tatverdunkelung zu verhindern, zu erbringen.

Die Argumentation des OLG ersetzt letztlich den auf den Einzelfall bezogenen Nachweis für die konkrete Erforderlichkeit der angeordneten Einzelbeschränkungen durch die pauschale Zuordnung eines nicht näher bestimmten Sicherheitsrisikos allein aus dem behaupteten Tatverdacht.

Wir weisen die Vorgehensweise des Oberlandesgerichtes Düsseldorf mit Empörung zurück.

Die Angeschuldigten müssen das Vorgehen des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, die Haftbedingungen in Zusammenhang mit der Anklagezustellung erheblich zu verschärfen, nachdem der Bundesgerichtshof bereits weitgehende Erleichterungen eingeführt hatte, als den Versuch empfinden, ihre „besondere Gefährlichkeit“ erst durch die angeordneten besonderen Haftbedingungen zu belegen. Es stellt sich die Frage, ob die Legitimität der Anklage durch die Vorgehensweise des Senats bereits vor Zulassung der Anklageschrift zur Hauptverhandlung durch die Schaffung besonderer Haftbedingungen erhöht werden soll. Die Verteidiger haben zwischenzeitlich Gegenvorstellungen gegen die Verfügung vom 15.11.1988 erhoben. Wir erwarten, daß die angeordneten Verschärfungen *sofort* aufgehoben werden. Wir weisen darauf hin, daß die völlig unbegründeten Haftverschärfungen unseren Mandanten — die zum Teil der deutschen Sprache nicht mächtig sind — in besonderer Weise treffen. Die physisch und psychisch schädigenden Auswirkungen von isolierenden Haftbedingungen potenzieren sich bei Ausländern zwingend durch die von vornherein beschränkteren Kommunikationsmöglichkeiten. Die ohne jeglichen Anlaß angeordneten Haftbeschränkungen sind daher sofort aufzuheben.

Rechtsanwalt Rainer Ahues, Dortmund  
 Rechtsanwalt Joachim Bremer, Frankfurt  
 Rechtsanwältin Ulrike Nalm, Gießen  
 Rechtsanwalt C.W. Heydenreich, Bonn  
 Rechtsanwalt Franz Hess, Köln  
 Rechtsanwalt Ulrich Kraft, Bielefeld  
 Rechtsanwältin Edith Lunnebach, Köln  
 Rechtsanwalt Dietmar Müller, Köln  
 Rechtsanwalt Klaus Rüther, Osnabrück  
 Rechtsanwalt Dirk Schönian, Hannover  
 Rechtsanwalt Michael Schubert, Freiburg  
 Rechtsanwalt Klaus Verse, Gelsenkirchen  
 Rechtsanwalt Reinhold Wendl, Wiesbaden  
 Rechtsanwalt Hans-E. Schultze, Bremen



## VR China

## Verschärfte Disproportionen in der Wirtschaft

Am 18.12. eröffnete der Generalsekretär der KPCh, Zhao Ziyang, in Beijing ein mehrtägiges Symposium anlässlich der vor zehn Jahren eingeleiteten sogenannten Wirtschaftsreformen. Angesichts krisenhafter Entwicklung propagieren namhafte Wirtschaftsreformer inzwischen, den Widerspruch zwischen dem vergesellschafteten Eigentum in der VR China und der Ausweitung marktwirtschaftlicher Elemente durch die Umwandlung von Staatseigentum in Privateigentum aufzuheben. (Kölner Stadtanzeiger vom 19.12.88) Der Artikel des chinesischen Wissenschaftlers Wu Minglu, den der „Arbeiterkampf“ in der Ausgabe 300 vom 14.11.88 veröffentlichte und der im folgenden auszugsweise abgedruckt wird, analysiert die Entwicklung der ersten Jahreshälfte 1988 und gibt Aufschluß über die tiefgreifenden Widersprüche, die die Abkehr vom maoistischen Entwicklungsweg verursacht hat. — (sco)

### Industrie: zunehmende Widersprüche

Der Wert der gesamten Industrieproduktion des Landes ist in der ersten Hälfte dieses Jahres um 17,2% gestiegen; das ist nach 1985 der zweitgrößte Zuwachs im Verlauf der letzten Jahre. Diese hohe Zuwachsrates hat — ganz gleich, ob es ein echter Zuwachs ist oder nicht — Probleme geschaffen, sie hat die bereits bestehenden Widersprüche verschärft und das Ungleichgewicht verstärkt.

1. Das Ungleichgewicht im Produktionsbereich, die hohe Wachstumsrate führten zu einem noch größeren Mangel an Rohstoffen, Energie und Transportmitteln. Die Produktion von Erzeugnissen, zu denen Rohstoffe verbraucht werden, wie beispielsweise Farbfernseher, Haushaltsgefriergeräte, Autos und Verbrennungsmotoren, ist um mehr als 30% gestiegen. Die Wachstumsrate von wichtigen Materialien, wie zum Beispiel Roheisen, Stahl und zehn in Stahlerzeugnissen enthaltene Nichteisenmetalle, war niedriger als 10%. Im Energiesektor belief sich die Produktion von Rohkohle und Rohöl auf weniger als die Hälfte der im Jahresplan vorgesehenen Menge ...

2. Ungleichgewicht bei der Entwicklung der verschiedenen Gebiete. In der ersten Jahreshälfte stieg der Wert der gesamten Industrieproduktion in den Provinzen Jiangsu, Shandong, Fujian und Guangdong um 24 bis 31% und lag damit weit über der Wachstumsrate des Landes. In Guangxi, Liaoning, der Inneren Mongolei, Heilongjiang und Tianjin aber lag die Wachstumsrate bei nur neun bis 12%, also weit unter der nationalen Wachstumsrate. In Shanghai und Hainan war die Wachstumsrate mit 4,9 bzw. 0,1% besonders niedrig.

3. Ungleichgewicht zwischen Industrie- und Agrarproduktion. Hohe Wachstumsraten in der Industrie stehen einem trägen Ansteigen der Agrarproduktion gegenüber, wodurch die Kluft zwischen den beiden noch vergrößert und der Druck auf die Agrarproduktion

verstärkt und eine koordinierte und stabile Entwicklung der Volkswirtschaft behindert wird.

4. Ungleichgewicht zwischen Geschwindigkeit und wirtschaftlichen Erträgen. In der Industrieproduktion gibt es viel Verschwendung und einen außerordentlich großen Energie- und Materialverbrauch. Die Zahl der schweren Industrieunfälle ist gestiegen. Die Arbeitsproduktivität in Industriebetrieben ist um insgesamt 8,8% gestiegen, das ist weit weniger als die Wachstumsrate der gesamten Industrieproduktion. Während die erzielten Vorsteuergewinne der Betriebe um 12,3% stiegen, wuchsen die einbehaltenen Gewinne um 15,5%. Seit Einführung des Vertragssystems sind Unternehmen nur für Vertragsprojekte verantwortlich, und als Folge davon sind kurzfristige wirtschaftliche Geschäftsentwicklungen schwieriger geworden ... Ein hoher Verbrauch an Produktionsmaterial und steigende Kosten haben den Betrieben zunehmend Verluste gebracht. Allein in den ersten fünf Monaten erlitten 19% der im Haushalt aufgeführten Industriebetriebe Verluste, deren Gesamthöhe mit denen des ganzen Jahres 1985 vergleichbar war und die einen Anstieg von 20% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres darstellen.

### Finanzen: weiterhin hohe Defizite

In der ersten Jahreshälfte gelang es, die staatliche Finanzplanung besser unter Kontrolle zu bringen, und bei den Staatseinnahmen war ein rascheres Wachstum zu verzeichnen. Die Ausgaben des Staates nahmen aber schneller zu als die Einnahmen — auf lokaler Ebene zum Teil sehr viel schneller —, und dies war einer der wichtigsten Faktoren, die ein Ungleichgewicht zwischen der Gesamtnachfrage und dem Angebot in der Gesellschaft verursachten. In der ersten Jahreshälfte stiegen die Finanzausgaben des Staates um 10,9%. Demgegenüber betrug die Zuwachsrates bei den Einnahmen nur 0,7%. Die Finanzausgaben der Kommunen erhöhten sich gegenüber

dem Vergleichszeitraum des Vorjahres durchschnittlich um 18,3%. In verschiedenen Orten betrug diese Zuwachsrates nicht weniger als 30% und übertraf damit bei weitem den Zuwachs an Einnahmen des Staates ...

### Keine Planerfüllung bei Getreideerzeugung

In der ersten Hälfte des Jahres stiegen die Preise von in der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendeten Materialien um 13,3%, wobei bei chemischen Düngemitteln ein Preisanstieg von 19,3, bei Pestiziden und landwirtschaftlichen Maschinen für die chemische Düngung von 21,2 und bei der Landwirtschaft verwendeten Kunststoffabdeckungen von 57,6% zu verzeichnen war. Der Preisanstieg war so stark, daß der Kauf dieser Artikel schwierig wurde. Dies hat wiederum schwerwiegende Auswirkungen auf die Getreideproduktion. Darüber hinaus haben sich einige Naturkatastrophen ereignet. All dies führte dazu, daß die Sommergetreideproduktion die gesetzten Quoten nicht erreichte. Die diesjährige Getreideproduktion blieb auf dem Stand des Vorjahres.

Die mangelnde Koordinierung zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion hat in der Wirtschaft der ländlichen Gebiete immer besorgniserregendere Ausmaße angenommen. Im vergangenen Jahr war der Produktionswert in der nicht-landwirtschaftlichen Erzeugung im Verhältnis höher als der landwirtschaftliche Produktionswert. Obwohl die Sommergetreideproduktion in der ersten Hälfte dieses Jahres nicht so gut ausfiel wie erwartet, war der gesteigerte Anteil an der Produktion dennoch unerwartet hoch: Der Gesamtwert der industriellen Produktion von in Städten ansässigen Industrien schnellte um 32,8% und der Produktionswert von in Dörfern und kleineren Einheiten ansässigen Industrien um mehr als 30% in die Höhe.

### Anbaufläche für Herbstgetreide verringert

Da der beim Getreideanbau erwirtschaftete Gewinn vergleichsweise gering ist, sind die Bauern davon nicht begeistert. In diesem Jahr wurden die für den gewerblichen Anbau von Feldfrüchten vorgesehenen Flächen beträchtlich erweitert, bei Baumwolle um mehr als 7,3 Millionen Mu, bei Zucker um drei Millionen Mu und bei gebeiztem Tabak, der im Frühjahr ausgesät wird, um fünf Millionen Mu. Die Anbauflächen für Herbstgetreide wurden dagegen um zehn Millionen Mu verringert.

Hinzu kommt, daß die Gebiete im Süden des Landes eine Jahreszeit lang unter schlechter Witterung zu leiden hatten, die sich nachteilig auf die Frühjahrsaussaat von Reis auswirkte. Als Folge davon wird die Reisproduktion möglicherweise sinken. Um bei der Getreideerzeugung das Jahressoll von 410 Millionen



Bauruine auf Hainan

Tonnen zu erreichen, wird die Herbstgetreideproduktion folglich um 7,5 Millionen Tonnen gesteigert werden müssen. Allerdings sind die Flächen, auf denen Herbstgetreide ausgesät wird — insbesondere die Anbauflächen für hohe Erträge bringende Feldfrüchte wie Mais und Kartoffeln — stark zurückgegangen, weil die Bauern in Anbetracht der steigenden Preise von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln sich nicht für die Herbstgetreideerzeugung begeistern. Da es schwierig ist, Wetter vorauszusagen, ist es auch schwierig, wenn nicht unmöglich, beim Herbstgetreide eine Produktionssteigerung zu erzielen. Infolgedessen wird der Jahresplan für die Getreideproduktion möglicherweise scheitern. Sollte dies eintreffen, so wird das Resultat davon sein, daß die Getreideproduktion in vier aufeinanderfolgenden Jahren, von 1985 bis 1988, das geplante Ziel nicht erreicht hat. Andererseits ist die Bevölkerung des Landes in den letzten vier Jahren um mehr als 60 Millionen Einwohner angewachsen ...

### Die Preissteigerungen seit Jahresbeginn

Seit Beginn dieses Jahres sind die Einzelhandelswarenpreise jäh in die Höhe geschossen und haben den Lebensstandard der Menschen stark beeinträchtigt. Dies gab Anlaß zu Kontroversen. Von Januar bis Juni stiegen die Gesamteinzelhandelspreise im Vergleich zum selben Zeitraum des vergangenen Jahres um 13%. Dies ist der höchste Anstieg in den letzten zehn Jahren. In den großen und mittleren Städten war das Ausmaß der Preissteigerungen sogar noch größer. Der Preisindex der Lebenshaltungskosten der Arbeiterhaushalte in 32 großen und mittleren Städten ging durchschnittlich um 14,4% in die Höhe, der Einzelhandelspreis für Verbrauchsgüter war daran mit 15,2% beteiligt.

Neu an dieser Welle der Preissteigerungen ist, daß ein großes Sortiment von Erzeugnissen davon getroffen ist ...

### Unzufriedenheit der Menschen wird zunehmen

Die ständigen Preissteigerungen haben die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande ansteigen lassen. Schätzungen zufolge sind die Ausgaben der städtischen und ländlichen Bevölkerung durch die Preissteigerungen in der ersten Jahreshälfte um 31 Milliarden bzw. um 13,7 Milliarden Yüan gestiegen, wenn man noch die gestiegenen Dienstleistungskosten hinzurechnet, von denen 13,7% auf die städtische Bevölkerung entfallen. Pro Kopf wurden monatlich zehn Yüan mehr gezahlt. Da der Preisanstieg höher ist als erwartet, können die derzeit erfolgenden Preissubventionen die Verluste, die die Arbeiterhaushalte durch die Preiserhöhungen erlitten haben, nicht vollständig ausgleichen. Mit der Zeit wird die Gesamtpreissteigerungsrate sich immer weiter erhöhen, die Ausgaben der Bevölkerung werden weiter wachsen, die gegenwärtig geleisteten Subventionen werden sich dagegen verringern, und die Unzufriedenheit der Menschen wird immer mehr zunehmen ...

### Exporteinnahmen unzureichend

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren die Exporteinnahmen sehr gering, und dies, obwohl der Export relativ gesehen schneller zunahm und die Disparität zwischen Import und Export geringer wurde. Dadurch verschärfte sich die Diskrepanz zwischen dem Binnenmarkt und dem internationalen Markt.

In den letzten Jahren ist nicht zuletzt durch die Öffnung gegenüber der Außenwelt der Einfluß des Weltmarktes auf den Binnenmarkt zunehmend größer geworden. Aufgrund des begrenzten Standards der Produktionstechnologie werden die exportierten Waren ebenfalls auf dem Binnenmarkt dringend benötigt. Es gibt sehr wenige Waren, bei denen das Angebot wirklich größer ist als die Nachfrage. Folglich gilt für einige Waren: je größer der Export, desto größer

die Verknappung auf dem Binnenmarkt.

Von Januar bis Juni erhöhte sich der Export an Stahlprodukten, an denen auf dem Binnenmarkt ein starker Mangel besteht, im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum um 110%. Der Export einiger Buntmetalle, die der staatlichen Exportbeschränkung unterliegen, ist ebenfalls stärker gewachsen. So stiegen zum Beispiel der Export von Kupfer um 520% und von Aluminium um 320% ...

### Südafrika/Azania

## Regime verfolgt den bewaffneten Kampf

Die Rassistenregierung versucht mit aller Kraft, die Kämpfer der Azanischen Volksbefreiungsarmee (APLA) im Land einzufangen und zu vernichten. Dennoch gerät es zunehmend unter Druck. So mußte das Regime den schwerkranken Präsidenten des PAC, Zephania Mothopeng, ohne Bedingungen vorzeitig aus der Haft entlassen. Dies ist ein eindeutiger Erfolg des Befreiungskampfes in Azania. Zum andern versucht es nun, durch Zaunbau an den Grenzen des Eindringen von Befreiungskämpfern zu verhindern. An der Grenze zu Botswana soll deshalb ein 24 km langer, elektrischer Zaun errichtet werden. Doch diese Maßnahme wird nicht helfen, den bewaffneten Kampf zu vernichten. Dies wird u.a. deutlich aus dem Verlauf eines Prozesses gegen sieben Mitglieder und Sympathisanten des PAC, der Ende Oktober endete.

Angeklagt waren Mabuto Enoch Zulu (52 Jahre alt, verurteilt zu 16 Jahren), Siyabulela Ndoda Gcanga (26 Jahre alt, verurteilt zu 10 Jahren), Vincent Alson Mathunjwa (29 Jahre alt, verurteilt zu 7 Jahren), Sestiba Paul Moholo (29 Jahre alt, verurteilt zu zehn Jahren), der Prediger Daniel Saul Nkopodi (27 Jahre alt, verurteilt zu 16 Jahren), Achmad Casiem (41 Jahre alt, verurteilt zu 6 Jahren)

und Yusuf Patel (27 Jahre alt, verurteilt zu 5 Jahren). Die Anklage enthielt 24 Anschuldigungen wegen Verstoß gegen das Gesetz zur Inneren Sicherheit. Zulu, Gcanga, Mathunjwa und Moholo waren angeklagt, Mitglieder des verbotenen PAC und der APLA zu sein, der Prediger Nkopodi soll als Sympathisant PAC-Kämpfer aus benachbarten Ländern ins Land geschleust haben und Waffen und Munition transportiert zu haben. Die Polizei brüstete sich damit, mit Zulu und Gcanga zwei hochrangige Kommandeure der APLA gefangen zu haben, von denen Zulu seit Beginn der 60er Jahre gesucht worden sei. Die sieben Angeklagten waren im April 1986 weit entfernt von jeder Grenze verhaftet worden. In diesem Prozeß mußte das Gericht 55 Einzelprozesse durchführen, vor allem, um die vorgeladenen Zeugen zur Aussage zu zwingen. Allein 30 Zeugen sind zu halb- und einjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie nicht aussagen wollten! Als Hauptgrund für die Verurteilung reichte dem Gericht schließlich die Feststellung, daß Zulu, Gcanga, Mathunjwa und Moholo bei ihrer Festnahme die südafrikanischen Polizeikräfte als Kolonialisten und Rassisten beschimpft hätten, was ihre Mitgliedschaft im PAC beweise. Cassiem und Patel sind Mitglieder der islamischen Organisation Quibla. Sie sollen durch Flugblätter mit der Überschrift „Tötet die Unterdrücker und nicht die Unterdrückten!“ eindeutig ihre Nähe zum PAC bewiesen haben. Der Richter bezog sich auf die Rechtsprechung im Fall der Sharpeville Six, wo die „gemeinsame Absicht“ zur Verurteilung gereicht habe. In diesem Fall, so argumentierte er, lägen „gemeinsame Ziele“ vor, und dies reiche zur Verurteilung.

Quellenhinweis: APLA Combattant v. Juli 1988; Star v. 27.7.88; Sowetan v. 27.10.88 — (uld)

## USA

### Bush's Kabinett: rechte Veteranen

George Bush hat die Spitzenpositionen seiner zukünftigen Regierung nun zum größten Teil besetzt, und entgegen mancher Erwartung ist sie nicht gespickt mit eifernden Ideologen der äußersten Rechten der Republikanischen Partei, auf die sich Bush in der Partei stützt. Die wichtigsten Minister, z.B. Außenminister James Baker, Kriegsminister John Tower, sind alle langjährige Vertraute von Bush. Bush's Selbstsicherheit ist nicht so erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die Republikanische Partei die Wahlen im November eigentlich verloren hat: in beiden Häusern des Kongresses haben die Demokraten ihre Macht ausgebaut. Der relativ knappe Sieg bei der Präsidentschaft (54:46%, bei einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung von

unter 50% ist ein Erfolg Bush's und seiner Wahlkampfmannschaft.

Ein wiederkehrendes Muster bei den Ministern und Bush-Vertrauten ist, daß ihre berufliche und politische Karriere der Bush's ähnelt: aus einer reichen Patrizierfamilie des Ostens stammend, nach Texas ausgezogen, um Geschäfte zu machen, in die Politik und mit ihr nach Washington gegangen und dort seit 10, 20 und mehr Jahren in Regierungsgeschäften tätig. Die einschlägige Erfahrung reicht bis in die Zeit der Nixon/Ford-Regierung zurück, und von daher kennen sie sich. (Bush war Parteivorsitzender unter Nixon und CIA-Chef unter Ford). Die meisten gehören zum rechten Flügel der Partei wie Bush. Der Eindruck, daß sich Bush der äußersten Rechten an den Hals geworfen hat, war falsch. Bush gehörte schon immer dorthin, nur sein Tonfall hat sich den jeweils vorherrschenden Winden angepaßt. Im Gegensatz zu den „Ideologen“ werden Bush's Mannen als Pragmatiker gepriesen. Beseitigung des Haushalts- und Handelsdefizits bei gleichzeitigem Ausbau des Militärs steht ganz oben auf der Wunschliste der Bourgeoisie für die neue Regierung. Und ganz ausgekocht „pragmatisch“ wird das Volk dafür zur Kasse gebeten.

Statt die Kabinettsmitglieder einzeln durchzugehen, soll hier stellvertretend ein Mitglied vorgestellt werden: Kriegsminister John Tower. Der Philadelphia Inquirer schreibt über ihn: Ein alter Freund von Bush seit den 60er Jahren; Senator von Texas von 1962 bis 1985; Vorsitzender des Senatsausschusses für die Streitkräfte von 1981 bis 1984 und führend bei der Erhöhung der Militärausgaben um 40% während Reagans erster Amtszeit; ein Konservativer unter Konservativen; ein wahrer Falke; führend bei der Ablehnung des SALT-II-Abkommens 1979 im Senat; er war der erste Senator, der (den Erzreaktionär) Barry Goldwater 1964 bei dessen Präsidentschaftskandidatur unterstützte; ein Vorkämpfer der gewerkschaftsfeindlichen „Recht auf Arbeit“-Gesetze; ein Gegner der Integration (der Schwarzen) in den Schulen. Nach dem Ausscheiden aus dem Senat betätigte er sich als Berater der größten Rüstungskonzerne, u.a. für Rockwell International und LTV, beide größere Lieferanten für den B-1-Bomber, für den sich Tower als Mitglied und Vorsitzender des Militärausschusses des Senats eingesetzt hatte. Für die Beratung dieser beiden Konzerne allein kassierte er 200000 Dollar jährlich. Im November 1986 ernannte ihn Reagan zum Vorsitzenden der Kommission zur Untersuchung der Iran/Kontra-Affäre. Der Bericht der Kommission beklagte Reagans lockeren Management-Stil und hielt Bush aus der Angelegenheit heraus. Interessant ist, daß das zweite Mitglied der dreiköpfigen Tower-Kommission, Brent Scowcroft, den Posten des Sicherheitsberaters von Bush erhielt. — (ger, her)

## Iran

### Massen werden hingerichtet

Nachdem das islamische Regime am 12.7.88 die 598. Resolution der Vereinten Nationen angenommen und den Waffenstillstand mit dem Irak akzeptiert hat, ist das Regime auf brutalste Weise im Landesinnern gegen die politischen Gefangenen aktiv geworden.

Der Grenzkrieg hat seinerzeit die Stabilität im Lande mit sich bringen und der iranischen Bourgeoisie als ein Werkzeug gegen die Errungenschaften der Volksmassen nach dem Aufstand von 1979 dienen sollen. Er hat aber nur für eine Weile die Klassenauseinandersetzungen in den Hintergrund drängen können. Mit der Zeit, nachdem die Massenbewegungen für mehr Freiheit, politische und soziale Reformen zugunsten der Bourgeoisie mit Schlagstöcken, Religion und Nationalismus niedergeknüpelt worden waren, wurde der Krieg selbst ein unlösbares Problem für das Regime.

Die Menschen haben über ihre Klassenzugehörigkeit hinweg ihrer Unzufriedenheit mit Protesten Ausdruck verliehen und zwangen dadurch die Regierung zum Waffenstillstand mit dem Irak.

Das islamische Regime hat sich in seiner zehnjährigen Herrschaft nicht stabilisieren können. Aus diesem Grund kann es nicht mehr mit dem Krieg gegen immer radikaler werdenden Forderungen des Volkes argumentieren. Um die unzufriedenen Massen in Schach zu halten, greift das Regime zu alten Methoden zurück. Da Veränderungen oder Reformen unmöglich sind, schlägt das Regime mit Brutalität wie 1982 um sich. Der Iran ist ein Pulverfaß, das jeden Augenblick hochgehen kann.

Das Regime rüstet sich für diesen Fall und rechnet jetzt wieder mit politisch bewußtem Widerstand innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. Massenhinrichtungen sind an der Tagesordnung. In Berichten ist von mehreren tausend Hinrichtungen in den letzten Monaten die Rede. Amnesty International etwa spricht von 1800 Hinrichtungen in den letzten drei Monaten. Es sind auch wieder Leute festgenommen worden, die schon einmal die islamischen Folterer kennengelernt haben. Sie gelten jetzt wieder als potentielle Gefahr für das Regime, werden festgenommen und hingerichtet. Zahlen und Namen der Hingerichteten werden nicht bekanntgegeben. Man sieht nur z.B. in Teheran, wie die Massengräber der „Feinde des Islam“ sich vergrößern. Die Gefangenen haben Besuchsverbot. Die Besucherlaubnisse für die Gefängnisse Evin und Gahae-dasht in Teheran, Adel Abad in Shiraz, Isfahan, Mashad, Ahwas und andere Gefängnisse wurden aufgehoben. Seit Monaten bekommen die Familien keine



Nachricht mehr, wo ihre Kinder verblieben sind und ob sie überhaupt noch existieren. Barbarische Folterungen wie z.B. Peitschenschläge auf die Fußsohlen, Elektroschocks, Vergewaltigungen von Frauen und der psychische Druck z.B. durch Entzug von Schlaf und Scheinhinrichtungen bestimmen den Alltag der Gefangenen. Das Essen und die Kleidung sind unzureichend, viele Gefangene sind in kleinen Zellen zusammengepfercht, die medizinische Versorgung ist katastrophal. Die Folgen sind häufige Erkrankungen wie Ekzeme. Dagegen haben die Gefangenen in den letzten zwei Monaten immer wieder Hungerstreiks begonnen, die aber durch das Regime niedergeschlagen wurden.

Diese Situation fordert von allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften, sich gegen das barbarische Regime im Iran zu stellen und zu versuchen, gegen die Nachrichtensperre in der BRD aktiv zu werden.

Revolutionäre Iraner haben schon einige Proteste begonnen. Diese blieben bislang meistens ohne Unterstützung anderer Kräfte in der BRD und wurden beendet. Nach einem mehrtägigen Hungerstreik in Frankfurt vom 28.11. bis 2.12. demonstrierten am 10.12. in Frankfurt etwa 2000 Iraner gegen die Massenhinrichtungen im Iran.

— (R., Iranische Studentenorganisation in der BRD und Westberlin, Sympathisanten der Guerillaorganisation der Volksfedayin Irans)

sche Personen und Organisationen besteht wieder Besuchserlaubnis.

— Den Gefangenen ist wieder Briefwechsel mit der Presse und anderen Einzelpersonen erlaubt.

— Telefongespräche mit Angehörigen sind wieder erlaubt.

— Die Gefangenen bekommen wieder Zugang zu Schreibmaschinen usw.

— Die vom Justizministerium vorgeschriebene Einheitskleidung für verurteilte Gefangene konnte nicht abgeschafft werden. Diese Vorschrift soll aber in der Praxis nicht angewendet werden.

Die Zeitung „Hürriyet“ beurteilte den Ausgang der Auseinandersetzung am 16.12. so: Die Bemühungen des Justizministeriums, den Hungerstreik und die Unterstützungsaktionen außerhalb der Gefängnisse zu beenden, hätten nichts eingebracht. Im Gegenteil hätten die Aktionen daraufhin noch zugenommen, so daß eine Massenbewegung entstand, der die Regierung nachgeben mußte.

Die Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) beurteilte den Ausgang des Kampfes als

einen Sieg des Widerstands. Der Widerstand in den Gefängnissen habe durch diese große Aktionen eine neue Dimension erreicht. Die Aktionen außerhalb der Gefängnisse zur Unterstützung der Gefangenen, die von den Angehörigen begonnen worden waren, seien im Verlauf der Aktion auch von anderen Kräften zunehmend unterstützt worden: erst von den Studenten, dann von den Ärztevereinigungen, den Anwaltskammern, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen.

In der sozialdemokratischen Oppositionspartei SHP kam es über die Unterstützung der Aktion zu heftigen Auseinandersetzungen. Acht lokale Vorstände der SHP wurden vom Parteivorstand wegen Unterstützung der Hungerstreikaktionen abgesetzt.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 10/88; Hürriyet v. 16.12.88. — (dos, rül)

In unserem letzten Bericht über die Hungerstreiks ist uns ein Fehler unterlaufen: Die Gefangene Sakine Cansiz wurde nicht zu 76 Jahren Disziplinarstrafe, sondern zu einer *Gesamtsstrafe* von 76 Jahren Haft, einschließlich Disziplinarstrafe, verurteilt.

## Sri Lanka

# Sri Lanka vor den Präsidentschaftswahlen

Weit über ein Jahr nach dem Eingreifen der indischen Armee in Sri Lanka schwelt nach wie vor ein Guerillakrieg im Norden der Insel. Seit Wochen gibt es im Süden zusätzlich bewaffnete Auseinandersetzungen und politische Morde unter Singhalesen, die eine für den 19.

Dezember dieses Jahres geplante Präsidentschaftswahl in Frage stellen könnten.

Der am 29. Juli 1987 von Indiens Premier Rajiv Gandhi unterzeichnete „Friedensvertrag“ hat die innenpolitischen Konflikte nicht gelöst, sondern die Lage

## Türkei/Kurdistan

# Die Hungerstreiks waren erfolgreich

Nach den letzten Meldungen sind die Hungerstreiks und die anderen Widerstandsaktionen der politischen Gefangenen in der Türkei und den türkisch besetzten Teilen Kurdistans beendet. Lediglich sieben Gefangene im Gefängnis Payrampasa (Istanbul) sowie 10 nicht-politische Gefangene in Diyarbakir sollen nach nicht bestätigten Meldungen erneut mit Hungerstreiks begonnen haben.

Der Erlass des Justizministeriums vom 1. August, gegen den sich die Aktionen vor allem gerichtet hatten, konnte nicht ganz abgeschafft werden. Die Gefangenen und die von ihren Angehörigen ausgehende große Solidaritätsbewegung außerhalb der Gefängnisse konnten jedoch wichtige Verbesserungen der Haftbedingungen zugunsten der Gefangenen durchsetzen. Hier ein paar Forderungen, die durchgesetzt wurden:

— Die Gefängnisstrafen werden zugunsten der Gefangenen geändert.

— Die Besuchszeiten werden neu geregelt.

— Der unzensurierte Bezug von Zeitungen und Zeitschriften ist wieder erlaubt.

— Für in- und ausländische demokrati-



Tamilische Befreiungskämpfer auf Sri Lanka



Staatspräsident Mitterand rechtfertigte in einem Zeitungsinterview den massiven Einsatz von Militärlastwagen, um den Streik im Pariser Nahverkehr zu brechen. Er hetzte gegen die angeblich „isolierten“ Streikaktionen und warnte gleichzeitig vor ihrer Verallgemeinerung, weil sich dann Frankreich in einer schwierigen Situation befinden würde. Bei den Beschäftigten der Metro für die Vororte (RER) geht es, wie schon bei den Krankenschwestern und den Postangestellten, um mehr Lohn und auch um die Arbeitsbedingungen (1 Mio. mehr Reisende 1987, Verminderung des Personals um 1500 von 1985 bis 1988). — (mke)

### Griechenland: gegen US-Basen

Mehrere tausend Menschen beteiligten sich am 11.12. in Athen an einer Großkundgebung gegen die US-Militärbasen in Griechenland. Die Kundgebung fand zum Abschluß einer Konferenz von Vertretern von Friedensgruppen aus dem Mittelmeerraum statt, die über ein gemeinsames Vorgehen gegen ausländische Militärbasen in der Region beraten hatten. Auf der Kundgebung bekräftigten die Sprecher ihre Forderung, sämtliche US-Militärbasen in Griechenland zu beseitigen. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer Zone des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in diesem Teil der Welt, erklärte der ehemalige griechische

General Georgios Pattas als einer der Sprecher der Friedensgruppen. — (rül)

### USA: Sechs Tote nach Kälteeinbruch

Gleich der erste Kälteeinbruch dieses Winters an der Ostküste der Vereinigten Staaten hat nach Meldungen amerikanischer Zeitungen mindestens sechs Menschen das Leben gekostet. Mindestens drei der sechs bislang amtlich gemeldeten Kälteopfer waren Obdachlose aus New York, die bei dem starken Kälteeinbruch (in der Stadt Albany wurde mit minus 20 Grad Celsius ein neuer Kälterekord gemessen) ums Leben kamen. (Quelle: UZ vom 15.12. 1988 — rül)

### Arafats UNO-Rede

Am 13. Dezember stellte Jassir Arafat vor der UN-Vollversammlung in Genf die palästinensische Friedensinitiative vor: 1. Ernsthafte Anstrengungen zur Einberufung des Vorbereitungskomitees der internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten. 2. Vorübergehende Unterstellung der besetzten Gebiete unter die Aufsicht der UNO und Entsendung internationaler Truppen, „um unser Volk zu schützen und gleichzeitig den Rückzug der israelischen Truppen aus unserem Land zu überwachen.“ 3. „Die PLO wird eine umfassende Lösung unter den am arabisch-israelischen Konflikt beteiligten Parteien — einschließlich des Staates Palästina, Israel und anderer Nachbarn — im Rahmen der internationalen Friedenskonferenz im Nahen Osten auf Grundlage der Resolutionen 242 und 338 anstreben, um Gleichheit und Ausgewogenheit der Interessen, besonders der Rechte unseres Volkes auf Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Respektierung des Rechts auf Existenz in Frieden und Sicherheit für alle zu garantieren“. Außerdem erläuterte er die „unwiderrufliche Proklamation des Staates Palästina“ durch den Nationalrat und die Forderungen nach Abzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems, der Annullierung aller Beschlagnahme- und Annexionsmaßnahmen und Auflösung der Siedlungen, die Zurückweisung des Terrorismus in allen seinen Formen einschließlich des Staatsterrorismus und das Festhalten am „Recht der Völker auf Widerstand gegen fremde Besatzung, Kolonialismus und rassische Diskriminierung und auf ihr Recht, für Unabhängigkeit zu kämpfen“. (Quelle: Palästina Bulletin 50/88 — bar)

noch verkompliziert. So gerät im überwiegend singhalesischen Süden die Regierungspartei UNP immer stärker unter Druck. Gerade in den letzten Monaten gewann die radikale, singhalesisch-chauvinistische JVP (Janatha Vimukthi Peruma) entscheidend an Einfluß. Allein in den letzten Monaten wurde nahezu 500 Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder linker und linksliberaler Parteien, aus politischen Gründen ermordet. Unter dem Slogan „Rettet das Vaterland“ zeichnet sich eine rechte, singhalesische Allianz gegen die Regierung ab, — gegen die rund 50000 indischen Soldaten in Sri Lanka und gegen minimale Zugeständnisse an die tamilische Minderheit. Ohne die JVP, die die singhalesische Bevölkerung schlicht in „Patrioten“ und „Verräter“ einteilt, geht bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl nichts mehr. An dem extremen singhalesischen Nationalismus und den anti-tamilischen Positionen der JVP wird kein Präsident-

schaftskandidat vorbei können. So kündigten die beiden Kandidaten, Premierminister Premadasa (UNP) und Oppositionsführerin Bandaranaike (SFLP) bereits vor Tagen an, daß sie sich für einen Rückzug der indischen Truppen und für eine Modifizierung des „Friedensvertrages“ einsetzen werden. Dies könnte aber den Konflikt zwischen Tamilen und Singhalesen noch einmal verschärfen.

Vor allem die Jugend scheint die Auswirkungen des von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vor Jahren „empfohlenen“ Wirtschaftsprogramms zu spüren. Um von der anhaltenden wirtschaftlichen Krise und den sozialen Problemen abzulenken, hatte die Regierung ethnische Auseinandersetzungen geschürt. Sie hatte damit die militanten und chauvinistischen Monster selbst geschaffen, die jetzt den „Rückfall in die Barbarei forcieren“, wie es eine Menschenrechtsorganisation in Colombo ausdrückte.

In der überwiegend von Tamilen bewohnten Nord- und Ostprovinz lieferten die separatistischen „Befreiungstiger“ der LTTE den indischen „Friedenstruppen“ heftige Gefechte. Diese führten zu hohen Verlusten auch in der Zivilbevölkerung. Nach neueren Berichten soll die Infrastruktur in den tamilischen Gebieten praktisch zusammengebrochen sein, andere sprechen gar von Seuchen und von Hungersnöten. Im Gegensatz zu anderen Separatistengruppen der Tamilen lehnte die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) den „Friedensvertrag“ ab und sorgte damit für eine Niederlage der diplomatischen Bemühungen Rajiv Gandhis und für ein Fiasko der indischen Armee.

In Westberlin bekräftigte Anfang Dezember ein führender Sprecher der LTTE, Dr. Anton Balasingam, die Ziele der tamilischen „Befreiungstiger“. Die LTTE setze sich für die Selbstbestimmung der Tamilen ein, für einen säkula-

## Peru: Bergarbeiter erfolgreich

70000 peruanische Bergarbeiter haben ihren beinahe zweimonatigen Streik beendet. Die Bergarbeiter hatten Verhandlungen der Regierung mit den Gewerkschaften erzwingen wollen, um eine Anhebung ihrer Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine Rücknahme von arbeiterfeindlichen Haushaltsbeschlüssen der Regierung zu erreichen. Anfang Dezember hatten sich mehrere zehntausend Textilarbeiter, Bankangestellte, Sozialarbeiter und Ärzte dem Streik der Bergleute angeschlossen. Die Regierung willigte jetzt in Verhandlungen ein. — (rül)

## Kurdistan: Erfolgreiche Aktion der ARGK

Am 6. Dezember fand in den Cudi-Bergen in der Provinz Botan ein Gefecht zwischen Einheiten der türkischen Armee und einer Einheit der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) statt. Die türkische Einheit, etwa 50 bis 70 Leute stark, befand sich auf einer routinemäßigen Operation. Dabei geriet sie in einen Hinterhalt der ARGK. Bei dem Gefecht kamen auf seiten der Kolonialtruppen ein Oberst, ein Oberleutnant, zwei Unteroffiziere und vier Soldaten ums Leben. Ein Hubschrauber wurde zerstört. Nachdem türkische Stellen zuerst von zehn getöteten ARGK-Kämpfern berichtet hatten, mußten sie später einräumen, daß die ARGK keine Verluste erlitten hatte. Stattdessen gelten seit diesem Gefecht eine Reihe von Soldaten „vermißt“. Auf einer Krisenberatung zwischen dem für die kurdischen Provinzen zuständigen „Supergouverneur“ Hayri Kozakcioglu, Premierminister Özal und Armeechef N. Torumtay wurde das weitere Vorgehen der Armee be-

raten. Die PKK-Europavertretung erklärte: „Der Schlag auf den Cudi-Bergen ist im 11. Jahr der PKK die erste Aktion. Das 11. Kampffahr der Partei wird eine Wende sein.“ — (F.K.)

## Kubanische Truppen sollen abziehen

In einer Vorvereinbarung, der endgültige Vertrag soll am 22. Dezember unterzeichnet werden, einigten sich Angola, Kuba, Südafrika und Verhandlungsmittler USA auf ein Abkommen, wonach bis Mitte 1991 alle kubanischen Soldaten

aus Angola abgezogen werden sollen. Südafrika verpflichtete sich, ab 1. April 1989 damit zu beginnen, die Verwaltung Namibias aufzugeben. Ob damit auch der Abzug der Südafrikanischen Armee gemeint ist, ist bisher nicht klar. Der Entwurf sieht jedoch vor, daß die von Südafrika eingesetzte Marionettenregierung zur Überwachungskommission für die Unabhängigkeit gehören soll, USA und UdSSR sollen Beobachter entsenden. Die SWAPO-Kämpfer sollen entwaffnet werden und so nach Namibia zurückkehren. Die reaktionäre UNITA ist im Abkommen nicht erwähnt. — (uld)



Auch nach Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes in Südafrika/Azania bekämpfen die beiden Gewerkschaftsverbände COSATU und NACTU das Gesetz weiter. Verhandlungen mit den Kapitalisten über die Nichtanwendung der von den Gewerkschaften bekämpften Klauseln — u.a. das Verbot von Solidaritätsstreiks, das Verbot, mehr als einmal im Jahr für dieselbe Forderung zu streiken, die Regresspflicht der Gewerkschaften nach Streiks — scheiterten weitgehend. Lediglich SKF in Uitenhage und Kellogg's in Springs erklärten sich zu Verhandlungen über die Nichtanwendung der entsprechenden Gesetzesklauseln bereit. Gegen drei COSATU-Mitgliedsgewerkschaften haben die Kapitalisten erste Schadensersatzforderungen angemeldet: die Transportarbeitergewerkschaft TGWU soll 2 Mio. Rand Schadensersatz für einen Streik von 250 Gewerkschaftsmitgliedern zahlen, die Nahrungsmittelarbeitergewerkschaft FAWU 1,7 Mio. Rand, von der Einzelhandelsgewerkschaft CCAWUSA verlangt ein Unternehmen 500000 Rand Entschädigung. — (rub, AGD)

ren, demokratischen Staat mit sozialistischer Wirtschaft, erklärte er. Dieser unabhängige Staat auf Sri Lanka mit dem Namen „Tamil Eelam“ werde keine marxistische Diktatur sein, sondern pluralistisch. Da die meisten Führer der LTTE noch immer auf Sri Lanka lebten, sei es nicht notwendig, eine Exilregierung nach dem Vorbild Palästinas zu gründen. Der „Friedensvertrag“ habe weder Erwartungen der Singhalesen noch die der Tamilen erfüllt, betonte der im Exil lebende LTTE-Sprecher, der gegenwärtig in mehreren Städten Europas für eine Unterstützung der LTTE wirbt.

Der bewaffnete Kampf der „tigers“ sei erst aufgenommen worden, nachdem die demokratischen Strukturen zusammengebrochen und ein Genozid an der tamilischen Bevölkerung begonnen habe. Wenn die Regierung fortfahre, Tamilen zu unterdrücken, müsse die LTTE weiterkämpfen.

Gäbe es die Möglichkeit eines Föderal-

ismus, würde dies auch die LTTE akzeptieren. Sie sei auch bereit, sich einer pluralistischen Wahl zu stellen, jedoch nur unter Bedingungen, die von Indien garantiert werden müßten. Die LTTE habe an den Provinzwahlen im letzten Monat nicht teilgenommen, weil sie auf ihren Bedingungen beharre.

Auf einer Pressekonferenz nahm Dr. Balasingam auch zu Vorwürfen gegen die LTTE Stellung. Darstellungen, nach denen in der BRD lebende tamilische Asylbewerber von der LTTE unter Druck gesetzt würden, wies Dr. Balasingam zurück. Die LTTE erpresse kein Geld von tamilischen Asylbewerbern. Es gäbe genügend Spenden aus der Bevölkerung, von den rund 50 Millionen Tamilen Südiens und im Ausland. Ebenso wandte sich Dr. Balasingam gegen Kritiken, der bewaffnete Kampf der LTTE sei unrealistisch und treffe viele Zivilisten. Er verwies auf einen Propagandakrieg, der von den Medien und ins-

besondere von der Regierung Sri Lankas und Indiens gegen die LTTE geführt werde. Der bewaffnete Kampf der LTTE richte sich gegen die militärische Struktur des Staates, nicht gegen die Zivilbevölkerung.

Angeichts der vielen Gewalttaten im singhalesischen Süden bezweifelte Dr. Balasingam, daß die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 19. Dezember überhaupt stattfinden würden. Sollten diese Wahlen nicht „sauber“ abgehalten werden, so seien weitere Gewaltakte im Norden und Süden zu erwarten.

Inzwischen melden Presseagenturen, daß das Abgeordnetenhaus am 20. Dezember (nach den Präsidentschaftswahlen) aufgelöst werden solle. Der 82-jährige Präsident Jayewardene kündigte vorgezogene Neuwahlen zum Parlament für den 15. Februar 1989 an.

Quellenhinweis: Südasiens-Büro, November 1988; Pressekonferenz Dr. Balasingam, 2.12.1988, taz, 5.12.1988 — (fh)



## Veröffentlichungen

### Junge Union: Strategie gegen Klassenkämpfe

Christoph Böhr, mit 35 Jahren noch immer Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der CDU, der Jungen Union, seit Jahren auf dem äußersten rechten Flügel der CDU tätig, erörtert die Notwendigkeit der programmatischen Neuorientierung der Union angesichts der Tatsache, daß nicht zuletzt die Regierungspolitik der Union die Klassenspaltung in der BRD verschärft hat. Er setzt zwei Schwerpunkte: Zum einen müsse die Union vor allem für die Jugend „Politik zum Anfassen“ entwickeln. Das mag albern scheinen, gemeint ist aber tatsächlich ein Konzept, daß viele Jugendliche beschäftigt, um sie von der Kritik der Verhältnisse fernzuhalten. Politik, die sofort etwas erreicht, schlägt Böhr für die Jugend vor. Da er nicht ausführt, wie das aussehen soll, erinnert man sich an die diversen Versuche, junge Leute mit einem Gemisch von Pfadfindertum, Militarismus und Nächstenliebe zu beschäftigen: Öko-Gebiete anlegen und pflegen, Polenfahrten mit Generalstabskarten aus dem Faschismus, Nachhilfe für Aussiedler-Kinder etc. Zum andern fordert Böhr: „Eine große Partei, die im Konflikt der divergierenden Interessen einer fragmentierten Gesellschaft noch politischen Kurs halten will, muß ihren Kompaß von Zeit zu Zeit neu einstellen.“ Interessant ist, daß Böhr die Entwicklung großer Klassenaueinandersetzungen ahnt, sie für unvermeidlich hält und die Union auffordert, sie zu gewinnen. Eine Politik zum Wohle aller, die die Union lange Jahre programmatisch begründet propagiert habe, könne die Anforderungen der Zukunft nicht erfüllen.

Chr. Böhr, Spätfolgen des Utopismus, in: Die politische Meinung, Nr. 240 — (uld)

### Gewerkschafter und SPD'ler zur Betriebsverfassung

Als Versuch, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Standpunkte in die Debatte um die „überraschend“ von der Regierungskoalition auf den Gesetzgebungsweg gebrachte Novellierung der Betriebsverfassung und der Montanmitbestimmung einzubringen, ist der Aufsatzsammelband „BetrVG'90 — Der Konflikt um eine andere Betriebsverfassung“, erschienen im Bund-Verlag, zu sehen. Enthalten sind Berichte über betriebliche Praxis. z.B. über die Situation bei Siemens, mit einer starken Spalterfraktion „Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger“ (AUB) in den Betriebsräten, entstanden und unterstützt vom Siemens-Management, z.B. über die Situation bei VW mit einem Kooperationsmodell zwischen

Unternehmensvertretung, Betriebsrat und dem Verein für Führungskräfte.

In verschiedenen Aufsätzen wird eine Kritik der mittlerweile verabschiedeten Gesetzesänderungen vorgenommen. „Lösung der Gewerkschaftsfrage durch Entmachtung der Gewerkschaften in den Betrieben“ so lautet durchgängig die Bewertung.

Angegriffen werden die Absichten der „Konservativen und Wirtschaftsliberalen“, nirgendwo wird allerdings ein Kalkül der Kapitalisten insbesondere der Konzerne enthüllt. Mehrere Aufsätze befassen sich mit der schleichenden Aushöhlung der betrieblichen Mitbestimmung durch den Einsatz neuer Technologien. Oskar Lafontaine schickt in seinem Aufsatz die eindringliche Warnung an die Arbeitgeber los, daß sich auf Dauer keine Technologie halten könne, die nicht „sozialverträglich“ gestaltet sei, sondern daß „Fehlinvestitionen in



Ein Kooperationsmodell bei VW holt das BVG schon aus. Bild: Werk Emden

unverträgliche Techniken“ drohen. Er fordert Instanzen der Technikbewertung und -folgenabschätzung. Oskar Negt sieht zurecht, daß die Betriebsräte in gleichsam „nachgeordnete Behörden“ des Betriebsmanagements transformiert werden sollen. Die Novellierung müsse begriffen werden als Teilmoment umfassender gesellschaftlicher Neuordnung des Herrschaftssystems durch Entkollektivierung, Öffentlichkeitsentzug für die Entkoppelung von Macht und Moral und durch eine „Refeudalisierung des Herrschaftssystems.“ Negt sieht die Notwendigkeit des offensiven Kampfes für alternative Formen der Öffentlichkeit und der politischen Kultur, für politisch-moralische Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Im Anhang findet sich eine Synopse zum bestehenden Gesetz, zu den Gesetzesänderungen und zu den wichtigsten DGB-Forderungen dazu.

Apitzsch, Kliebe, Schumann (Hrsg.), BetrVG 90. Bund-Verlag, Köln 1988 — (cls)

### „Mehr Arbeitsplätze ohne Lohnverzicht“

Herbert Ehrenberg, von 1976 bis 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, von 1975 bis 1984 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, machte sich während seiner Regierungstätigkeit einen Namen als Hauptbetreiber des sogenannten „Kostendämpfungsgesetzes“ im Gesundheitswesen. Mit seinem im Juni dieses Jahres erschienenen Buch greift er in die Programmdebatte der SPD mit angeblich fortschrittlichen Positionen gegenüber Oskar Lafontaine ein.

Ehrenberg kritisiert hauptsächlich die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik unter der CDU/CSU/FDP-Regierung und führt als positive Beispiele Österreich und Schweden demgegenüber an: „Dabei fällt vor allem die positive Situation in Österreich und Schweden auf, deren Strukturen noch am besten mit der Bundesrepublik vergleichbar sind (S. 13) ... daß Schweden und Österreich im letzten Jahrzehnt bewiesen haben, daß Massenarbeitslosigkeit in Westeuropa auch in der weltweiten Krise kein für die nationale Politik unabwendbares Schicksal war“, so sollte dieses Beispiel für die Bundesrepublik Ansporn und Herausforderung sein.“ (S. 22)

Der Minister a.D. verliert auch im tabellarischen Anhang kein Wort über Löhne oder Reallohnvergleiche mit den beiden „vorbildlichen“ Wirtschaftssystemen, die Klassengegensätze existieren für ihn nicht und so ist über Profitmaximierung oder Kapitalakkumulation auch im gesamten Buch entsprechend nichts zu finden. Für Ehrenberg liegen die Ursachen hoher Arbeitslosigkeit, sinkender Einkommen auf der Arbeitnehmerseite und steigender auf seiten der Unternehmen in einer falschen Steuerpolitik begründet: „Mit einer Fortsetzung der bisherigen Politik ‚bloßer‘ Steuersenkungen wird dies (Wachstum, d.Verf.) nicht zu erreichen sein ... dabei kommt der Beitragsstruktur bei den Sozialabgaben mindestens die gleiche Bedeutung zu wie der Steuerpolitik (S. 106) ... Zusammen mit der Ablösung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber vom Faktor Arbeit sollte darum eine unterschiedliche Besteuerung nach Art der Gewinnverwendung Kernstück einer beschäftigungswirksamen Reform der Abgabenstruktur sein.“ (S. 108)

Damit knüpft Ehrenberg an Vorstellungen an, die senkend auf Lohnnebenkosten wirken und die „Beschäftigungsbereitschaft“ der Unternehmen beflügeln sollen. In mehreren Kapiteln äußert er sich für eine „Politik für mehr Arbeitsplätze, Leistung und soziale Gerechtigkeit“, die im Ergebnis immer eine Stärkung der „Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen“ bedeuten.

Im Schlußkapitel „Arbeit für alle ist erreichbar, aber nur ohne Lohnverzicht“ kommt die Erkenntnis: „... daß bei Unterbeschäftigung, unausgelasteten Kapa-

zitäten und stagnierenden Realeinkommen ... sich beim Wachstum wenig und beim Abbau der Arbeitslosigkeit nichts bewegt.“ (S. 243) Ehrenberg will eine Kombination von Nachfrage- und Angebotspolitik in einem breiten „nationalen Konsens“: Lohnkürzungen nur bedingt, aber unbedingte Senkung der Lohnnebenkosten!

Herbert Ehrenberg, Mehr Arbeitsplätze ohne Lohnverzicht, Verlag Bonn aktuell, Juni 1988 — (mal)

### IG Metall: „Tarifpolitik im Strukturwandel“

Die Dokumentation gibt Referate und Diskussionsbeiträge eines IGM-Forums vom Juni 1988 wieder. „... ein tarifpolitisches Konzept entwickeln, das die Chancen nutzt, die im Strukturwandel liegen“ — so formuliert der zweite Vorsitzende der IGM, Janzen, im Vorwort die Aufgabenstellung.

Etliche Beiträge der eingeladenen Wissenschaftler legen der IG Metall dabei — offen oder unausgesprochen — nahe, sich vor allem um die werktätige Intelligenz zu bemühen und dazu eine Richtung der Tarifpolitik einzuschlagen, die mehr Individualisierung zum Ziel hat.

Andere Beiträge, insbesondere von Mitgliedern von Verwaltungsstellen, warnen vor einer Tarifpolitik, die kollektive Regelungen zugunsten von betrieblicher Öffnung und Individualisierung opfert und grundlegende Anliegen vernachlässigt wie höhere Löhne und Gehälter, Beschränkung der Arbeitsintensität oder Verbesserung der Situation von Beschäftigten in ungeschützten Arbeitsverhältnissen.

Aus Beiträgen von Vorstandsmitgliedern bzw. Mitarbeitern der Vorstandsverwaltung wird deutlich, daß dort zu einem guten Teil die These von Industrie-soziologen (und konservativen Modernisierungspolitikern) übernommen worden ist, daß der aktuelle Gang der Rationalisierung selber eine günstige Richtung nimmt („ganzheitliche Nutzung der menschlichen Arbeitskraft“, Klaus Zwickel), und daß die Tarifpolitik auf solche „Chancen“ abstellen soll. Das führt zu einer Linie, die das notwendige soziale Bündnis von schlecht- und bessergestellten Lohnabhängigen in der Industriegewerkschaft kaum über gemeinschaftliche Interessen gegen das Kapital sucht, sondern über eine sogenannte moralische Solidarität zwischen Leuten, deren Interessen angeblich kaum Übereinstimmungen aufweisen.

Ein weiteres Problem: Die Diskussion, wie die Lage der Lohnabhängigen in den schlechtesten Verhältnissen verbessert werden kann, stockt.

Tarifpolitik im Strukturwandel. Herausgegeben von der IG Metall, Bund-Verlag Köln, 268 Seiten, 19,80 DM — (rok)

## Katholische Kirche und § 218

# Aufopferung im Familienverband statt menschlicher Solidarität

In die politische Auseinandersetzung um die Strafverfolgung bei Abtreibung hat sich die katholische Kirche schon immer führend eingemischt. Seit in Westdeutschland um die Frage der Strafrechtsänderung des § 218 eine Diskussion stattfindet, haben die Führungsgremien der Katholischen Kirche sich hierzu geäußert unter Berufung auf die Verpflichtung, „Leben zu schützen“. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Verschärfung des § 218 spielen unter deren Befürwortern Positionen der katholischen Kirche eine entscheidende Rolle. Ihre Grundauffassungen sollen auszugsweise dargestellt werden anhand zweier Broschüren: „Das Leben des ungeborenen Kindes. Zur aktuellen politischen Diskussion“, November 86 (im folgenden zitiert als 1) und der Dokumentation „Für das Leben. Stellungnahmen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zum Schutz des ungeborenen Kindes, 1973—1985“ (im folgenden zitiert als 2).

Die katholische Kirche hat es erreicht, einen Großteil ihrer Kritik an der Gesetzgebung zum § 218 in die öffentliche Diskussion zu bringen bis hin zur Beeinflussung richterlicher Urteile. Sie hat 1973 heftige Kritik an der Fristenlösung geübt und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 75 begrüßt. Seitdem beklagt sie aber den „Mißbrauch“ des Gesetzes. „Dieser Mißbrauch wird dadurch besonders offenkundig, daß über 80% aller statistisch erfaßten Abtreibungen mit einer schweren Notlage begründet werden“ (2). Die Verfolgungsjagd in Memmingen wurde

von der bayerischen Justizministerin Berghofer-Weichner unter anderem mit der Bemerkung eingeleitet, es könne unmöglich so viele Notlagen geben, wie in den Abtreibungen begründet.

Auch die Regelung, durch die eine Notlage festgestellt wird, nach der eine Abtreibung straffrei wird, die Indikationsstellung durch einen Arzt, wird kritisiert: „Das Verfahren zur Feststellung einer Indikation erfüllt nicht die Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer sachkundigen und vom Staat verantworteten Prüfung und Feststellung. Auch hierin offenbart sich die Gesamttendenz des Gesetzes, Abtreibungen möglichst zu erleichtern“. Durchweg werden bei den Verurteilungen, die gegenwärtig im Zusammenhang mit dem § 218 stattfinden, Indikationen von ärztlicher Seite in Zweifel gezogen oder aber es wird kein ärztliches Gutachten eingeholt, sondern die Richter setzen ihre Erkenntnis an die Stelle des Arztes.

„Die Finanzierung von nicht medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen muß beendet werden“. (2) In das neue Gesundheitsreformgesetz, das die alte Reichsversicherungsordnung (RVO) ablösen soll, ist die Finanzierung der Abtreibung aus Notlagenindikation nicht übernommen worden. Gegenwärtig gelten Übergangsregelungen, die aus der alten RVO übernommen werden. Aber schon jetzt beschließen einzelne Kassen, die Kosten zu verweigern, so die Landwirtschaftliche Krankenkasse Unterfranken. Auch die Beihilfe in Bayern und Baden-Württemberg trägt die Kosten



Protestdemonstration gegen die Massenverfolgungen in Memmingen am 10. September 1988: Die Bevormundung wird angegriffen.

einer Abtreibung bei Beamtinnen nicht.

„Der Embryo ist kein Organ des Körpers der Mutter ... Es handelt sich vielmehr um eine Tatsache, daß von der Empfängnis an eigenes menschliches Leben da ist ... Diese Erkenntnis ist längst Allgemeingut der Biologen“ (1). Nun ist es zweifellos richtig, daß der Mensch sich als Mensch fortpflanzt, und sicherlich ist die Fortpflanzung des Menschen von Anfang an so angelegt, daß ein neuer Mensch und nicht irgend ein Tier oder eine Pflanze entsteht. Das ist sozusagen ein Gemeinplatz. Aber der menschliche Keim ist Bestandteil des Lebens der Schwangeren und es ist zweifelsohne weiterhin die Frau, die das entstehende Leben in sich trägt und später auch das Kind zur Welt bringt. Und eine Schwangerschaft ist ein Ereignis, das tief in ihr Leben eingreift. Es ist vielmehr zu fragen, was über das rein Biologische hinaus den Menschen ausmacht als ein soziales Wesen.

In der Broschüre heißt es hierzu: „Nach der biblischen Ordnung ist Gott Ursprung und Ziel des Menschen. Er hat den Menschen als Mann und Frau ge-

gehen weder vom Mann noch von der Frau aus, sondern vom Kind ... Nach dem biblischen Zeugnis hat kein Mensch sein Leben aus sich selbst, sondern es ist ihm von Gott geschenkt. Daher darf der Mensch weder über sein Leben, noch über das Leben eines anderen frei verfügen ...“ Es wird hier Sinn und Zweck des Geschlechtsverkehrs beschrieben, dem nur Menschenwürde insofern zuerkannt wird, als darin die Möglichkeit der Fortpflanzung besteht. Im Gegensatz zum Tier, das unter einem Naturzwang brünstig wird, suchen Menschen jedoch geschlechtlichen Verkehr mit Willen und Bewußtsein. Die menschliche Sexualität gewinnt doch ihre Würde erst durch die bewußte, nicht auf Beherrschung, sondern auf Vereinigung gerichtete zwischenmenschliche Beziehung. Das wird in oben genanntem Text vollkommen verkannt, da dem Menschen das Recht auf selbstbewußtes und selbstbestimmtes Handeln abgesprochen wird, ist er doch Geschöpf Gottes. Er muß Gott dankbar sein, daß er von ihm geschaffen wurde. Und auch das Verhältnis des Kindes zu den Eltern wird in einen solchen Zusam-

und Notsituationen, die durch unerwünschte Schwangerschaft entstehen können, nicht durch einen Freibrief zur Tötung zu lösen. Vielmehr müssen umfassende Maßnahmen der Beratung und Hilfe den Betroffenen ein bewußtes Ja zum Leben ihres Kindes ermöglichen. Diese Haltung ist in unserer Gesellschaft nicht mehr genügend lebendig.“ (2) Eine der etwa 150 Frauen, die im letzten halben Jahr in Memmingen wegen illegalen Schwangerschaftsabbruchs verurteilt worden waren, hat in der Berufungsverhandlung am 6.12.88 einen Freispruch erkämpft. Sie mußte dafür entscheidende Abschnitte ihrer Lebensgeschichte in der Öffentlichkeit darlegen: Sie war aufgewachsen mit sieben Geschwistern unter armen Verhältnissen. Sie wurde gerade zum zweiten Mal schwanger, als sie einen Laden neu eröffnet hatte. Das Geld hatte sie durch einen Kredit, für den ihre Eltern gebürgt hatten, obwohl sie selbst verschuldet waren. Das Kind auszutragen, hätte bedeutet, daß sie den Laden nicht hätte weiter führen können, hätte bedeutet einen Berg von Schulden, Leben von der Sozialhilfe mit zwei Kindern, weitere Verschuldung der Eltern, Bruch der Beziehung zu ihrem Partner. Sieht so die erwünschte Opferbereitschaft aus, wie die katholische Kirche sie sich denkt?

Aber es wird ja auch von „Hilfen“ gesprochen. Schon 1973, nach Verabschiedung der Fristenlösung durch den Bundestag, schlägt das Zentralkomitee der Katholiken eine Reform des Adoptionsrechts vor, wie es Anfang 1988 in Gesetzesvorhaben der bayerischen Staatsregierung und in zahlreichen Urteilsbegründungen gegen Frauen, die aus einer Notlage heraus abgetrieben haben, seinen Niederschlag gefunden hat. „In diesem Zusammenhang sollte auch der Vorschlag geprüft werden, der Mutter schon vor der Geburt die auch rechtliche Möglichkeit zu geben, daß die Verantwortung für das Kind von anderer Seite übernommen wird, falls sie dies nach der Geburt noch wünscht.“ Die bayerische Staatsregierung denkt hier ja noch einen Schritt weiter: Nicht vermittelbare Kinder sollen zu „Staatsmündeln“ werden. Das so von katholischer Kirche und CSU geschützte „Leben“ besteht dann in wenig mehr als Dahinvegetieren nach den Maßgaben des Staates.

Die katholische Kirche spricht sehr viel von der „Menschenwürde“. Menschenwürde kann aber nicht auf dem Boden von Zwangsmaßnahmen entstehen, wie sie das staatlich verordnete Austragen einer Schwangerschaft darstellt. Grundlegend für ein menschenwürdiges Leben ist vielmehr die Freiwilligkeit der Schwangerschaft. Nur so sind auch Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Beziehungen auf dem Boden der Solidarität und Freundschaft auch zwischen den Generationen entstehen können. — (elf)



„Lebensschützer“ in Aktion: Abtreibung wird als Tötung diffamiert, um einen Vorwand zu haben, tief ins Leben der schwangeren Frau einzugreifen.

schaffen, als sein eigenes Abbild und Gleichnis. Darin ist die unverletzliche Würde des Menschen in besonderer Weise begründet und gesichert. Teil dieser Würde ist die Fähigkeit von Mann und Frau, gemeinsam menschliches Leben weiterzugeben. Diese Fähigkeit ist nicht dem Menschen als Individuum, als einzelner, gegeben. Wer Leben weitergeben will, muß eine Beziehung eingehen; er muß sich in Anspruch nehmen und binden lassen. Wenn zwei Menschen diese ihre gottgegebene Fähigkeit verwirklichen und leben, entsteht für beide eine neue Beziehung. Der Dritte, nämlich das Kind, ist auf Vater und Mutter angewiesen, beide sind für das Kind verantwortlich. Diese Verantwortung

menhang gezwängt, denn auch das Kind hat ja folgerichtig den Eltern gegenüber eine Verpflichtung zur Dankbarkeit, vor allem gegenüber der Mutter, die Leben geschenkt hat, ob sie das wollte oder nicht. Es wird hier eine Gesellschaftsordnung als wünschenswert hingestellt, die geprägt ist von zwischenmenschlichen Beziehungen auf dem Boden erzwungener Abhängigkeiten und Verpflichtung zur Dankbarkeit. Der Zementierung des Zwangsverbandes Familie ist hier das Fundament bereitet. Und so heißt es auch an anderer Stelle:

„Erhaltung und Sicherung des Lebens verlangen vom einzelnen und von der Gesellschaft die Bereitschaft, Opfer zu bringen. Das bedeutet auch, Konflikt-



## Kandidatur faschistischer Organisationen

*Westberlin.* Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hat der Landeswahlausschuß folgende Organisationen aus dem reaktionär bis faschistischen Lager als Parteien zugelassen: die „Demokratische Allianz“ (DA), die „Ökologisch demokratische Partei“ (ÖdP), die „Republikaner“ (REP) und die „Humanistische Partei“. Nachdem ein Antrag der AL auf Nichtzulassung der REP im Landeswahlausschuß mehrheitlich abgelehnt wurde, hat er ebenfalls eine im Bezirkswahlausschuß Kreuzberg ohne Gegenstimme verabschiedete Beschwerde gegen die Kandidatur der REP und der DA abgelehnt. Am 15.12. protestierten gegen die Kandidatur der REP und gegen eine Wahlveranstaltung in Tempelhof ca. 200 Antifaschisten. Auf der letzten Sitzung erteilte der Landeswahlausschuß der „Freiheitspartei“ die Zulassung als Wählergemeinschaft im Bezirk Wedding. Bei der „Freiheitspartei“ handelt es sich um eine Kandidatur der militanten Faschisten aus der FAP und NF. Die Kandidaten Golibersuch, Pohl und Schillock sind seit Jahren in der Öffentlichkeit als die führenden Köpfe in der neofaschistischen Szene bekannt. — (hga)

## Storim-§ 129 a-Prozeß ohne Öffentlichkeit

*Hamburg.* Nach bisher acht Verhandlungstagen liegt offen, daß es sich beim Prozeß gegen Fritz Storim um nackte Gesinnungsjustiz handelt. Bereits am zweiten Tag wurde die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. In der kurzen Zeit der Prozeßöffentlichkeit brachte es Staatsschutzrichter Bürrig auf zwei Ordnungshaftstrafen für Zuschauer. Polizeiaktionen im Oberlandesgericht begleiten jede Verhandlung. Der GEW und den Anwaltsvereinigungen „Demokratie und Recht“, Bremer Strafverteidiger, Republikanischer Anwaltsverein und Arbeitsgemeinschaft Hamburger Strafverteidiger verweigerte Bürrig, Prozeßbeobachter zu schicken. Das Gericht hat auch allen Grund, kritische Öffentlichkeit zu scheuen. Randbemerkungen in verschiedenen Ausgaben von „Sabot“, in der Storim eine öffentlich gehaltene Rede zu den politischen Gefangenen zum Abdruck gebracht haben soll, seien ein Beleg für Herausgeberschaft. Daß in der Rede nicht zur Gewalt aufgerufen wird, findet Bürrig besonders hinterlistig.

Hochverdächtig sei ein bei Storim gefundenes „Handbuch der Sprengstofftechnik“; Storim ist Diplomphysiker! Und angeblich bei ihm gefundene Zettel mit „Petra: 10 Sabots“ etc. würden doch wohl alles beweisen. Storim moniert die offenkundige Vorverurteilung. Was brauche es da fünf Richter? „Ein hoher Offizier würde das auch bringen.“ — (wal)



*Mannheim.* 1000 Menschen empfingen die zur Einbringung des Doppelhaushaltes 1989/90 der Stadt eilenden Gemeinderäte mit Transparenten und Piffen. Hauptsächlich waren Mitglieder von Initiativen und Vereinen, Kindergarteneltern und -kinder, Mitglieder der ÖTV und Beschäftigte des städtischen Theaters erschienen. Sie alle protestierten gegen die angekündigte Kürzung der Zuschüsse um durchschnittlich 20%. — (tht)

## Republikaner-Parteitag gegen Europa

*Dinkelsbühl.* Gegen den Europaparteitag der Republikaner am 3.12. demonstrieren etwa 400. Die Initiative dazu hatte die Aktionsgruppe gegen Neofaschismus in Mittelfranken ergriffen, SDAJ, DKP, Grüne, DFG/VK, DFU, VVN, Friedensliste, DGB (Nürnberg und Erlangen), Jusos und viele andere schlossen sich an. Auf dem Parteitag wurden 20 Kandidaten zur Europawahl aufgestellt, Schönhuber an der Spitze. Hauptargumente Schönhubers gegen die EG: Sie führe zu einer immer stärker werdenden Überfremdung, gefährde die nationale Identität, sie zementiere die deutsche Teilung, gefährde die Innere Sicherheit durch „Verbrecher-Import“, verschlechtere den Lebensstandard und die soziale Sicherheit, sie ruiniere bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe und halte die Umweltgesetze auf niedrigstem Niveau, sie nutze nur den Euromultis. — (uth)

## „Zunfthausprozeß“ 15 Monate gefordert

*München.* Im Verfahren gegen Janin und Wolli forderte die Staatsanwaltschaft inzwischen 15 Monate ohne Bewährung. Beide hätten als Organisatoren und Initiatoren einer Veranstaltung 1986, auf der über die Situation der politischen Gefangenen diskutiert werden sollte, die RAF unterstützt. Ihre Forderung nach Zusammenlegung sei eine Forderung der RAF. Die Verteidiger forderten beide Einstellung des Verfahrens bzw. Freispruch. Die „Tür zur Gesinnungsjustiz gegen links“ würde bei einer Verurteilung noch weiter offen sein. Janin und Wolli stellten in ihrem Schlußwort noch-

mal ausführlich die Zusammenhänge der staatlichen Repression gegen den Widerstand dar. Die ca. 60 Besucher am letzten Verhandlungstag nahmen die Plädoyers der Verteidiger und die gemeinsame Schlußerklärung mit Beifall auf. — (ror)

## Hungerstreik für politische Gefangene

*Kiel.* Neun Kurden traten vom 4. bis zum 10. Dezember im Rahmen einer bundesweiten Aktion in Kiel in den Hungerstreik. Sie erklärten damit ihre Solidarität mit über 2000 Türken und Kurden in der Türkei, die sich ebenfalls im Hungerstreik befinden, um gegen die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen zu protestieren.

Die Forderungen: Verbot aller Arten von Folter, regelmäßige Gesundheitsuntersuchung der Gefangenen, ungehinderter Kontakt für alle Gefangenen mit ihren Anwälten, Benutzung der Muttersprache (auch kurdisch) vor Gericht und im Gefängnis.

Einen Aufruf unterzeichneten von den deutschen Organisationen: DKP, VVN, „Die Grünen“, SDAJ, MSB Spartacus, GDF-AG Kiel; von den türkischen Organisationen: Gruppe der Demokraten aus der Türkei und Türkisch-Kurdistan, TKP-ML-Bewegung.

Leider war im Aufruf die direkte Mitverantwortlichkeit des westdeutschen Kapitals sowie der Bundesregierung an den Verhältnissen in der Türkei nicht einmal angedeutet. So kostete der — wenn auch positive — Unterstützungsbrief von Ministerpräsident Björn Engholm, der Besuch von SPD-Landes- und Stadtparlamentariern und die breite Berichterstattung in der bürgerlichen Presse diese alle politisch sehr wenig. — (dam)

## Wohnungsnot

# Umfang und Struktur von Obdachlosigkeit in Niedersachsen

**Braunschweig.** Auf einer Fachtagung in Braunschweig, an der über 40 Fachleute und kommunale Bedienstete teilnahmen, wurde die Lage der wohnungslosen Menschen in Niedersachsen dargestellt und nach Lösungen zur Verbesserung ihrer Situation gesucht.

Grundlage der Tagung war eine Untersuchung, die im Auftrage des Sozialministeriums 1986 fertiggestellt wurde und seitdem unveröffentlicht in den Schubladen des Ministers schmort. Danach gibt es 6700 Obdachlosenunterkünfte, in denen 12300 Menschen leben müssen, davon ca. 1400 Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt haben. Nicht erfaßt ist der Personenkreis ohne jegliche Unterkunft, die sogenannten Nichtseßhaften, deren Anzahl Fachstellen mit 8000 bis 10000 angeben. 2/3 der Bewohner

Schon deshalb nicht, weil sich die Situation seit 1985 dramatisch verschärft hat. So wurde auf der Tagung berichtet, daß alle Faktoren, die zu Obdachlosigkeit führen, im Steigen begriffen sind. Dies gilt vor allem für die Hauptursache, die Mietschulden (in 91 % der Fälle) und die damit verbundenen Mietaufhebungsklagen und Zwangsräumungen. Die Arbeitslosigkeit, der Anstieg der Ein-Personen-Haushalte und der leergefegte Wohnungsmarkt tun ein übriges.

Für die Haushalte mit geringem Einkommen ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt bedrohlich: Die Durchschnittsmiete je qm stieg von DM 3,50 (1971) auf DM 6,44 (1987); der Renovierungsboom am Gesamtbauvolumen beträgt in Niedersachsen 86,6% und bedeutet immer erhebliche Mietsteigerun-

342000, 1987: 566900, das ist eine Steigerung um 60,33%! Die Mietenausfälle wegen Uneinbringlichkeit sind von 1977 (1,5 Mio. DM) bis 1987 (14 Mio. DM) um 833,3% gestiegen. All diese Faktoren belegen, daß die Mieten für die einkommensschwachen Haushalte nicht mehr bezahlbar sind und die Wohnungslosigkeit wegen Mietschulden droht.

Die Tagungsteilnehmer(innen) waren sich einig darin, daß der Begriff „Wohnungslosigkeit“ für die Menschen ohne Wohnung sowohl für die sogenannten Nichtseßhaften und die Obdachlosen gleichermaßen zutrifft. Eine Trennung in Zuständigkeitsbereiche (Obdachlose = Gemeinde — „Nichtseßhafte“ = Land) wird abgelehnt. So kann festgestellt werden, daß gegenwärtig mindestens 15000 bis 17000 Menschen in Niedersachsen ohne bzw. ohne ausreichende Wohnung leben.

Auf der Tagung wurde daher gefordert, daß sofort ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt werden muß, das für den betroffenen Personenkreis bezahlbare Wohnungen mit menschenwürdigem Standard schafft. Eine Landesarbeitsgemeinschaft „Soziale Brennpunkte Niedersachsen“ soll im Frühjahr 1989 gegründet werden. — (kpm)



Auf der Fachtagung zum UNO-Jahr gegen Wohnungsnot 1987 wurde die Forderung nach Wohnungen für eine Million Wohnungslose erhoben.

von Notunterkünften sind Männer.

Die „Wohn“bedingungen sind katastrophal. 1/3 sind keine abgeschlossenen Wohnungen, 43% haben nur Toiletten für mehrere Haushalte, 48% haben weder Duschen noch Bäder, bei 91% sind die Räume nur einzeln heizbar (87 „Wohn“einheiten waren überhaupt nicht heizbar!). Viele Fenster sind undicht. Feuchtigkeit und Schimmel herrschen vor. Vielfach gibt es Überbelegung und es kommt vor, daß z.B. drei alleinstehende Männer, die sich nicht kennen, auf 12 qm eingewiesen werden. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt 10 qm. Obwohl eine Unterbringung in einem Notquartier nur vorübergehend erfolgen darf, ist die jahrelange Unterbringung die Regel, jahrzehntelanges „wohnen“ dort keine Seltenheit.

Allein bei diesen Ergebnissen der Untersuchung wird deutlich, warum der Minister diese nicht veröffentlicht.

gen; dagegen geht die Bewilligung und Fertigstellung der Sozialwohnungen ständig zurück: von 165135 (1970) auf 40248 (1987); die Talfahrt im Wohnungsbau (1972: 769000 WE — 1987: 191000 WE) tut ein übriges. Im Tätigkeitsbericht 1987 des Verbandes Niedersächsisch-Bremischer Wohnungsunternehmen e.V. wird prognostiziert: „... bis 1990 (werden) rund 560000 und bis 1992 rund 829000 Wohnungen außerplanmäßig aus der Sozialbindung herausfallen ... Resümieren wir also die Frage der rechtlich gegebenen Mieterhöhungsmöglichkeiten, so ist festzuhalten, daß ... fast für den gesamten Bestand der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (nicht unbeträchtliche) Mieterhöhungen möglich sind.“

Die Anzahl der Haushalte, für die die Mieten nicht mehr bezahlbar sind, steigt ständig: 1981 = 1,6 Mio., 1987 = knapp 1,9 Mio. Wohngeldempfänger; davon Sozialhilfeempfänger: 1981:

## Weinheim

## Neonazi-Stadtrat unter Beschuß

**Weinheim.** Das kam dem Neonazi-Stadtrat G. Deckert nicht gelegen: Am 9.11. wurde er endlich endgültig aus dem Staatsdienst entlassen. Und dann wurde er immer wieder in einem Prozeß gegen sieben Skinheads genannt, die an dem Überfall auf einen Flüchtlings-Container am 30.1. in Schriesheim beteiligt waren. Teilweise waren sie seine Schüler, gewandert waren sie mit ihm, an seinen „Sonnwendfeiern“ hatten sie teilgenommen. Von ihm waren sie an die „nationale Bewegung“ herangeführt worden. Direkt nach dem Überfall hatte sich Deckert aus der Affäre gezogen mit einer „Distanzierung“, die keine war: Das Ganze habe als „Rohrkrepierer“ (der also nur zu früh zündete!, bef), „der deutschen Sache geschadet“.

Wer Deckert ist? Seit 1975 sitzt er im Gemeinderat (seit seinem NPD-Austritt 1982 für seine eigene „Deutsche Liste“). Seit Anfang der Siebziger agiert er bundesweit, z.B. als ehemaliger stv. NPD-Vorsitzender, der dann scheiterte beim Versuch, als „Träger der Hoffnungen“ der kämpferischen Teile der NPD Mußnug zu ersetzen. Seitdem zielt er in Richtung auf Vereinheitlichung der Rechten, wirkt dafür vor allem in den einschlägigen Zeitschriften und über den jährlich von ihm organisierten (und 1988 erstmals verhinderten) „Kurfürster Treff“. Ende 1986 gründete er eine neue

Bundespartei — „Die Deutschen“; bewußt als Bündnisorganisation angelegt, verfolgt sie einen schroffen großdeutschen Neutralismus, natürlich mit dem Nazi-üblichen Rassismus gepaart.

In Weinheim haben jetzt verschiedene Gruppen einen Appell veröffentlicht, der Schritte gegen die Verbreitung von Nazi-Hetze und Ausländerhaß fordert und eine deutliche Politik des Gemeinderats gegenüber Deckert. Die SPD erklärte öffentlich, für sie gebe es mit der Deckert'schen „Geisteshaltung keine Gemeinsamkeiten“. Sie wolle „den schon weit fortgeschrittenen Anfängen von Ausländerhaß . . . wehren“. Sie forderte auch den „Odenwaldklub“ auf, sich von Deckert zu trennen, der dort seit 1982 als „Jugendwart“ (!) arbeitet und „wandert“. Nicht ohne Ziel, versteht sich: OWK-Mitglieder ergeben sich jetzt in Geschrei, „brechen Lanzen“ für ihn, der OWK-Vorsitzende spricht als Koreferent auf einer Deckert-Veranstaltung.

Die CDU deckt Deckert. Der SPD-OB sieht wieder keine rechtlichen Möglichkeiten. Es hagelt Leserbriefe gegen die Angriffe, natürlich auch Telefonanrufe bei antifaschistischen Leserbrief-Autoren. Ob Deckert nicht trotz allem fast ganz ungestört seine Politik fortsetzen kann, ist also noch gar nicht ausgemacht. — (bef)

## 40 Jahre Freie Universität Sand in der Uni- versitätsmaschine

*Westberlin.* Zum Festakt anlässlich des 40jährigen Bestehens der FU wollte Präsident Heckelmann mit Ergebnissen aufwarten: Nach der antitotalitären Gründungszeit und der schädlichen Studentenrevolte sei die FU jetzt konsolidiert. Wettbewerb mit anderen Hochschulen und inneruniversitär sollte die Zukunft gestalten. „Kooperation ist vor allem auch mit Wirtschaft und Industrie zu pflegen.“ Von 76 Mio. DM Drittmitteln brächten Private bereits 13 Mio. DM auf. Kurz, für ein paar Brosamen aus der Industrie soll die gesamte Uni mit ihrem 1,7 Mrd. DM Etat in den unmittelbaren Dienst der Industrie gestellt werden.

Ungefähr 4000 Studenten protestierten gegen den Festakt. Sie halten die Zustände an der für 28000 Studenten ausgelegten und mit doppelt sovielen belegten FU für unhaltbar. 16 Institute waren bereits zum Jubiläum besetzt und bestreikt. Inzwischen werden sämtliche Hochschulen und Fachhochschulen be-

streikt. Die Bewegung weitet sich auf die Schüler aus. Die Gewerkschaften haben sich solidarisch erklärt. Die Demonstration am 13.12. mit 25000 Teilnehmern vor dem Rathaus Schöneberg war der vorläufige Höhepunkt der Aktionen.

An der FU hat sich der Protest besonders an der Umstrukturierung durch die Kuratoriumsbeschlüsse entzündet: Einrichtungen mit linken Mehrheiten sollen in rechte Bereiche eingegliedert werden, Lehre und Forschung uniformiert werden. Die Studenten fordern u.a.: „Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse und Erhalt von Lateinamerikainstitut, Osteuropainstitut, Informationswissenschaft, Semiotik/Arabistik, Psychologisches Institut . . . z.B. durch Nichtverwirklichung der geplanten AN-Institute (Institute mit direktem privatem Einfluß) . . . Mindestens Viertelparität in allen universitären Gremien und bei Stellenbesetzungen . . . Frauen- und feministische Forschung an allen Instituten. Faschismusforschung . . . Mehr staatliche Gelder für Sachmittel und Stellen im Sinne der Präambel (Es geht uns um die Herstellung der Autonomie der Universität zum Zweck einer problemorientierten sowie konfliktbereiten Wissenschaft, losgelöst von den Verwertungsinteressen der Wirtschaft und des Militärs). Bafög nicht als Darlehen, . . . Wohnraum . . .“ Angeboten hat der Senat bislang 20 Mio. DM, die als Befriedungstropfen auf den heißen Stein empfunden werden, Erhalt eines abrißreifen Studentenwohnheims und eines ehemaligen Schwesternwohnheims als Provisorium und Verbesserung der Studiensituation durch Studienzeitverkürzung. — (chk)

## Hochschulpolitik NRW

### Widerstand gegen Hochschulplanung

*Köln.* Die Situation an den Hochschulen ist ein wie seit Jahren nicht mehr viel diskutiertes Thema und seit Monaten Gegenstand einer größeren Auseinandersetzung zwischen der SPD-Landesregierung auf der einen und Professoren und Studierenden auf der anderen Seite. Der Grund: Die Ausbildungssituation hat sich durch die unerwartet hohen Studienanfängerzahlen derart verschlechtert, daß nun an allen Hochschulen in NRW eine breite Abwehrfront aus Studierenden, Vertretern der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und Professoren entstanden ist, die die Landeshochschulpolitik — vor allem den „Strukturplan“ — entschieden be-

kämpft.

Während der Strukturplan, der der „ökonomischen und ökologischen Erneuerung der NRW-Wirtschaft“ dienen soll, von abnehmenden Studentenzahlen schon ab Ende der 80er Jahre ausgeht und darauf aufbauend die Hochschulplanung bis ins Jahr 2000 festschreibt, hat es in diesem Wintersemester die höchste Anfängerzahl in der BRD-Unigeschichte gegeben. Zur Zeit studieren 1,5 Mill. Studenten auf 820000 Plätzen, in einigen besonders beliebten Fächern wie Informatik, BWL und Jura gibt es Überlastquoten von 300%.

An der Uni Köln prügeln sich schon Wiso-Studenten um Hörsaalplätze oder Prüfungstermine, viele verlegen das Studium auf die eigene Wohnung — falls sie da Glück haben, eine zu bekommen — weil die Hörsäle derart überfüllt sind, daß sie die Dozenten gar nicht zu Gesicht bekommen. Ministerin Brunn erließ gegen die Überfüllung im Fach BWL an der Uni Köln eine Verordnung, die den „Seiteneinstieg“ ins Fach von der benachbarten VWL verbietet, die Kultusministerkonferenz (KMK) und die ZVS beschlossen, im Sommersemester einen Numerus Clausus für BWL einzuführen. Das Fach Jura werden Frauen demnächst kaum noch studieren können, Plätze sollen vorrangig an Leute mit abgeleistetem Wehr- oder Zivildienst bzw. freiwilligem sozialem Jahr vergeben werden.

In dieser Situation, die die bisher schon schlechten Ausbildungsverhältnisse erneut zuspitzt, sieht der vom Landtag mit dem Haushalt zusammen beschlossene Strukturplan Stellenstreichungen bzw. -umverteilungen größeren Ausmaßes vor: Insgesamt 449 Stellen von Dozenten sollen bis 1995, vor allem aus den geistes- in die naturwissenschaftlich-technischen Fächer umverteilt werden, in die Informatik, die neuen Kunsthochschulen und hauptsächlich in die Forschung wie Gen-Technik und Luft- und Raumfahrtforschung.

Gegen diese Pläne richtet sich vielfältiger Protest: Die Studierenden befürchten zu Recht noch schlechtere Ausbildungsbedingungen, die Professoren sehen vielfach ihre Pfründe davonschwimmen, haben gegen die Zielrichtung des Plans nichts, wohl aber gegen konkrete Ausformungen etwas einzuwenden. Das Landesastentreffen (LAT) fordert dagegen „weitere Öffnung der Hochschulen, deren gleichberechtigte Selbstverwaltung durch alle Hochschulangehörigen und deren adäquate materielle Ausstattung“ sowie Abbau der „sozialen Selektionsbarrieren“, Forschung für „unterprivilegierte Schichten“ sowie die Rücknahme der Stellenstreichungen und des gesamten Plans. — (koe)

## 9-Stunden-Schichten bei Daimler-Benz:

# „Ihr habt eine Schlacht gewonnen, nicht den Krieg“

Stuttgart. Mit drei Niederlagen für die Firma vor Einigungsstelle und Arbeitsgericht hatte die Auseinandersetzung um das Flexibilisierungsmodell von Daimler („Flexi II“) Schlagzeilen gemacht. Die Firma hatte geplant, mit 9- und 10-Stundenschichten an fünf Tagen zu produzieren. Die anfallende Überzeit sollte in Form von Freischichten, jedoch ohne Überzeit-Zuschläge abgegolten werden. Betriebsrat und IGM hatten dies abgelehnt — u.a. mit Hinweis auf den MTV Baden-Württemberg. Betont werden muß allerdings der Anteil der betrieblichen Mobilisierung an diesem Sieg: Mehrere kollektive Beschwerden ganzer Abteilungen beim Betriebsrat und kurze

vertraten anfänglich gemeinsam den Standpunkt, daß der 8-Stunden-Tag verteidigt werden muß und Arbeitszeiten vor 6 Uhr und nach 23 Uhr als Regelarbeitszeit nicht akzeptabel seien.

Innerhalb kürzester Zeit gab die IGM-Betriebsratsmehrheit diese Position jedoch wieder auf. Die Abwehr der Samstagarbeit wurde allein in den Mittelpunkt gestellt, statt das gesamte Flexi-Paket zum Thema der Auseinandersetzung zu machen. Um ihre letztendliche Zustimmung zu den 9-Stunden-Schichten ab April '89 den verständnislosen Kollegen besser vermitteln zu können, wurde die Verlängerung des Arbeitstages auf 9 Stunden zur „Einführung der

gießerei und die Kurbelgehäusefertigung, wurde massiv Information und Stellungnahme der Betriebsrates verlangt. Rund 70 Druckgießer aus beiden Schichten versammelten sich während der Arbeitszeit im Pausenraum. Die ablehnende Haltung der anwesenden Betriebsräte zu 9-Stunden-Schichten wurde mit lautem Beifall quittiert, die Drohungen des Gießereileiters mit disziplinarischen Konsequenzen mit Buh-Rufen. In einem von der ganzen Abteilung unterschriebenen Brief an den Betriebsrat forderten die Druckgießer: „8 Stunden sind genug! Kein Arbeitsbeginn vor 6 Uhr, kein Arbeitsende nach 23 Uhr!“

Insgesamt wurde von der Mehrheit des Betriebsrats kein Versuch gemacht, mit der Belegschaft Druck gegen die 9-Stunden-Pläne der Firma zu entwickeln. Die Taktik war vielmehr „hinhalten und Dampf ablassen“. In der Kurbelgehäusefertigung z.B. wurde von den zuständigen IGM-Betriebsräten der Firma Dauernachtschicht mit Freiwilligen als Alternative zur 9-Stunden-Schicht bis Ende 89 angeboten. Die Firma akzeptierte dies.

## „Erfolgreiche Reduzierung“ oder General-Zustimmung?

Im November stimmte die Mehrheit des Betriebsrats gegen die Stimmen der PLAKAT-Betriebsräte der 9-Stunden-Schicht ab April 89 für 52 Kollegen zu. Die Zahl der ab 1.4.89 sofort Betroffenen hatte sich durch den drastischen Rückgang der Auftragslage einerseits sowie die Zustimmung zur Dauernachtschicht zunächst auf 52 Kollegen reduziert.

Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Firma ihre Pläne zur Ausweitung der Betriebsnutzungszeit weiterhin massiv verfolgt und ihre Position mit der inzwischen 2. Zustimmung des Betriebsrats verbessert hat:

\*der Stufenplan für die Steigerung der 9-Stundenschichten auf über 300 nach dem April 89 liegt nach wie vor auf dem Tisch. Die bisherigen Zustimmungen des Betriebsrats werden für alle zukünftigen Ausweitungen als Präzedenzfälle genutzt werden.

\*Inzwischen hat die Firma dem Betriebsrat eine „Rahmenvereinbarung“ vorgelegt, in der dieser eine General-Zustimmung zu 9-Stunden-Schichten als Planungsgrundlage für die Zukunft unterschreiben soll.

Diese Generalzustimmung wurde bei einer ersten Diskussion im Betriebsrat abgelehnt. Vorhergegangen war allerdings eine IGM-interne Kampfabstimmung, in der die Gegner der Generalzustimmung mit nur einer Stimme Mehrheit gesiegt hatten. Die Unterlegenen ließen jedoch durchblicken, daß hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Noch vor Weihnachten wird sich der Betriebsrat noch einmal mit der „Rahmen-Regelung“ der Geschäftsleitung befassen. — (x)



Das Bild zeigt streikende Arbeiter von Daimler-Benz Sindelfingen im April letzten Jahres. Auf dem mitgeführten Transparent kommt der Widerstand gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeit deutlich zum Ausdruck.

Arbeitsniederlegungen hatten der Firma Widerstandswillen demonstriert. „Ihr habt eine Schlacht gewonnen, den Krieg aber noch längst nicht“, so kommentierte die Leitung des Personalwesens. Mit dem neuen MTV von 1987 eröffneten sich der Firma neue Flexibilisierungsmöglichkeiten.

## Von Flexi 2 zu Flexi 3

Für die Verhandlungen über die Umsetzung des neuen MTV im Betrieb legte die Werksleitung schon Ende 1987 neue Flexi-Pläne auf den Tisch: Für Instandhaltungsbereiche sollte der Samstag Regelarbeitstag werden, in verschiedenen Produktionsbereichen forderte die Firma 2x9-Stunden-Schichten als Normalarbeitszeit. Um dabei die 37,5 Stunden tarifliche Wochenarbeitszeit einhalten zu können, sollte jeder einzelne nur vier Tage pro Woche arbeiten, bei einer Anlagennutzungszeit von fünf Tagen an täglich 18 Stunden.

Auch diese Flexi-Variante wurde von der Belegschaft mehrheitlich abgelehnt. IGM Betriebsräte und PLAKAT-Gruppe

4-Tage-Woche erklärt, wobei ohnehin nur 96 Freiwillige betroffen seien.

Die Äußerungen der Firma machten dagegen unmißverständlich klar, daß

- \* „zunächst“ nur Freiwillige 9-Stunden-Schichten arbeiten müssen,
- \* es bei diesen „zunächst“ 96 Freiwilligen nicht bleiben werde und
- \* die 9-Stunden-Schichten als Planungsgrundlage für zukünftige Neuinvestitionen aus Konkurrenzgründen zwingend seien.

## Noch mehr Flexi und Widerstand

Schon im Mai und Juni 88 wurden weitere Forderungen nachgeschoben: In einem Stufenplan sollten ab April 89 nicht nur 96 Kollegen, sondern über 300 in 2x9-Stunden-Schichten arbeiten. In halbjährlichen Planungsgesprächen mit dem Betriebsrat sollte über die weitere Ausweitung auf zusätzliche Bereiche gesprochen werden.

In den betroffenen Bereichen, die größten davon die Leichtmetall-Druck-



## Blaupunkt

## Die Fertigung wird zentralisiert

Hildesheim. „Die Neuordnung der Bosch-Unternehmensgruppe geht zwar leiser vor sich als die von Daimler-Benz, sie ist jedoch nicht weniger tiefgreifend.“ (1) Am 3.11. teilte Bosch mit, daß die Blaupunkt-Autoradio-Fertigung in Hildesheim und Malaysia konzentriert, die Fertigung in Salzgitter Ende 1990 eingestellt wird. Etwa 1000 Beschäftigte kommen angeblich in der benachbarten Bosch-Fabrik für elektronische Steuergeräte unter. Die SPD- und CDU-Ratsfraktionen in Salzgitter entrüsteten sich am 4.11. über falsche Informationen des Bosch-Konzerns:

„... Auch bei der Verhandlung über die Einrichtung des Bosch-Werkes in Salzgitter wurde mit keinem Wort die mögliche Schließung des Blaupunkt-Standortes Salzgitter erwähnt ...“ (2)

Das Handelsblatt berichtet im Auftrag des Bosch-Konzerns: „Blaupunkt muß seine Herstellungskosten erheblich senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“ (3) Die „Billiggeräte“ läßt der Konzern nur noch in Malaysia produzieren: 1987 400000 Autoradios, 1988 eine Million und 1989 steigert Blaupunkt die Stückzahl nochmals. Die Fertigungen in Malaysia und Hildesheim werden 1988/89 mit 86 Millionen DM völlig modernisiert und automatisiert. Teilweise ist dies schon geschehen. Der Intensivierungsschub erfaßt viele Bereiche des Konzerns. Als „Rennbahn“ wird die stark automatisierte Fertigungsanlage in Hildesheim von der Belegschaft bezeichnet. Dem hohen Fertigungstempo der Automatenstraße sind die hier Beschäftigten angegliedert — rund um die Uhr. 5000 Arbeiter — 2000 mehr als im Moment — sollen in absehbarer Zukunft per Dreischicht verschlissen werden. Es ist eine jährliche Produktion von 1,5 Millionen Autoradios vorgesehen. (4)

Am 23.11. demonstrierten in Bussen angereiste Beschäftigte des Blaupunkt-Werkes Salzgitter zur dortigen Ratsitzung, auf der die „Schließung des Blaupunkt-Standortes“ behandelt wurde. Vor wenigen Jahren kassierte der Bosch-Konzern über 60 Millionen DM öffentlicher Mittel, um „3000 Arbeitsplätze zu schaffen“, wodurch in Salzgitter viele Frauen einen Ausbeuter fanden und etwa 1000 ihn wieder verlieren. (5)

Anfang Dezember sprach Blaupunkt-Geschäftsführer Eiberger auf einer Betriebsversammlung im Werk Salzgitter. Er versprach den Erhalt der Arbeitsplätze. Die Belegschaft reagierte auf seine Rede in ungewöhnlicher Weise: Seifenblasen schwebten zahlreich über der Versammlung. SPD-Spitzenkandidat Schröder, als einziger Politiker anwesend, appellierte an „den Geist von Robert Bosch, der schon 1906 soziales



Werbung für teure Autoradios — Zukunft: Schichtarbeit wird intensiv ausgedehnt.

Engagement“ gezeigt hätte. Viel mehr könne man gegen Konzernentscheidungen nicht unternehmen. (6)

Der Bosch-Konzern will große europäische Kontrahenten niederkonkurrieren und ein militärisch-logistisch stärkeres Standbein. Er strukturiert die Geschäftszweige neu: „Aber die Kontinuität in der Verbindung von Kraftfahrzeugtechnik, Elektrotechnik und Elektronik macht hier deutlich, daß die Entwicklung zum ‚Technologie‘-Konzern technisch bedingt und logisch ist.“ (7)

Durch zentrale und intensivere Fertigungen verbessern sich die Aussichten des Konzerns auf weitere unkritisierte Expansionserfolge.

Quellenhinweis: (1), (7) Handelsblatt, 28.11. und (3) 4.11.; (2) Salzgitter-Zeitung, 5.11.; (4) Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 4.11.; (5) UZ, 24.11. und (6) 12.12. — (mal)

## Ausländergesetze

### Betätigungsverbot für Linke

Nürnberg. Einen in dieser Form möglicherweise erst- und einmaligen Vorstoß unternahm im November das Nürnberger Ausländeramt. Angewiesen durch den bayerischen Innenminister Edmund Stoiber, der erst jüngst das Wort von der Gefahr gegen die „Durchdrassung der Deutschen“ geprägt hat, hat es einem Bewohner der Stadt ein generelles Verbot der politischen Betätigung in Aussicht gestellt! Cengiz Yürü, 23 Jahre, türkischer Staatsangehöriger, lebt praktisch seit seiner Geburt in der BRD. Die deutsche Staatsangehörigkeit wurde ihm 1987 von den Behörden verweigert. Cengiz Yürü macht keine Verbeugungen vor dem deutschen Staat: Er ist Jugendvertreter, in der IG Chemie und unterstützt Aktivitäten der „Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend“. Ein Strafverfahren gegen ihn wegen der Verteilung einer antimilitaristischen Flugschrift ist in diesem Sommer einge-

stellt worden, er ist also unbestraft.

Ohne ihm auch nur einen Grund zu nennen, hat das Ausländeramt Cengiz Yürü aufgefordert, zur Absicht des Amtes, ihm „die politische Betätigung zu untersagen und den Aufenthalt auf den Bereich Mittelfranken zu beschränken“, Stellung zu nehmen. Cengiz Yürü wandte sich mit einem Flugblatt und einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Daraufhin gingen zahlreiche Proteste beim Ausländeramt ein, darunter von der Vertreterversammlung der IGM, den Grünen, dem Ausländerbeirat, verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen u.a.m. Auch der Stadtrat, der gegenüber dem Ausländeramt nicht weisungsbefugt ist, aber zumindest die Nichtwahrung der Rechtsformen beanstanden kann, nahm sich auf Antrag der Grünen der Sache in nichtöffentlicher Sitzung an: Die Mehrheit aus SPD, Grünen, DKP meldete gegenüber dem Ausländeramt ihren Protest an.

Zwischenzeitlich hat das Ausländeramt die Frist verlängert und, soweit zu hören ist, Cengiz Yürü über „Gründe“ informiert. Das bemerkenswerte an diesen „Gründen“ ist, daß an ihnen nichts bemerkenswert ist: Aufgeführt wird z.B. der Aufruf zu einer Mahnwache aus Anlaß der Jährung der Ermordung dreier Ausländer durch des Rechtsradikalen Öchsner, mitunterzeichnet hatte z.B. eine Stadträtin der Grünen. Cengiz Yürü hat recht, wenn er in seinem Appell an die Öffentlichkeit als Kern hervorhebt: „Weil ich ein Ausländer bin, soll wohl meine Gesinnung ausreichen, mir den Mund zu verbieten und mir ein ‚Reservat‘ zuzuweisen.“ Wurde in der Vergangenheit meist die „Gefahr von Gewalttätigkeiten“ oder ähnliches als Vorwände für vergleichbare Diskriminierungen ins Feld geführt, so zeichnet sich nunmehr als Ziel der reaktionären CSU-Politiker die Durchsetzung eines flächendeckenden Verbots linksradikaler Opposition für die ausländische Bevölkerung ab. Die CSU enthüllt damit auch ihre Vorstellungen über den zeitgemäßen Umgang mit revolutionärer Opposition.

— (mas)



Cengiz Yürü

## Sondermüllentsorgung NRW

# Konzernförderung unter dem Deckmantel von Umweltpolitik

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will in den nächsten Jahren allein in Nordrhein-Westfalen 19 Giftmüllverbrennungsanlagen errichten lassen. Dies sehen die Abfallentsorgungspläne der Regierungspräsidenten vor. Der Ballungsraum Ruhrgebiet, sowieso schon stark durch industrielle Produktion belastet, ist Schwerpunkt der geplanten Anlagen. Fünf sollen allein im Regierungsbezirk Düsseldorf entstehen.

Während die Landesregierung die Giftmüllanlagen als Teil ihrer Umweltschutzpolitik verkauft, ist diese Planung tatsächlich Bestandteil der von den Konzernen betriebenen Umstrukturierung des Ruhrgebiets. Die staatliche Förderung geht auf handfeste Anforderungen der großen Konzerne zurück. Viele Bürgerinitiativen, in denen sehr unterschied-

Die von der Landesregierung betriebene Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) soll von Thyssen verseuchtes Gelände aufkaufen, das dann in der von Thyssen gebauten und betriebenen Bodenwaschanlage in Hattingen entsorgt wird. So kann der Thyssen-Konzern an dem Dreck, den er selbst hinterließ, noch verdienen. Einwendungen der IG-Metall, daß die Entsorgung öffentlicher Kontrolle unterliegen muß und die Verursacher für die Kosten aufkommen müssen, wurden seitens der SPD mit einem Hinweis auf das bestehende Eigentumsrecht vom Tisch gewischt.

Das Land NRW hat allein 1985 2,31 Mrd. DM und 1986 2,81 Mrd. DM für den Umweltschutz investiert, hauptsächlich für Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Abfallbeseitigung. Auch

dent Rau (SPD) setzte in seiner Regierungserklärung den Schwerpunkt auf das Ziel der „ökologischen und ökonomischen Erneuerung“ NRWs. NRW-Umweltminister Matthiesen: „Der Umweltschutzsektor hat sich zu einem Zukunftsmarkt für Milliarden entwickelt.“ In den nächsten Jahren werden nach seinen Angaben in der BRD für die Entstickung und Entschwefelung von Kraftwerken Investitionen von 30 Mrd. DM anfallen, für Altlastensanierung 17 Mrd. DM. Darüberhinaus weist Rau schon in seiner Regierungserklärung auf die Exportchancen hin, die die Umwelttechnologie bietet. Das Programm der Landesregierung entspricht also den Expansionsabsichten der in NRW ansässigen Konzerne.

Nach Angaben der Landesregierung sind in NRW 100000 Beschäftigte in „Umweltindustrien“ beschäftigt. Im Ruhrgebiet gibt es in diesem Bereich nach einer Untersuchung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) mehr als 50 Unternehmen mit 27000 Arbeitskräften. 152 Forschungsstätten in NRW, etwa die Hälfte im Gebiet des KVR, sind im Umweltbereich tätig.

Mit der Förderung der expansionsfähigen Umwelttechnologien durch die Landesregierung sind die Kapitalisten zufrieden. Veba-Chef v. Bennigsen-Foerder Anfang 1988: „Obwohl in vielfacher Hinsicht eine stärker an realpolitischen Sachzwängen als an Parteitagebschlüssen orientierte Landespolitik förderlich wäre, ist die aktuelle Problemlage grundsätzlich nicht auf mehr oder weniger starke Defizite in der Landespolitik zurückzuführen; dafür spricht das in der Vergangenheit Erreichte ebenso wie beispielsweise die sich zügig und im gegenseitigen Einvernehmen vollziehende Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gerade in diesem Bundesland.“

## Die Kommunen sollen sich den Konzernen unterordnen

Nicht zufrieden sind die Kapitalisten damit, daß die Stadträte und andere kommunale Gremien ihren ohnehin geringen Einfluß auf die Planung der Giftmüllbeseitigungsanlagen teilweise nutzen, um den Widerstand dagegen zu unterstützen. In Essen hat der Stadtrat mit den Stimmen von SPD und Grünen die Planung und den Bau einer Altölverbrennungsanlage verhindert. Bisher haben auch Drohungen des Regierungspräsidenten, den Bau zwangsweise durchzusetzen, nichts daran geändert.

Entsprechend sprach sich v. Bennigsen-Foerder gegen die „Zerstückelung



Verbot giftiger Stoffe in der Produktion ist ein wichtiger Beitrag zum Arbeitsschutz und zum Abbau von Gefährdungen bei den Anwohnern.

liche Kräfte tätig sind, haben sich gebildet. Ihnen geht es darum, daß die Giftmüllanlagen gerade unter der Bedingung weit überdurchschnittlicher gesundheitlicher Belastungen der Bevölkerung im Ruhrgebiet zusätzliche Risiken mit sich bringen.

## Entlastung der Kapitalisten von der Beseitigung ihres Drecks

Den Konzernen geht es zunächst um die Entlastung von Kosten für die Beseitigung von „Altlasten“ und für andere unumgängliche Umweltschutzmaßnahmen. Laut Landesregierung sind in NRW 11000 altlastenverdächtige Flächen erfaßt. Wie ihre Beseitigung laufen soll, zeigt das Beispiel Hattingen.

In Hattingen soll eine mit Landesmitteln geförderte Bodenwaschanlage entstehen, die zur Zeit unter Federführung von Thyssen Engineering geplant wird.

hierbei geht es vor allem um den Ersatz von Produktionskosten der Kapitalisten. An der Entsorgung von Giftmüll ist vor allem die chemische Industrie, die heute der größte Industriezweig in NRW ist, und zunehmend Giftmüll produziert.

## „Zukunftsmarkt“ Umwelttechnologie

Nicht zuletzt geht es jedoch auch um die Interessen der zahlreichen in NRW ansässigen Konzerne, die im Umweltbereich tätig sind und Müllentsorgungsanlagen als profitables Geschäft ansehen. Babcock, MAN-GHH, Thyssen und Klöckner gehören zu den führenden Entsorgungsanlagen-Bauern der BRD, das RWE und die Ruhrkohle AG betreiben sie.

Im Landtagswahlkampf 1985 hat die Landesregierung ihr Programm „Arbeit und Umwelt“ entwickelt, Ministerpräsi-

der Planungshoheit“ im Ruhrgebiet aus. Der Hauptgeschäftsführer der Duisburger IHK wurde in einem Zeitungsinterview deutlicher und forderte die weitere Entrechtung der Kommunen: „Die Landesregierung braucht ein gesetzlich verankertes Durchgriffsrecht, mit dem sie ihren Willen vor Ort durchsetzen kann — notfalls auch gegen den Willen von Kommunalpolitikern.“ Den Kommunen sollen sich den „Standort“-interessen der Konzerne vollständig unterordnen.

Ein Beispiel für die Unterordnung örtlicher Politik unter die Anforderungen der Konzerne ist Oberhausen. In Oberhausen sitzt der Babcock-Konzern, weltweit führend in der Erstellung von Rauchgasentschwefelungsanlagen. Während Anfang der 80er Jahre etwa 5% des Gesamtgeschäfts auf Umwelttechnik entfielen, kamen aus diesem Bereich 1987 25% der Aufträge. Vorstandsvorsitzender Wiehn will vor allem in den Feldern Abfallbeseitigung, Gewässerschutz und Bodensanierung weiter expandieren.

Die vom Stadtrat nach heftigen Auseinandersetzungen mehrheitlich befürwortete Sondermüllverbrennungsanlage, die in Oberhausen entstehen soll, wird

von Babcock gebaut und soll vor allem als Referenzanlage für weitere Aufträge dienen. Wiehn: „Wir stehen nicht vor unlöslichen Problemen. Entscheidend ist, daß wir Märkte voraussehen für vier bis fünf Jahre. Das brauchen wir für die Entwicklung einer Prototyp-Anlage.“

Um solchen Interessen nachzukommen, will die Stadt ein „Oberhausener Netzwerk Umweltschutztechnologie“ aufbauen, dessen „Knotenpunkt“ die Errichtung mehrerer Umwelt-Großanlagen ist. Eine „Planungsgesellschaft für Umwelt und Entsorgung“, an der zu je 50% Babcock und die städtische Energieversorgung Oberhausen (EVO) beteiligt sind, wurde bereits gegründet. Für Forschungsarbeiten ist ein „Umwelttechnik-Zentrum Oberhausen“ geplant, das mit Mitteln der Westdeutschen Landesbank, von Privatunternehmen und Fördermitteln aus dem Landesprogramm „Zukunftsinitiative Montanregionen“ (ZIM) errichtet werden soll. Darüber hinaus soll in Oberhausen eine „Koordinationsstelle für Forschung und Umwelttechnik des Landes NRW“ angesiedelt werden. Davon wird neben Babcock der Anlagenbaukonzern MAN-GHH

profitieren, der zweite führende Konzern in Oberhausen. Der Stadt bleibt nur noch die Rolle der Zuarbeit und Finanzbeschaffung.

Die Initiative gegen die Giftmüllbeseitigungsanlage in Oberhausen hat dem Stadtrat gerade eine Erklärung mit 10000 Unterschriften übergeben. Im Stadtrat wird sie bisher nur von der Bunten Liste unterstützt, in der die DKP, die Grünen und andere tätig sind. Wie eine Konferenz von 29 Bürgerinitiativen, die kürzlich in Essen stattfand, verlangt sie die Vermeidung von Giftmüll in der Produktion und ein Verbot giftiger Stoffe. Dies setzt Eingriffe in die Verfügungsgewalt der Kapitalisten, Kontrollrechte der Gewerkschaften und Kommunen voraus. Die Forderung nach Eingriffen in die Produktion ist auch deswegen wichtig, weil von den gesundheitlichen Auswirkungen giftiger Stoffe nicht alle gleich betroffen werden, sondern an erster Stelle diejenigen, die damit arbeiten müssen.

Quellenhinweise: verschiedene Ausgaben der „WAZ“, Pressemitteilungen der Landesregierung, Rundbrief der „Bunten Liste“ — (syb, wof)

## Gesundheitliche Gefahren der Giftmüllverbrennung

Wir dokumentieren im folgenden einen kurzen Auszug aus der Broschüre „Giftmüll in Oberhausen — Nein danke!“, herausgegeben von der Bürgerinitiative gegen Giftmüllverbrennung Oberhausen.

In der BRD gibt es keine eindeutige Definition des Begriffes Sonderabfall ... Meistens wird der Begriff Sonderabfall für nicht hausmüllähnliche Abfälle aus dem gewerblichen Bereich verwendet. ... Der überwiegende Teil von gefährlichen Abfällen in der BRD entsteht in der produzierenden und verarbeitenden Industrie. Die Hauptverursacher sind dabei die chemische und die metallverarbeitende Industrie.

Ein Beispiel sind halogenhaltige, organische Lösungsmittel, die als Entfettungs-, Reinigungs- und Abbeizmittel für die Metalloberflächenbehandlung, als Hilfsmittel in der Gummi-, Klebstoff-, Film-, Textil-, Lack-, Kunstleder- und Haushaltspflegemittelindustrie, sowie bei Extraktion und extraktiver Destillation entstehen. Ein Teil dieser Stoffe verflüchtigt sich sofort bei der Anwendung. Ein anderer Teil fällt an als besonders umweltgefährdende Substanzen rund um die Verunreinigung in Ölen, Farbpigmenten u.ä. ...

Die Gefahren einer Giftmüllverbrennungsanlage (GMVA) gehen also aus: — von den ungewollt, aber zwangsläufig bei Normalbetrieb und bei Zwischenfällen entweichenden Teilen des gehandhabten Giftmülls (diffuse Emissionen);

— von den in der Anlage neu erzeugten Sonderabfällen: Schlacke, Flugstäube, Salze ...

— von den Emissionen, die als „Reingas“ aus den Schornsteinen geblasen werden.

Die kritischen Bestandteile der Emissionen lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Die sogenannten Reizstoffe: Schwefeldioxid, Stickoxyde, Chlor und Fluorverbindungen, Schwebstäube ...

2. Schwermetalle: Blei, Cadmium, Cobalt, Arsen, Quecksilber, Kupfer, Zink ...

3. Organische Verbindungen: Dioxine, PCBs, PAKs, Benzole, chlorierte Methane und Ethylene ...

Die Gefahren, die von der Gruppe der Reizstoffe ausgehen, sind am besten bekannt. Ihre Konzentration in der Luft wird in den Hauptbelastungsgebieten der Republik — Oberhausen gehört dazu — mehr oder weniger ständig kontrolliert ...

Beim Menschen schädigen sie vor allem die Schleimhäute der Augen und der Atemwege. Direkt merken wir ihre Wirkung bei Inversionswetterlagen, wenn Windstille ist und sich die Schadstoffe in Bodennähe sammeln. Die Reaktionen unseres Körpers reichen von allgemeinem Unwohlsein, Müdigkeit und Antriebsarmut über Kreislaufstörungen, Herzschmerzen und Asthmaanfällen bis hin zum Herzinfarkt ...

In den letzten Jahrzehnten ist die Sterblichkeit an Krebs, insbesondere an Lungenkrebs, drastisch angestiegen. Und hier nimmt das Revier neben dem Saarland und den Stadtstaaten einen traurigen vorderen Rang ein. In Oberhausen

und Duisburg kommen auf 100000 Einwohner 77 Lungenkrebstote jährlich. In Baden-Württemberg 37,7.

Lungenkrebs ist in Industriegebieten häufiger als anderswo, vor allem wo Erdölverarbeitende und chemische Industrie ansässig sind. Das liegt an der Belastung der Luft mit krebserzeugenden/krebsfördernden Stoffen: Schwermetallstäuben wie Nickel, Arsen, Cadmium, aber auch Asbest und vor allem mit den gefährlichen aromatischen Kohlenwasserstoffen, deren bekanntester Vertreter das Benzpyren ist ...

Supergifte, Krebserreger, jede Menge Unbekannte — mit diesen Schlagworten kann man die dritte Gefahrengruppe kennzeichnen: Die organischen Verbindungen im Abgas der GMVA. Die Liste ihrer möglichen schädlichen Wirkungen auf Körper und Psyche des Menschen dürfte ähnlich lang sein, wie die Liste der (bekannten) Vertreter dieser Gruppe. Die größte Gefahr geht von den Stoffen aus, die krebserregend, krebsfördernd und/oder mutagen, d.h. erbgutverändernd sind. Eine ganze Reihe von ihnen wurden im Abgas der GMVAs nachgewiesen.

Der Erkenntnisstand der Wissenschaft über die Toxizität (Giftigkeit) der meisten dieser Stoffe ist erschreckend niedrig. Über die Kombinationswirkung mehrerer Stoffe, d.h. über zusätzliche Gefahren durch gleichzeitiges Wirken, gibt es in den seltensten Fällen Untersuchungen ... Bekannte Spurengifte wie auch Dioxin, die schon bei sehr geringen Konzentrationen wirken, sind oft nur mit sehr aufwendigen, eigens für sie entwickelten Analyseverfahren aufzufinden ...

## Granate mitten ins Stadtzentrum

**Münster.** Am 22.11. schlug ein 203 mm-Geschoß in Münster ein. Durch Zufall wurde niemand verletzt. 1987 landete eine Granate bei Altenheim, 1986 und 1984 in Alvern. Der Ortsvorsteher Alvrens habe salvenweises Schießen erlebt, da sei Kontrolle einzelner Schüsse sicher nicht möglich. Auf Drängen der Stadt befahl das Heeresamt, Schießen in südlich Münsters gelegenen Stellungen einzustellen, für sieben das Zielgebiet zu verlagern und zu verkleinern. Dafür soll in den nordwestlichen mehr geballert werden.

— (sts)

## Streikende Lehrer diszipliniert

**Hamburg.** Mehr als 500 Lehrer überreichten am 13. 12. im Amt für Schule einen kollektiv gestellten Einspruch gegen die wegen der Streikteilnahme im Oktober eingeleiteten disziplinarischen Ermittlungen. Den streikenden Lehrern war eine Eintragung in die Personalakte und Gehaltsabzug als Strafmaß zudiktiert worden. Funktionsträger, z.B. Schulleiter, sollen härter bestraft werden. Die CDU hatte noch weiter-

Beim Pressegespräch der IG Bau zum Jahresabschluß zog der Vorsitzende Carl Bilanz: Die Zahl der Bauarbeiter ist dieses Jahr um weitere 20000 auf 965000 zurückgegangen. 140000 sind zum Jahresende arbeitslos. Gegenüber 1980 ist das Volumen der Bauproduktion um 10% gesunken, die Zahl der Beschäftigten aber um 24%. Carl forderte, daß jährlich 100000 neue Sozialmietwohnungen gebaut werden. Schon jetzt fehlen eine halbe Million Wohnungen, die Zahl der Haushalte steigt bis Ende der neunziger Jahre um 800000. — (anl)

gehende Wünsche: Sie wollte die Entlassung der GEW-Vorsitzenden aus dem Schuldienst. Im oben genannten Einspruch heißt es an die Schulsenatorin gerichtet: „Eigentlich müßte Ihr Verhalten und das Verhalten des Senats hier zur Diskussion stehen. Warum haben Sie uns bisher keine konkreten Angebote und Zusagen gemacht? Warum haben Sie das, was uns gemäß Tarifabschluß zusteht, wofür wir durch Gehaltsverzicht bereits Vorleistungen erbracht haben, uns nicht auch zugestanden? Wir haben allen Grund, Ihr Verhalten zu mißbilligen.“

— (rad)



## Streik im Holzwerk Albert Mackensen

**Hörden.** Nach Jahrzehnten ohne Tarif streikt etwa die Hälfte der 45 Beschäftigten seit über zwei Monaten für die Anwendung der Tarife der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK). Mackensen gewährt weniger Urlaub. Vermögenswirksame Leistungen und Überstundenzuschläge werden nicht bezahlt. Die Lohnhöhe hängt stark von Leistungsprämien ab. Die Firmenleitung versucht, den Streik brutal durch Aussperrung, Polizeieinsätze, Streikbrecher und gerichtliches Blockadeverbot für Streikposten zu zerschlagen.

Quellenhinweis: Hildesheimer Allgemeine Zeitung, 1.12.88 — (rab)

## Thyssen: 450 DM Sonderzahlung

**Duisburg.** Die Thyssen Stahl AG hat der Forderung von Betriebsrat und IG Metall-Vertrauenskörper nach einer Sonderzahlung von 1000 DM ein Stück weit nachgegeben. Alle Beschäftigten, die dem Unternehmen mindestens ein Jahr lang angehören, erhalten zusätzlich zum Weihnachtsgeld noch im Dezember 450 DM brutto, Auszubildende 150 DM. Gleichzeitig werden die AT-Angestellten mit zusätzlichen Zahlungen von mindestens 550 DM bedacht. Zur Begründung führte die Geschäftsleitung die erheblichen Belastungen an, denen die Belegschaft seit Monaten durch die volle Auslastung der Produktionsanlagen ausgesetzt ist. — Nach Bekannt-

werden der Sonderzahlung bei Thyssen demonstrierten in Dortmund 250 Beschäftigte von Hoesch in einem Autokorso zur Aufsichtsratssitzung. — (wof)

## Parteien gegen Dienstleistungsabend

**Augsburg.** Die CSU-Stadträtin Still hat im Organisationsausschuß des Stadtrats beantragt, bei den städtischen Behörden einen sog. Dienstleistungsabend einzuführen. Alle Parteien wandten sich dagegen. Personalratsvorsitzender Löscher erklärte: „Bei den Bediensteten herrscht äußerster Unmut über dieses Thema“. Ein Versuch Anfang der 70er Jahre hätte gezeigt, daß Öffnungszeiten bis 18.15 Uhr nicht angenommen würden. Die Ablehnung der restlichen CSU-Ausschussfraktion ist so zu erklären, daß sie viele kleine Einzelhändler vertritt, die verlängerte Öffnungszeiten ablehnen. — (fgm)

## Sechs-Tage-Woche bei Goodyear

**Hannover.** Im Reifenwerk Karlsruhe der Deutschen Goodyear wird ab dem 1.1.89 wieder die Sechs-Tage-Woche eingeführt. Die Betriebsvereinbarung sieht 18 Schichten vor. Gearbeitet wird von Sonntag 22 Uhr bis Samstag 22 Uhr. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 39 Stunden. „Diese kostengünstigere Nutzung der Fertigungskapazität sei notwendig, so die Verwaltung...“

Handelsblatt, 16.12.88 — (gea)



**Belgien:** Die belgische Einzelhandelsgewerkschaft SETCA führte einer Serie von eintägigen Streiks gegen jeweils verschiedene Geschäfte der Lebensmittelläden-Kette Le Lions durch. Bild: Streikende Beschäftigte in Brüssel, die mit Plakaten in französisch und flämisch ihre Solidarität bekundeten. Damit unterstützten die belgischen Einzelhandelsbeschäftigten ihre 30000 us-amerikanischen Kollegen in den 522 Geschäften der Food-Lions-Kette, die zum selben Konzern gehört. In den USA bekämpft der Konzern die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten und bezahlt Niedrigstlöhne. Die US-Gewerkschaft UFCW und die belgische SETCA sind beide Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Handel FIET — (gba)



## Europawahlen

# Proteste und Aktionen gegen Auftaktveranstaltung der DVU

**Großbottwar.** Zur ihrer Europawahl-Auftaktveranstaltung am Samstag, 10. Dezember in der Stadthalle in Großbottwar, einem 6000 Einwohner zählenden Städtchen zwischen Stuttgart und Heilbronn, verschickte die Deutsche Volksunion drei Tage vorher breit gestreut Einladungen. Darin gibt sie als Ziel bei der Europawahl den Einzug ins Europaparlament an, „damit die DVU dort die Lebensanliegen des deutschen Volkes vertreten kann“, und warb um Unterstützung und Parteieintritt.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Veranstaltung nahmen antifaschistische Kräfte am 8.12. Kontakt mit der Stadtverwaltung Großbottwar auf. Dabei ergab sich, daß diese nicht über den faschistischen Charakter der DVU Bescheid wußte und den Pächter dieser Halle über die Vermietung der Räume außerhalb des städtischen Bedarfs eigenhändig entscheidet. Der Pächter gab ebenfalls an, nicht gewußt zu haben, um wen es sich bei der DVU handelt.

Die Informationen über die DVU sowie die Tatsache, daß die nächsten beiden Tage zahlreiche antifaschistische Parteien, Organisationen und Einzelpersonen bei der Stadtverwaltung gegen die Durchführung der Veranstaltung telefonisch protestierten, löste dort Betroffenheit aus und führte zu zwei Sondersitzungen des Gemeinderats. Einstimmig sprachen sich die Stadträte gegen die DVU-Versammlung und „andere Veranstaltungen ähnlicher Gruppierungen“ aus. Ferner stimmten die anwesenden Stadträte der SPD und der Grünen geschlossen für ein Verbot der Veranstaltung, unterstützt von zwei CDU-Räten, blieben jedoch mit 9 gegen 13 Stimmen in der Minderheit.

Diese Entscheidung kam zustande, nachdem der Vorsitzende des Verwaltungsgerichts Stuttgart dem Gemeinderat mitteilte, daß die Stadt wenig Chancen habe, mit einem Benutzungsverbot vor Gericht durchzukommen. Desweiteren hatte die DVU vorsorglich beim Verwaltungsgericht Stuttgart für den Fall der Saalverweigerung durch die Stadt, einen Antrag auf einstweilige Anordnung vorgelegt, in dem sie ca. 100000 DM Schadensersatz forderte (der Gemeindehaushalt umfaßt 13 Mio. DM). Die SPD Großbottwar schrieb dazu im Großbottwarer Gemeindeblatt Nr. 50: „Obwohl die Aussichten nicht sehr groß waren, ein solches Verbot gerichtlich durchzusetzen, hätte die Stadt alles versuchen müssen, diese Versammlung der Rechtsextremisten zu verhindern. Wem nützt es, dagegen zu sein, aber nichts dagegen zu tun?“ Ebenso kritisierten die Großbottwarer Grünen die Tatenlosigkeit des Stadtrats: „Allein mit moralischem Dagegensein wurde im Dritten Reich auch nichts verhindert. Im Stadtrat sitzen ja einige, die das wissen müßten“ (1).

Regionale und örtliche antifaschistische Kräfte informierten Presse und Fernsehen. Ein Flugblatt über Ziel und Organisation der DVU, vom Antifaschistischen Bündnis Heilbronn und von der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg Stuttgart erstellt, wurde gemeinsam mit Großbottwarer antifaschistischen Kräften am Freitagabend in ca. 80% der 2300 Haushalte eingeworfen. Für den Einsatz am Informationsstand samstagsmorgens vor dem Rathaus, erweiterte sich die Herausgeberschaft desselben Flugblatts um die Grünen und die SPD Großbottwar, die DKP Ludwigsburg und die Naturfreunde Marbach/N. Schüler holten sich Flugblätter für die Verteilung an der Schule ab.

Ab 12 Uhr versammelten sich die Antifaschisten vor der Stadthalle und blockierten den Haupteingang. Vertreten waren Autonome aus der Umgebung, Stadträte und Mitglieder der Grünen und SPD, die Spitze der Stadtverwaltung, Mitglieder der Friedensinitiative, der katholische Pfarrer und eine Reihe interessierter, oppositioneller Bürger der Stadt. Anwesend wa-

ren auch zahlreiche Pressevertreter und vom Fernsehen die SDR-Landesschau. Auf einem Rasenstück vor der Halle prangte ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Nazis vertreiben, Flüchtlinge bleiben!“

Eine Hundertschaft Polizei hatte bereits am Morgen den Haupteingang abgeriegelt. Die breite Mobilisierung gegen die Veranstaltung hatte zur Folge, daß die Polizei in normaler Uniform und nicht mit Kampfausrüstung erschien; sie konnte ferner durch etliche Megafonbeiträge — u.a. über das faschistische Programm der DVU und die Berechtigung des antifaschistischen Widerstands — davon abgehalten werden, gewaltsam den Haupteingang zu räumen. Stattdessen schleuste sie die ankommenden Faschisten durch den Hintereingang in den Saal.

Angerückt war das ganze neofaschistische Parteiengeflecht Baden-Württembergs, u.a. der ehemalige FAP-Vorsitzende Pape, ANS/NA-Faschisten, NPD-Landesvorsitzende und REPs, insgesamt etwa 400. Der DVU-Bundvorsitzende und Herausgeber mehrerer faschistischer Zeitungen, Gerhard Frey, hielt die Rede. Sie gründeten einen DVU-Landesverband Baden-Württemberg, den zehnten Landesverband in der BRD. Landesvorsitzender ist Stefan Scheibner aus Oberstenfeld (bei Großbottwar).

Als Abschluß der Protestaktionen nahmen etwa 200 Menschen an einer spontanen Demonstration zum Rathaus teil. Dort wurden mehrere Kundgebungsbeiträge von Vertretern der SPD, der Grünen, der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg und Autonomen gehalten.

Der Großbottwarer Gemeinderat beauftragte ein Anwaltsbüro mit der Änderung der vertraglichen Bestimmungen für die Vergabe der Stadthalle, die es der Stadt in Zukunft ermöglichen sollen, in solchen Fällen auch nachträglich von einem Vertrag zurückzutreten.

Quellenhinweis: (1) Marbacher Zeitung, 15.12.88 — (evo, zem)



Demonstration gegen die DVU-Versammlung in Großbottwar am 10.12.88

## Jiddische Literatur

# Lieder, Gedichte und Romane

Die Besprechung von Beispielen jiddischer Literatur leidet von vornherein unter einer schwerwiegenden Einschränkung. Mit einer Ausnahme liegen die Texte nur in deutscher Sprache vor. Der besondere Charakter der jiddischen Sprache geht also durch die Übertragung weitgehend verloren. Versuche, die Eigentümlichkeiten in der Lautung, der Grammatik und im Satzbau im Hochdeutschen nachzuahmen, vermitteln keinen richtigen Eindruck, sondern laufen sogar Gefahr, das von Reaktionen geschürte Vorurteil, Jiddisch sei ein Jargon, sei verdorbenes Deutsch, zu stützen. Nur in der Liedersammlung von Lin Yaldati und Eberhard Rebling sind jiddische Texte in lateinischer Schrift und die Übertragung ins Hochdeutsche gegenübergestellt. Noch schwerer zu berteilen ist die Textgestalt der Romane der Brüder Singer, die aus dem Jiddischen ins amerikanische Englisch und dann ins Deutsche übertragen wurden.

Jiddisch kann man in der BRD nur schwer lernen. In den Schulen hört man nichts davon.

Die jiddische Sprache begann sich vor rund tausend Jahren aus mittelhochdeutschen Dialekten, die in Süddeutschland, in Westfrankreich und Norditalien gesprochen wurden, zu entwickeln. Durch die Verfolgung der jüdischen Gemeinden während der Kreuzzüge und insbesondere während der Pestzeit und eine Fluchtbewegung nach Osteuropa wurde das Jiddische zum Verständigungsmittel der dort lebenden Gemeinden für alltägliche und weltliche Zwecke. Durch Aufnahme zahlreicher Begriffe aus dem Hebräischen und Aramäischen und vieler Lehnwörter aus den slawischen Sprachen entwickelten die Sprecher des Jiddischen eine Sprache, die auch für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke geeignet war. Geschrieben wurde mit hebräischen Buchstaben.

Eine neue Blütezeit der jiddischen Literatur setzte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein. Drei bedeutende Dichter, die fast gleichzeitig starben, schufen Romane und Erzählungen, die das Jiddische zu einer starken Kraft im kulturellen Selbstverständnis der osteuropäischen Juden machten. Diese drei waren Mendele Mojcher Sforim (Mendele der Buchhändler, Pseudonym von Scholem Jakub Abramowitsch, 1835 — 1917), Scholem Alejchem (1859 — 1916) und Jizchok Lejb Perez (1851 — 1915). Jiddisch wurde von allen gesprochen, auch von den Frauen, die vom Studium der hebräischen religiösen Schriften ausgeschlossen waren.

Eine Fülle von Liedern diente der Schilderung des gedrückten Lebens der Arbeiter und kleinen Handwerker im Getto, in dem die Juden zwangsweise zu existieren hatten, ihrer Leiden und Hoffnungen. Zahlreiche Dichter riefen in der Zeit der faschistischen Terrorherrschaft zum Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung auf. Die meisten von ihnen wurden von den deutschen Faschisten zusammen mit ihren Freunden und Familien in den Gettos und Vernichtungslagern auf polnischem Boden umgebracht.

Mordechaj Gebirtig, ein Tischler aus Krakau, schuf 1938 eines der bekanntesten Lieder, mit dem er zum Widerstand aufrief. Die letzte Strophe lautet:

„'s brent, briderlech, 's brent!  
Di hilf is nor in ajch alejn gewend!  
Ojb dos shtetl is ajch tajer,  
Nemt die kejlim, lescht dos fajer,  
Lescht mit ajer ajgn blut,  
Baweist, as ir dos kent!“  
(Es brennt, liebe Brüder, es brennt! Die Hilfe liegt in euch allein! Wenn euch das Städtchen teuer ist, nehmt die Eimer, löscht das Feuer, löscht mit eurem eignen Blut, beweist, daß ihr das könnt!) (anl)

## Der ausgewachsene Narr

Scholem Alejchem hat einen interessanten, zuweilen auch lustigen Roman durch einen Briefwechsel zwischen Eheleuten verfaßt und zusammengestellt. Er, Menachem Mendel, berichtet ihr, Scheine-Scheindel, in Briefen von seiner Reise nach Odessa und Kiew, um Erfolg, Glück und Geld auf direkte und unkomplizierte Art zu erobern. Er wird Spekulant an der Börse, Makler von Häusern, Schlössern und Wäldern, Schriftsteller, Ehevermittler und Versicherungsagent. In seinen Briefen schreibt er dann jedesmal von den bevorstehenden Erfolgen. Scheine-Scheindel rät ihm immer wieder ab und versucht, ihn nach Hause zurück zu locken. Er berichtet dann im nächsten Brief von seinem Mißerfolg. Der Briefwechsel ist abwechslungsreich, Mendel plaudert in seiner ehrgeizigen, naiven und schwatzhaften Art über das Geschäftsleben. Scheine-Scheindel schreibt kurz und bündig über die häuslichen Probleme, die Kinder und versucht, Mendel klar zu machen, wie dumm er sich verhält. Nachdem er ziemlich zum Schluß auch noch zum Schriftsteller wechselt, schreibt sie: „Was habe ich Dir gesagt, Du ausgewachsener Narr? ... Vergiß die Millionen, Mendel, vergiß ...“

Scholem Alejchem, Menachem Mendel und Scheine-Scheindel, Greno-Verlag 1020, 10,— DM — (jöd)

## Lied der Liebe

In einem armen ostjüdischen Shtetl verliebt sich der noch nicht zehnjährige Schimek in die etwa gleichalte Tochter Busi seines älteren Bruders; der ertrank, und ein Schriftvers sagt: „Alle guten Schwimmer sterben im Fluß.“ Händchenhaltend durchstreifen sie die Umgebung, vergessen die Zeit. Er erzählt Märchen aus der Schule; nur Knaben sind dort. Und sie lauscht ihm so gern. Nur eine Geschichte mag sie nicht, die von der Königstochter in einem fernen Land, deren trauriges Los nur einer ändern kann — der Schimek.

Schimek vergleicht Busi mit der anmutigen Sulamith aus dem Schir-ha-Schirim, dem Lied der Lieder, das zum Pesachfest verlesen wird. Ist es erst ein Kompliment für Busi, mit Sulamith verglichen zu werden, so später eines für Sulamith. — Gegen Tradition und Elternwillen verläßt Schimek als Jugendlicher das Shtetl, um „den Weg des Studiums und des Lernens zu gehen“. Busi schreibt ihm

עס ברענט, ברידערלעך, עס ברענט!  
איך, אונזערער שטעטל, עפעקער, ברענט!  
בייזע היינט ביים יוניון  
רייזע, ברענט און געזעצט  
שטארקער נאך די הילדע פלאטען,  
פאר אירע שוין ברענט!

קערטריי: און איר שטייט און קוקט אויף זיך  
ביים פארליינטע קענט!  
און איר שטייט און קוקט אויף זיך  
זיך אונזערער שטעטל ברענט!

עס ברענט, ברידערלעך, עס ברענט!  
איך, אונזערער שטעטל, עפעקער, ברענט!  
פאר אירע שוין די פערטע זונען  
ראט נאכע שטעטל איינגעזעצטען —  
און די בייזע היינט הורשען,  
פאר אירע שטעטל ברענט!

קערטריי: ....

עס ברענט, ברידערלעך, עס ברענט!  
איך, עס קאן אליינע קוקען דער באכענט:  
אונזערער שטעטל, ביים אונזערער  
זאל אויף איר שטעטל אין פלאטען,  
בלייבן נאך — זיך נאך א שטעטל,  
נאך פוסטע, שטארקער היינט!

קערטריי: ....

Text des Liedes „Es brennt, Brüder, es brennt“ von Mordechaj Gebirtig

viel, er antwortet immer weniger, dann gar nicht mehr. Keine Nachricht der Eltern vermag ihn zu einem Besuch zu bewegen, bis dann diese kommt: Busi ist versprochen, wird heiraten. Welche Argumente und Erinnerungen er auch aufbietet, zurückgewinnen kann er sie nicht mehr. So durchstreift er alleine die Wälder ihrer Jugend. Wie es ausgeht? „Das Ende, es mag das beste sein, ist ein trauriger Akkord. Der Anfang, der ärgste Anfang ist besser als das beste Ende.“ Er erzählt von vorn. Eine schöne Geschichte, die wohl nur richtig würdigen kann, wer ein wenig auf Liebe und Leid abonniert ist.

Scholem Alejchem, Schir-ha-Schirim, 99 Seiten plus Nachwort und Erläuterungen, Bibliothek Suhrkamp, 14.80 DM — (wal)

## Jiddische Volkslieder

Lin Yaldati, eine bedeutende Tänzerin und Sängerin jiddischer Lieder, die vor kurzem in der DDR gestorben ist, und ihr Mann Eberhard Rebling

haben eine sehr schöne Sammlung jiddischer Lieder herausgegeben. Rebling, Pianist und Musikwissenschaftler, hielt viele Lieder zum erstenmal in Text und Noten fest. Außer den jiddischen und deutschen Texten enthält das Buch auch die Noten. Den Hauptteil bilden Volkslieder, deren Verfasser nicht mehr bekannt sind. Aufgenommen sind aber auch Lieder aus dem Widerstand gegen den Faschismus, so das Partisanenlied „Sag nie, du gehst den letzten Weg“, das Hirsch Glik verfaßte. Zu den Volksliedern gehören eine Anzahl lustiger Lieder, z.B. Spottlieder gegen die Übertreibungen der chassidischen Bewegung. Gelacht wird über einen angeblichen Wunderrabbiner, der zwei Eheleute von ihrer Zanksucht heilen soll. Sie zanken sich nicht mehr, dafür schlagen sie sich. Gelächelt wird auch, wenn ein frecher Junge vom Großvater erfährt, daß der Vater früher genauso frech war. Witzige Dialoge sind beliebt. So antwortet auch ein Pferd, das vom Fuhrmann mit vorwurfsvollen Fragen überhäuft wird, mit einer Gegenfrage. Rebling erklärt im Vorwort nicht nur die Herkunft der Texte, sondern auch die musikalischen Traditionen der jiddischen Lieder.

Es brennt, Brüder, es brennt. Jiddische Lieder, herausgegeben von Lin Jaldati und Eberhard Rebling, Rütten & Loening, Berlin 1985 — anl)

## Judentum in Polen

Jakob der Knecht ist ein historischer Roman, der Schicksale in der Zeit des zerfallenden Sozialsystems der Grundherrschaft schildert. Der Roman ist glaubhaft, die dargestellten Ereignisse und Handlungen sind bezeichnend, auch werden ausreichend Informationen geliefert, so daß der Leser nicht gezwungen ist, sich Singers Interpretation anzuschließen. Die Grundkonstellation der polnischen Gesellschaft des 17. Jahrhunderts besteht in einem Verhältnis zwischen Adel und Bauern. Der Adel lebt vom Verkauf ländlicher Produkte an die Großstadt, den entwickelten Westen, das Ausland. Das Mehrprodukt, das

den Bauern abgeschunden wird, geht zum großen Teil drauf für importierte Luxusgüter. In dieser Situation, die im mittelalterlichen Deutschland auch bestand, tritt das Judentum an die Stelle der mittelalterlichen Stadtbürger. Die Verhältnisse zu den Bauern sind gespannt. Das Schtetl steht und fällt mit den Kompromissen, die dessen frühbürgerliche Einwohner mit der spätfudalen politischen Macht schließen. Ein direkter Austausch von städtischem Handwerk und Landwirtschaft ist unmöglich, da die politische Macht den Juden Landbau verbietet und den Bauern nichts übrig läßt, wovon Handwerksprodukte zu kaufen wären. Der sehr spannende Roman setzt sich mit all diesen Verhältnissen nicht direkt auseinander, sondern schildert menschliche Schicksal in solchen Verhältnissen. — (maf)

## Die Brüder Aschkenasi

Eingebettet in die Lebensdarstellung der beiden Brüder Aschkenasi, Textilindustrieller in der polnischen Stadt Lodz, schildert Israel Joshua Singer die Klassenkämpfe zwischen 1870 und den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts.

Kurz zu zwei wichtigen Gesichtspunkten des Buches:

Der Leser erfährt, daß die jüdische Religion, wie jede andere, die Arbeiter zwar an die soziale Hierarchie zunächst bindet. Der gemeinsame Widerstand der jüdischen Textilarbeiter in Lodz gegen Lohnkürzungen schwächt diese Bindung. Im weiteren Kampf gegen die elenden Arbeitsbedingungen zerbricht diese religiös bestimmte Hinnahme der Ausbeutung.

Der Verfasser beschreibt, wie der Antisemitismus ein Mittel war, Arbeitskämpfe zu zersetzen. Als polnische Fabrikarbeiter in den Ausstand treten, um die Rücknahme von Lohnkürzungen zu erzwingen, versuchen Fabrikbesitzer und Polizei, den Streik militärisch zu zerschlagen. Das mißlingt zunächst: „Warschau setzte sofort ein Kosakenregiment in Marsch, unterdessen aber herrschte in Lodz Aufruhr. Die rebellie-

renden Arbeiter brachen zunächst die Spirituosenläden auf und machten sich über die Vorräte her ... Dann schlug die Stimmung der aufgebracht Massen um. „Jetzt kommen die Juden dran!“ ... „Wie ist die Lage in der Stadt?“ fragte der Gouverneur. „Ein Judenpogrom, Exzellenz.“ „Ausgezeichnet!“ sagte der Gouverneur lächelnd. „Das dürfte den Pöbel ein Weile in Atem halten.“

Israel J. Singer, Die Brüder Aschkenasi. Jiddische Ausgabe 1933. München 1986. — (gba)

## Der Fiedler vom Getto

So heißt eine Sammlung jiddischer Gedichte aus Polen, die von H. Witt ausgewählt und übertragen wurde. Ber Mark

treten, von Perez bis zu noch lebenden Schriftstellern. Darunter sind zahlreiche Gedichte, die unter der Terrorherrschaft der deutschen Faschisten entstanden. Ihre Verfasser erheben Anklage gegen die Mörder, die die Menschenwürde ihrer Opfer mit den gemeinsten Mitteln zerstörten. Viele rufen zum Kampf auf, von Trauer und Zorn erfüllt, und wünschen, daß diese Verbrecher zur Rechenschaft gezogen werden. Gedichte, die nach 1945 geschrieben wurden, sind dem Kampf gegen das Vergessen des faschistischen Völkermords, dem Andenken der Ermordeten und der Kämpfer gewidmet. Awrom Suzkewer, der aus dem Wilnaer Getto ausbrach, Partisan wurde und später Zeuge im Nürnberger Prozeß war,



Die Verteidiger des Warschauer Gettos. Aus dem Bericht der jüdischen Widerstandsbewegung: „Unsere Losung war: Mit Würde leben und sterben! In Gettos und Lagern bemühten wir uns, dieser Losung zu entsprechen.“

schrieb ein lehrreiches Vorwort dazu. Er war selber Redakteur der Zeitschrift „Literarische Tribüne“, deren Tendenz er charakterisiert: „Unter dem Einfluß dieser Dichtung (der sozialen Dichtung Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, die die jüdische Armut, Not, Hunger und Terror schilderte), gleichzeitig unter der Einwirkung der polnischen und sowjetischen revolutionären Poesie, bildet sich zu Beginn der dreißiger Jahre, als eine selbständige Kraft, eine Gruppe der jüdischen proletarischen Dichtung heraus.“ Die Sammlung umfaßt mehr als fünfzig Autoren, jeweils mit mehreren Gedichten ver-

dichtete „Epitaph“, Gedichte, mit denen er einem Menschen einen Gedenkstein setzt. Eins lautet: „Heut oder morgen — es kommt schon der Friede, mit Sternen und Wein werden tanzen die Schenken./ Wer wird sich entsinnen des letzten Zigeuners, gebundenen Adlers Aleko?/ Und tot ist mein Mädels, mein Pferd ist gefangen, sein goldenes Eisen hat man gestohlen./ Es weiß doch nicht einer, daß du auch, mein Messer, zerbrochen zwischen den Rippen des Feindes.“

Der Fiedler vom Getto. Jiddische Gedichte aus Polen. Röderberg Verlag, Frankfurt am Main 1985. 4,00 DM — anl)



Demonstration in New York am 19. Juni 1953, dem Vortag der Hinrichtung von Julius und Ethel Rosenberg.

## Rosenberg-Prozeß

# „Wir sind die ersten Opfer des Faschismus“

Der Prozeß gegen Ethel und Julius Rosenberg sowie Morton Sobell fand 1951 in New York vor dem Supreme Court of the United States (dem Obersten Gericht der USA) zwischen dem 6. und 20. März statt. Ihnen war vorgeworfen worden, sich zum Zwecke der Spionage für die Sowjetunion zusammengeschlossen zu haben und im Rahmen einer riesigen Verschwörung dazu beigetragen zu haben, daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atombombe erfahren hat. Obwohl die Anklage offensichtlich ganz unsinnig und konstruiert war, Beweise nicht vorhanden bzw. erfunden, die Zeugen gekauft waren, wurden sie am 29. März 1951 für schuldig befunden und am 5. April verurteilt. Die Rosenbergs zum Tod auf dem elektrischen Stuhl und Sobell zu 30 Jahren Zuchthaus Alcatraz.

In den folgenden Jahren gingen Millionen von Menschen in aller Welt auf die Straße, um den geplanten Justizmord zu verhindern und das Leben der Rosenbergs zu retten. Unter vielen anderen richtete der Papst, der Weltgewerkschaftsbund, der französische Präsident und der Präsident der CSSR Gnadengesuche an den amerikanischen Präsidenten. Umsonst. Am 18. Juni 1953 wurden Ethel und Julius Rosenberg hingerichtet.

Sie wurden hingerichtet, obwohl sie selbst — bis zur letzten Sekunde — ihr Leben durch einen einfachen Telefonanruf hätten retten können. Alles was von ihnen verlangt wurde war,

daß sie sich schuldig bekennen.

Worum ging es? Der zweite Weltkrieg war zu Ende. Nach dem unfreiwilligen Bündnis mit der Sowjetunion gegen das faschistische Deutschland stand für die Regierung der USA die Bekämpfung des Weltkommunismus wieder offen an erster Stelle. Im August 1945 hatten die USA Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben ausgelöscht, zu einem Zeitpunkt, als der Krieg mit Japan militärisch schon gewonnen war. Es war darum gegangen, der Sowjetunion die Macht der US-Regierung zu demonstrieren und die Bereitschaft, diese Macht auch anzuwenden.

Das Ende des zweiten Weltkriegs war eine Katastrophe für das amerikanische Monopolkapital. Die Profite der Rüstungsindustrie hatten während des Krieges alle Rekorde gebrochen, die Arbeitslosigkeit war beseitigt — auf den Frieden war die amerikanische Wirtschaft nicht vorbereitet. Die Rüstungsindustrie produzierte mehr Waffen als je zuvor und konnte sie nicht mehr loswerden, die Profite fielen, Betriebsschließungen und hohe Arbeitslosigkeit waren die Folge. Allein ein Krieg versprach einen sofortigen Ausweg aus der Krise. Da ein Krieg gegen die UdSSR zu riskant gewesen wäre, da diese seit 1949 ebenfalls die Atombombe besaß, verlagerte sich das aktuelle Interesse der US-Regierung auf Korea. Korea war — ähnlich wie Deutschland direkt nach dem Krieg — aufgeteilt in eine kommunistische Besatzungszone (den Norden) und eine kapitalistische Besatzungszone (den Süden).

Um eine Kriegspolitik gegenüber Nordkorea betreiben zu können, war es für die US-Regierung notwendig, ihre eigene Bevölkerung ideologisch und — wo das nicht half — gewaltsam bei der Stange zu halten. Die Methode war absoluter innenpolitischer Terror. Der Name, der für den nun einsetzenden Bespitzelungsterror und die Kommunistenjagd in den USA stand, war der von Senator McCarthy. Unzählige Bürger verloren aufgrund ihrer angeblichen Unloyalität ihre Stellungen, wurden vor Gericht gestellt, inhaftiert oder deportiert. Konzentrationslager für Kommunisten und ihre „Sympathisanten“ wurden eingerichtet. Die zwölf Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei wurden verhaftet und zehn von ihnen zu fünf Jahren Zuchthaus und hohen Geldstrafen verurteilt. Sie waren für schuldig befunden worden, zum gewaltsamen Umsturz der amerikanischen Regierung aufgerufen zu haben. Nach und nach wurde die gesamte linke Opposition zerschlagen. Es war noch nicht mal nötig gewesen, ihre Organisationen zu verbieten; es wurden einfach die Mitglieder aus den Organisationen entfernt. Das öffentliche Klima war beherrscht von einem hysterischen Gemisch von Antikommunismus, Antisowjetismus, Rassismus und Antisemitismus. Eine furchtbare Angst vor dem Kommunismus, vor der unmittelbar bevorstehenden Gefahr eines atomaren Überfalls der USA durch die Sowjetunion hatte die amerikanische Bevölkerung ergriffen.

Am 25. Juni 1950 begann der Krieg gegen Nordkorea, der fünf Millionen nordkoreanischen Menschen das Leben kosten sollte. Als der Krieg begann, protestierte niemand gegen diesen Krieg, weil keine Linke mehr da war, die hätte protestieren können.

In diese Situation hinein wurde die Rosenberg-Sobell-Affaire inszeniert (am 16. Juni war Julius Rosenberg das erste Mal vernommen, am 17. Juli 1950 endgültig verhaftet worden). Der Öffentlichkeit sollte im eigenen Lande, greifbar und personalisierbar, ein ungeheuerliches kommunistisches Komplott präsentiert werden. Viele Menschen wurden in diesem Zusammenhang verhaftet und angeklagt. Alles unscheinbare „kleine“ Leute. Die Frau und der Mann „von nebenan“. Und die meisten — genau wie die Rosenbergs und Sobell — jüdischer Abstammung und mit Eltern, die aus Rußland in die USA eingewandert waren.

**Morton Sobell:** „Die Regierung wollte einen großen Verschwörungsprozeß führen. Das ganze Prozeßverfahren



war eine riesige Propagandaschau. Die Regierung machte schon zu Beginn des Verfahrens deutlich, wenn Julius, Ethel und ich andere Leute beschuldigen würden, dann bekämen wir nicht so schwere Strafen und würden vielleicht sogar freigelassen werden. Die Rosenbergs sind zum Tode verurteilt worden, weil die Regierung sich ausgerechnet hat, daß sie unter dem Druck der Todesstrafe vielleicht mit ihr zusammenarbeiten würden. Sie haben mich nach Alcatraz geschickt, um mich dazu zu bekommen mit ihr zusammenzuarbeiten.“

In der Tat bestand der Stoff, mit dem der Prozeß geführt wurde, aus erpreßten Zeugenaussagen der übrigen Angeklagten, die sich damit die Freiheit oder kürzere Haftstrafen erkaufen.

In der Urteilsbegründung gegen Rosenbergs und Sobell hieß es:

„Dadurch, daß sie den Russen die Atombombe in die Hand gegeben haben, Jahre bevor nach Aussage unserer besten Wissenschaftler Rußland die Bombe selbst vollendet haben würde, dadurch wurde meiner Ansicht nach die kommunistische Aggression in Korea verursacht, die bereits 50000 Gefallene gefordert hat. Und wer weiß, wieviele Millionen unschuldiger Menschen noch den Preis für ihren Verrat zahlen werden. In der Tat, durch Ihren Verrat haben Sie unzweifelhaft den Lauf der Geschichte zum Nachteil unseres Landes verändert . . . Wir haben jeden Tag den Beweis Ihres Verrates um uns: Die Anstrengung zur zivilen Verteidigung, die die ganze Nation ergriffen hat, zielen darauf, uns gegen einen Atombombenangriff vorzubereiten.“

Da Ethel und Julius Rosenberg sich weigerten, durch eine Schuldbekennung die wahnwitzigen Projektionen der antikommunistischen Propaganda zu bestätigen, wurden sie hingerichtet.

In ihrem letzten Brief an ihre Kinder schrieben sie:

„Euer Leben muß Euch ebenfalls lehren, daß das Gute

nicht inmitten des Bösen gedeihen kann, daß die Freiheit und alles, was das Leben wirklich schön und lebenswert macht, manchmal sehr teuer erkaufte werden muß. Dann soll es Euch ein Trost sein, daß wir ruhig waren und im tiefsten Herzen verstanden, daß die Zivilisation noch nicht bis zu dem Punkt gelangt ist, wo das Leben nicht mehr um des Lebens willen geopfert werden muß. Und weil wir dessen sicher sind, daß andere an unserer Stelle weiterkämpfen, sind wir getröstet . . . Denkt immer daran, daß wir unschuldig waren und nicht gegen unser Gewissen handeln konnten.“

Während des kalten Krieges und der McCarthy-Ara wurde die gesamte linke Opposition in den USA zerschlagen und die Auswirkungen sind bis heute zu spüren.

*Morton Sobell:* „In den fünfziger Jahren haben die Leute gedacht, daß wir in den Vereinigten Staaten Faschismus haben werden. Aber nach dem Zusammenbruch der Linken gab es keine Notwendigkeit, einen Faschismus zu etablieren. Mit diesem Prozeß ist es der Regierung gelungen, die gesamte linke und liberale Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten einzuschüchtern. Bis zur Schwarzen Bürgerrechtsbewegung gab es keine linke Bewegung mehr in den USA.“

*Material zum Thema:* Transcript of Record, Hrsg. The Committee to Secure Justice for Morton Sobell, New York (sechs Hefte mit den Tonbandabschriften aus dem Prozeß; Ethel und Julius Rosenberg, Briefe aus Totenhaus, Aufbau Verlag Berlin 1954, englisches Original: The Testament of Ethel and Julius Rosenberg, New York 1954; Franz Loeser, Mord auf Befehl — Warum mußten die Rosenbergs sterben? Dortmund 1976; Maximilian Scheer, Ethel und Julius — Roman eines Prozesses, Berlin/DDR, 1959; Walter and Miriam Schneir, Invitation to an Inquest, New York 1965; Malcolm P. Sharp, Was Justice Done? — The Rosenberg-Sobell Case, New York 1956; John Wexley, The Judgement of Julius and Ethel Rosenberg, London 1956; zum Antisemitismus in den USA nach dem Krieg: Arthur Miller, Brennpunkt, Roman, Reinbek bei Hamburg, 1987 — (S.)



Julius Rosenberg bei der Festnahme durch FBI-Agenten als angeblicher Atomspion. Mitte: Ethel Rosenberg, nach der Verurteilung zum Tode durch den Elektrischen Stuhl. Rechts: Morton Sobell, nach einem Jahrzehnt Haft.

## Tarife Papierverarbeitung und Druck

# Unterstützenswerte Forderungen — Lohnsituation ist entscheidend

Mit Riesenaufkäufen stellen gegenwärtig die BRD-Medienkonzerne die Weichen für eine europäische Basis, besorgen per Pressekauf den Anschluß Österreichs und bauen Positionen in den USA aus. Die IG Druck und Papier hat einer Unterstützung dieses Expansionismus eine Absage erteilt und steht jetzt in ihren beiden größten

Organisationsbereichen, der Papierverarbeitung und der Druckindustrie, vor wichtigen Auseinandersetzungen um Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Niedrigste Löhne in ungeschützten Arbeitsverhältnissen gehören inzwischen zu den Ausgangsbedingungen dieser Tarifauseinandersetzung. — (haj, rül, tis, urb)

## Lohnforderung von 6,5% in der Papierverarbeitung

Zum 31. Januar 1989 sind für die Papierverarbeitung der Lohntarif und die Bestimmungen im Manteltarifvertrag zur Arbeitszeit gekündigt. Die Tariff Kommission hat eine Lohnforderung von 6,5% aufgestellt und verlangt weitere Arbeitszeitverkürzung.

Im Zentralorgan findet die Lohnfrage keine Behandlung. Dennoch gibt es seit Jahren Anzeichen dafür, daß der Lohn drückt und daß die IG Druck das durchaus auch wahrnimmt.

In den späten 70er Jahren wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, vor allem die niedrigen Lohngruppen anzuheben. So betrug z.B. das Verhältnis niedrigste Lohngruppe zum Facharbeiterecklohn 1969 knapp 60%, 1985 fast 63% und 1987 73%. 1980 mündeten diese ersten Bestrebungen in einer neuen Lohnstruktur, die eine höhere Belegung der Facharbeitergruppen möglich machte. Dennoch arbeiteten danach noch über 73% der Beschäftigten in den Hilfskräftelohngruppen (neu I—V):

*Gegenüberstellung der Eingruppierung von alter und neuer Lohnstruktur 1980*

Lohngr. (alt)	Besch.in %	Lohngr. (neu)	Besch.in %
VI	2,23	I	1,44
V	23,59	II	14,27
IV	14,21	III	21,39
III	16,53	IV	18,35
II	20,83	V	17,88
I	16,97	VI	16,08
Ia	5,59	VII	10,24

In welch schlimmen Zustand sich die Löhne aber insgesamt immer noch befinden beschreibt die IG Druck Ende 1986 selber so: „Das Lohn- und Gehaltsniveau in der Papierverarbeitung ist so niedrig, daß in Vollzeit gearbeitet werden muß, um ein einigermaßen ausreichendes Einkommen zu erreichen.“

Eine Aufstellung in den Materialien zur diesjährigen Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier belegt das auch sehr deutlich. In der Druckindustrie trägt der Frauenanteil an den Gesamtbeschäftigten 1987 34,6% und der Anteil der Teilzeit arbeitenden Frauen an den Gesamtbeschäftigten 23,7%. In der Papierverarbeitung ist der Frauenanteil an den Beschäftigten etwas höher mit 37,8% aber insgesamt arbeiten nur 12,9% Frauen in Teilzeit.

1986 trat erstmals in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden/Woche ein zweijähriger Lohntarif in Kraft. Die Lohnerhöhung für 1986 betrug 3,5% und 1987 3,0%. Für 1988 stand dann wieder eine „normale“ Lohnrunde an mit einer Forderung von 6,5%, einigen Strukturänderungen und einer kräftigen Anhebung für die Auszubildenden in Anlehnung an den Gewerkschaftstagsbeschluß nach Ausbildungs-

vergütung in Höhe von 50% des Facharbeiterecklohns. Der Ecklohn lag 1987 im 4. Tätigkeitsjahr bei 13,19 DM. Aus Betrieben und Versammlungen lagen der Tariff Kommission mehr Forderungen vor als die Jahre zuvor, und sie bewegten sich zwischen 4% und 9%. Diese Lohnverhandlungen für die Papierverarbeitung fanden erstmals nicht im Anschluß an die für die Druckindustrie oder der IG Metall statt. Diese Reihenfolge wurde früher oftmals von Funktionären kritisiert mit der Begründung, daß auch zu Zeiten, in denen die Papierverarbeitungsbranche besser dastand als die anderen, keine höheren Abschlüsse wegen der „Vorreiterrolle“ der IG Druck oder IG Metall möglich gewesen seien. Mit 3,5% wurde abgeschlossen, was die IG Druck dann selber kritisierte: „Hierbei mußte berücksichtigt werden, daß es Unternehmerstrategie ist, zentrale Tarifvereinbarungen möglichst wieder zu zerschlagen, damit die Tarifverträge den regionalen Bedingungen besser angepaßt werden könnten ... Diese Einsicht war es letztlich, die eine große Mehrheit der

**Lohntabelle gewerblich Beschäftigte in der Papierverarbeitung 1988**

Lohngruppe	Altersklasse	DM
I	21 Jahre und darüber	9,96
II	21 Jahre und darüber	10,24
III	21 Jahre und darüber	10,58
IV	21 Jahre und darüber	10,92
V	21 Jahre und darüber	11,94
VI	ab 4. Tätigkeitsjahr	13,65
VII	ab 2. Tätigkeitsjahr	16,04

**Ausbildungsvergütungen für die gewerblichen Auszubildenden**

1. Ausbildungsjahr	660 DM
2. Ausbildungsjahr	745 DM
3. Ausbildungsjahr	855 DM
4. Ausbildungsjahr	926 DM

**Facharbeiterecklohn in Relation zur niedrigsten Hilfsarbeiter-Lohngruppe in der Papierverarbeitung**

Jahr	Eckl.	Hilfsarb.	%
1951	1,51	0,78	51,7
1955	1,75	0,90	51,4
1960	2,30	1,31	57,0
1965	3,51	2,09	59,5
1970	5,10	3,11	61,0
1975	7,48	5,04	67,4
1980	9,58	6,84	69,4
1981	10,33	7,54	73,0
1982	10,76	7,85	73,0
1983	11,10	8,10	73,0
1984	11,48	8,38	73,0
1985	11,91	8,69	73,0
1986	12,33	9,00	73,0
1987	13,19	9,63	73,0



Mitglieder der Tarifkommission veranlaßte, wenn auch zähneknirschend, die „nackten“ 3,5% hinzunehmen ... Vor dem Hintergrund der Lage in der Papierverarbeitung ist der Abschluß nicht berauschend, er ist aber durchaus eine gute Grundlage für die Verhandlungen, die in den nächsten Jahren anstehen ...“

Jetzt hat die Tarifkommission für 1989 wieder 6,5% aufgestellt wie jährlich seit

1983 (mit einer Ausnahme: 1986 wurden 7% gefordert). Aus den Landesverbänden lagen Forderungen vor zwischen 6% und 7%. Verstärkt meldete die IG Druck eine gewachsene Kraft in der Papierverarbeitung, die sich in den letzten Lohn- und Arbeitszeitskämpfen gemeldet hat. Dies zu fördern, ist eine gute Grundlage für die anstehenden Auseinandersetzungen.

## Manteltarife in der Druckindustrie und Papierverarbeitung in Verhandlung

In den beiden größten Organisationsbereichen der jetzigen Industriegewerkschaft Druck und Papier und der zukünftigen IG Medien haben am 12. und 13. Dezember Manteltarifverhandlungen begonnen. Ohne Resonanz in der Öffentlichkeit wurden die Verhandlungen über den zum 31. Januar 1989 gekündigten Manteltarif der Papierverarbeitung auf die zweite Januarhälfte 1989 vertagt. Im Mittelpunkt stehende Forderungen der IG Druck und Papier:

- die weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche und sieben Stunden am Tag mit vollem Lohnausgleich und

- die Streichung der Bestimmung über ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit in drei- und mehrschichtigen Betrieben.

Der Manteltarif der Papierverarbeitung enthält mit der Bestimmung, daß die regelmäßige Arbeitszeit auf die Werktage von Montag bis Freitag zu verteilen ist, einen Schutz gegen die Angriffe auf die 5-Tage-Woche und das freie Wochenende. Im Gegensatz hierzu ist der Manteltarif Druck für Arbeit am

Wochenende offen: „Die wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf 5 Tage zu verteilen.“ Bertelsmann und Burda haben diese offene Flanke bereits benutzt, um die betriebliche Produktionszeit auf 6 Tage und mehr auch außerhalb der Zeitungsproduktion auszu dehnen.

Sonntags- und zum Teil auch Samstagarbeit war in den Zeitungsdruckereien bisher schon üblich. Zuerst die zum Bertelsmannkonzern gehörige Gruner & Jahr AG setzte im Itzehoeer Betrieb die Ausdehnung der Produktion auf sechs Tage in der Woche durch. Dies folgte auf den Tarifabschluß 1984 (38,5-Stunden-Woche). Die Umsetzung des Tarifergebnisses 1987 brachte zwei neue erhebliche Einbrüche in die bisher übliche Betriebslaufzeit von Montag bis Freitag außerhalb der Zeitungsproduktion. Mohndruck in Gütersloh — Zentrale des Bertelsmannkonzerns — führte mit Zustimmung des Betriebsrats zu dem dreischichtigen Betrieb eine „Wochenendschicht“ ein: Frühschicht am Freitag, Frühschicht am Samstag, Nachtschicht von Sonntag auf Montag. Der

Burdakonzern stand nicht nach und setzte im Sommer des Jahres im Stammwerk Offenburg ebenfalls eine Art Kontischicht durch, die lediglich noch den Sonntag als Reserve für Mehrarbeit auspart.

Die Tarifkommission Druck verlangt die Beschränkung der Wochenendarbeit auf die Herstellung von Sonntagszeitungen und von Tageszeitungen, die am Montag erscheinen. Allgemein soll gelten: „Die wöchentliche Arbeitszeit ist für die einzelnen Arbeitnehmer auf die Tage Montag bis Freitag zu verteilen.“ Der Bundesverband Druck hat diese Forderung rundweg abgelehnt. Auf den Samstag als Produktionstag und das Wochenende sei nicht zu verzichten, u.a. aus europäischen Konkurrenzgründen.

Die Gewerkschaft Druck und Papier hat mit Unterstützung anderer Gewerkschaften im Frühjahr dieses Jahres öffentlich zur Abwehr ungeschützter Arbeitsverhältnisse aufgerufen. Die Tarifkommission hat mit Forderungen zur Teilzeitarbeit ein tarifliches Ziel in dieser Kampagne aufgestellt. Teilzeitarbeitsverhältnisse sollen an die Zustimmung des Betriebsrates gebunden sein, dürfen nicht zum Abbau von Vollzeit Arbeitsplätzen dienen und sollen mindestens 20 Stunden in der Woche, vier Stunden am Tag betragen. Variable Arbeitszeiten sollen für unzulässig erklärt werden. Abrufarbeitsverhältnisse sollen als Ausnahme auf die Zeitungs- und Zeitschriftenproduktion beschränkt werden und der Zustimmung des Betriebsrates unterliegen.

Mit entschiedener Ablehnung und Aktionen bis hin zu Warnstreiks haben insbesondere die Maschinenbesetzungen und Beschäftigten in den Zeitungs- und Zeitschriftendruckereien und den übrigen dreischichtigen Betrieben der Druckindustrie gegen die Besteuerung der Zuschläge für Arbeit in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen protestiert. Die Besteuerungspläne wurden nicht aufgehoben, ein Ergebnis jedoch dieser Aktionen war die Aufnahme von Übergangsfristen bis einschließlich 1992 in das Gesetz, um einen tarifvertraglichen Ausgleich zu ermöglichen. Als Bestandteil der Manteltarifforderungen wird dieser tarifliche Ausgleich von der Tarifkommission zum Ausgleich der schrittweise steigenden Steuerbelastung der Zuschläge gefordert. Klemm, Pressesprecher des Bundesverbandes Druck, kündigte die Ablehnung mit der Begründung an, der Ausgleich staatlicher Besteuerung sei keine Aufgabe der Tarifpolitik.

An die erste Stelle ihrer Forderungen zum Neuabschluß des Manteltarifs hat die Tarifkommission den Gesundheitsschutz gestellt. Grundsatz des neu aufzu-

nehmenden Abschnittes „Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz, Arbeitsumwelt“ soll sein:

„Von Arbeitsstoffen, Geräten bzw. Maschinen und Arbeitsbedingungen dürfen keine Gefahren für Leben und Gesundheit einschließlich der Arbeitskraft von Beschäftigten ausgehen. Fehlbeanspruchungen, insbesondere Über- oder Unterforderungen sind zu vermeiden, u.a. durch Bereicherung der Arbeitstätigkeit und Sicherung von Mindestarbeitsinhalten, durch Mischarbeit sowie durch ganzheitliche Arbeitsbereiche.“

Der Betriebsrat soll das Recht haben, zu prüfen und die Beseitigung gefährdender Arbeitsbedingungen zu verlangen. Einzelne oder gemeinsam sollen die Beschäftigten außerdem ein Beschwerderecht haben und berechtigt sein, die Arbeit zu verweigern, wenn Gefährdungen nicht in zumutbarer Frist abgestellt werden oder akut sind. Die Vertreter des Bundesverbandes Druck beklagen „die

Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates durch die Hintertür“.

Als weitere Forderungen hat die Tariff Kommission aufgestellt:

— Begrenzung der täglichen Pausen auf insgesamt eine halbe Stunde, soweit gesetzliche Regelungen nicht zwingend etwas anderes vorschreiben. Durch die Bindung von Ausnahmeregelungen ausschließlich an die Zustimmung des Betriebsrats soll verhindert werden, daß Arbeitszeitverkürzung in Pausenverlängerung umgewandelt wird. Auf diese Weise versuchten Druckkapitalisten, die Vier-Nächte-Woche im Dreischichtbetrieb zu verhindern.

— Begrenzung der Zahl der Überstunden auf 25 im Kalendervierteljahr für den einzelnen Beschäftigten.

— Auf die tarifliche Jahresleistung soll auch bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor oder zum Ende des betreffenden Jahres Anspruch bestehen.

und Druckformherstellung, Druck, Buchbinderei) ist Kern der Anhänge. Verbunden damit sind Verpflichtungen betreffend Arbeitsorganisation und -bedingungen, über Zulagen und Besetzungsregelungen an den Druck- und Weiterverarbeitungsmaschinen. Zu diesen Ansprüchen und Verpflichtungen gerät die Umwälzung der Arbeitsorganisation und die fortschreitende Arbeitsteilung durch die Rationalisierungsbestrebungen der Druckkapitalisten in Konflikt.

So konnte sich der Streik 1978 gegen die Auswirkungen der Verdrängung des Bleisatzes durch den Fotosatz auf die Anhänge zum Manteltarif beziehen und durch den Tarifvertrag über die Einführung rechnergesteuerter Textsysteme („RTS-Vertrag“) Schutzbestimmungen bzw. Übergangsbestimmungen erreichen. Gegenwärtig sind vor allem die in den Anhängen enthaltenen Besetzungsregelungen für Druckmaschinen heftig umstritten. Die Kapitalisten begründen mit den zunehmenden elektronischen Kontroll- und Steuerungsausrüstungen ihre Forderung nach Beseitigung der Besetzungsbestimmungen.

Insgesamt seien die Anhänge „technologisch überholt“ und ihre Bestimmungen stünden im Widerspruch zu dem „Verfassungsgebot freier Berufsausübung“. Für die Freiheit von Berufsausübung, die ihnen dabei vorschwebt, hat der britische Zeitungskapitalist Murdoch das Vorbild geliefert: Entlassung einer ganzen Belegschaft, Betrieb der Druckmaschinen durch Elektriker.

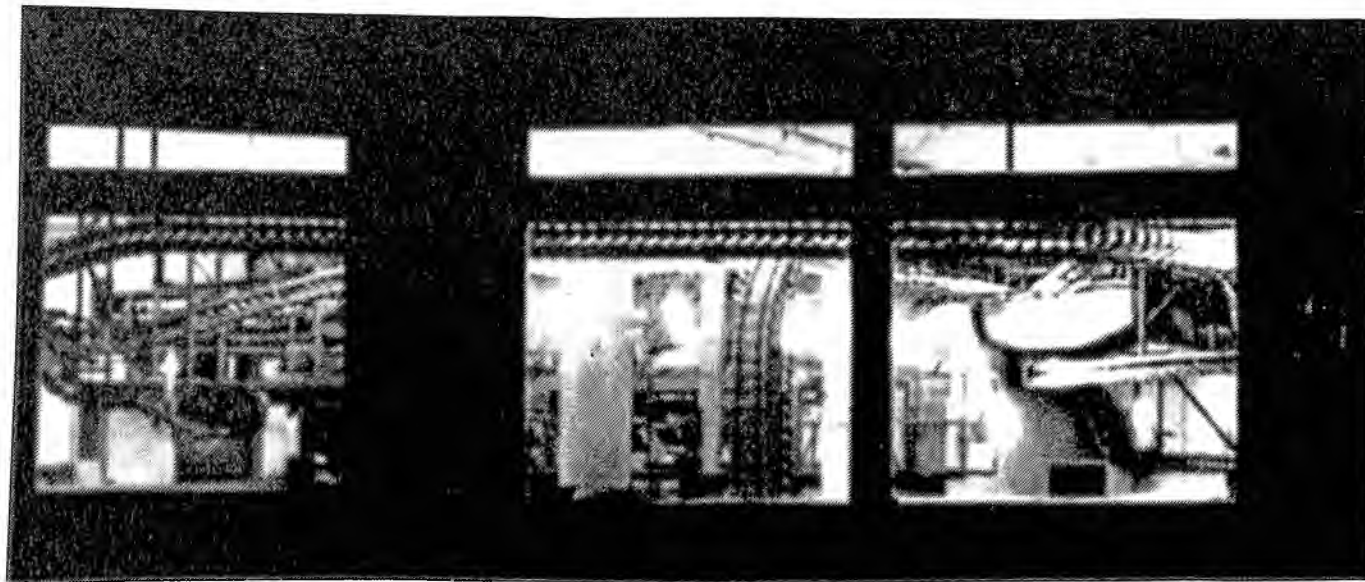
Die Gewerkschaft verlangt eine Wiederinkraftsetzung der Anhänge mit drei

## Bundesverband Druck fordert die Gewerkschaft heraus

Auf die Forderungen der Gewerkschaft zum Neuabschluß des Manteltarifvertrages in der Druckindustrie hat der Bundesverband Druck mit einer Herausforderung geantwortet: durch Kündigung der „Anhänge“ zum Manteltarif Druck.

Die „Anhänge“ erinnern an die Bildung der Industriegewerkschaft aus Berufsverbänden. Während in anderen Industriezweigen die kapitalistische Ver-

wertung der Arbeitskraft eine Abstraktion von jedem konkreten Inhalt der Lohnarbeit erzwungen hat — z.B. ausgedrückt in der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“ — hat sich in der Druckindustrie eine Orientierung am Beruf noch halten können. Der Anspruch auf den Schutz dieser beruflich gebildeten Arbeitskraft und ihrer Betätigungsmöglichkeit in den Produktionsabschnitten (Satz-



Klampt Druck GmbH in Speyer ist eine Akzidenz-Druckerei mit derzeit 480 Beschäftigten. Monatlich fallen regelmäßig zwischen 6000 und 7000 Überstunden an. Hauptbetroffen sind die Beschäftigten in den Abteilungen: Offset-, Tiefdruck, Montage und Reprografie. In den Druckabteilungen wird dreischichtig gearbeitet. Überstunden in diesen Abteilungen — und hier ist die Regelmäßigkeit groß — bedeuten Wochenendarbeit. Nicht wenige Drucker und Helfer haben übers Jahr gesehen maximal sechs Wochenenden ohne Arbeit, dies über mehrere Jahre hinweg. Viele sehen nur in dieser ungeheuren Ausdehnung der Arbeitszeit eine Möglichkeit, an das Geld für das Lebensnotwendige heranzukommen.



geringfügigen Modifikationen. Auch nach gewerkschaftlichen Maßstäben setzen die Anhänge den Rationalisierungs- und Intensivierungsbestrebungen der Druckkapitalisten nur geringe Schranken. Vielfach werden auch diese unterlaufen wie beispielsweise in der Besetzung der immer verbreiteter eingesetzten Rollenoffsetmaschinen. Dennoch hatte

sich die Tarifkommission nicht zu Forderungen entschlossen, weil die Erfolgsaussichten für sehr gering gehalten wurden. Nun versuchen die Kapitalisten, diese Lage zu nutzen, um ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Sie lassen bisher offen, ob und unter welchen Bedingungen sie zu einer Wiederin-kraftsetzung der Anhänge bereit wären.

## Facharbeiterorientierung gefährdet gewerkschaftliche Mobilisierung

Die IG Druck und Papier befindet sich somit in den Manteltarifaueinandersetzungen in einer äußerst schwierigen Lage. Wo die Gewerkschaft die Initiative sucht — z.B. Sicherung des freien Wochenendes —, stehen betriebliche Niederlagen zu Buche und zwar gegenüber maßgebenden Konzernen. Wo die Kapitalisten zur Kündigung tariflicher Bestimmungen übergehen — ein in ihrer Presse als nahezu einmalig kommentiertes Vorgehen —, hält die Gewerkschaft die Kampfbedingungen für schwierig.

Daß es in wichtigen Betrieben zu Niederlagen bzw. zur Aufgabe gewerkschaftlicher Positionen gekommen ist, drückt sinkenden Einfluß gewerkschaftlicher Politik aus. Dies kann seine Erklärung nicht bloß darin finden, daß z.B. Mohndruck in Gütersloh etwas besser bezahlt und besondere Verdienste um die Fabrikation einer „hauseigenen“ Betriebsideologie erworben hat.

Wesentlich für den Rückgang gewerkschaftlichen Einflusses ist, daß die Politik der IG Druck und Papier in den zurückliegenden Jahren Einigungsbestrebungen in den Belegschaften weniger unterstützt und im Gegenteil Möglichkeiten zum Auseinanderdriften der Interessen und zur Entwicklung von Konkurrenz in den Belegschaften eröffnet hat. In der Druckindustrie markiert diese Entwicklung der Lohnrahmentarif 1984. Gegenüber den Bestrebungen zur Anhebung der unteren Lohngruppen drückt er eine Wende aus: „Gewonnen“ haben die Facharbeiter, für die die Nachfrage mit Einsatz von mehr Elektronik zunimmt (z.B. Drucker an einer Vierfarb-Rotation gegenüber dem Drucker an einer Einfarbenmaschine), „verloren“ haben vor allem Teile der Hilfskräfte. So ist diese Lohnpolitik Ausdruck des von den Kapitalisten vorangetriebenen Prozesses der Arbeitsteilung und Rationalisierung auf Basis zunehmenden Einsatzes elektronisch gesteuerter Maschinen geworden.

Die Arbeitszeitpolitik mit ihrer praktischen Durchführung auf Kosten des Lohns, ihren vielfachen Differenzierung-

gen unter der Gesamtregie betrieblicher Erfordernisse und der Ausdehnung von Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit im Gefolge hat das Auseinanderdriften von Interessen innerhalb der Belegschaften weiter verstärkt. So erklärt sich vielleicht, daß gerade dort, wo es um den Einsatz fortgeschrittener kapitalistischer Technologie im großen Maßstab ging, die Auseinandersetzung innerhalb der Belegschaften am heftigsten wurden.

Die Diskussion und Prüfung dieser Gründe für sinkenden Einfluß gewerkschaftlicher Positionen muß zu Ansatzpunkten für die Unterstützung und Verstärkung der Einigungsbestrebungen in den Belegschaften führen:

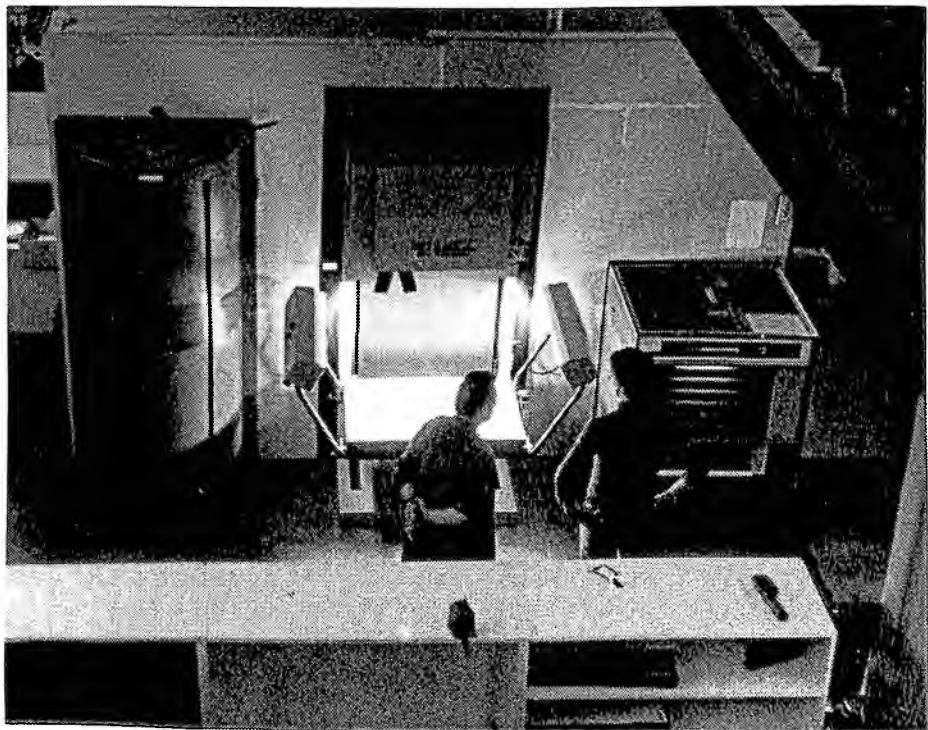
— Es ist nicht sinnvoll, für das freie Wochenende zu streiten und den Bestrebungen zur Ausdehnung der Schicht- und Nachtarbeit nichts entgegenzusetzen.

— Es ist nicht sinnvoll, für die Erhaltung der Besetzungsregeln in den Anhängen aufzutreten, aber gegen die steigenden Leistungsanforderungen z.B. in der

Texteingabe oder bei Transport und Verpackung der gewaltigen Papiermengen an den Rotationen nichts zu unternehmen.

— Die negativen Folgen der Differenzierung durch den Lohnrahmenvertrag und der Arbeitszeitpolitik für die Einführung bzw. Aufrechterhaltung niedrigster Löhne müssen bekämpft werden.

Weil eine möglichst weitgehende Durchsetzung der IG Druck und Papier in diesen Manteltarifaueinandersetzungen auch für die anderen Tarifbereiche von ziemlicher Bedeutung ist, steht viel auf dem Spiel. Darüber sind sich natürlich auch die Kapitalisten im klaren. Es ist daher kaum zu erwarten, daß es zu annehmbaren Ergebnissen ohne die Unterstützung durch eine kräftige Lohnbewegung kommen wird. Auch wenn in der Druckindustrie der Lohn tarif erst in einem Jahr von der Gewerkschaft gekündigt werden kann, muß die Frage danach bereits jetzt Bestandteil der Einigungsbestrebungen zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen sein.



## Lohnentwicklung Boschkonzern

# Trotz Tarifierhöhung findet Nominallohnsenkung statt

Die Lohndiskussion in der IG Metall ist im Gange und läßt sich auch durch Funktionärsäußerungen nicht mehr verbieten. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Bekanntlich erzielten die Metallkapitalisten 1987 Rekordgewinne. Die bilanziell ausgewiesenen Jahresüberschüsse der 100 großen Metallunternehmen stiegen 1987 um 12,5%. Diese Entwicklung setzt sich dieses Jahr fort. Demgegenüber wurden die Tariflöhne und Gehälter 1987 nur um 3,7% und 1988 um 2% erhöht. Für 1989 ist ein Tariflohnanstieg von 2,5% vereinbart.

Aber damit geben sich die Unternehmensverbände nicht zufrieden. Sie fordern verstärkte Flexibilisierung der Löhne und Gehälter. Sie behaupten, das Lohn- und Gehaltsgefüge sei zu starr. Auch auf die individuellen Ansprüche der Lohnabhängigen wird abgehoben. Löhne müßten sich stärker nach Qualifikation, Branche, Region und Betriebsergebnis unterscheiden. Politiker wie Lothar Späth behaupten verstärkte Individualisierungstendenzen unter den Lohnabhängigen und sehen die Krise der Gewerkschaften vor allem darin, daß sie auf den steigenden Angestelltenanteil und auf die wachsenden individuellen Ansprüche der Arbeitnehmer zu unflexibel reagieren würden. Auch in den Gewerkschaften findet diese Diskussion starken Widerhall. Zum Beispiel auf dem letzten Zukunftskongreß der IG Metall formulierte Franz Steinkühler, erster Vorsitzender: „Klar ist, die Gewerkschaften müssen sich ändern, und dies nicht nur, weil sich die internationalen Bedingungen geändert haben. Die Menschen haben heute sehr viel ausgeprägtere individuelle Ansprüche. Sie wollen sich selbst verwirklichen, und die meisten Menschen haben heute materiell und sozial bessere Voraussetzungen, diese Bedürfnisse zu erfüllen.“ (siehe: „Der Gewerkschafter“, 11/88, S.IX)

In der folgenden Lohnuntersuchung wird der Frage nachgegangen, wie sich die Lohneinkommen einer genau bestimmbaren Gruppen von Arbeiterinnen und Arbeitern entwickelt haben und welchen Stellenwert für die Einkommensentwicklung die tarifliche Lohnerhöhung, betriebliche Sachverhalte wie Ausweitung des Schichtbetriebes, Kurzarbeit, betriebliche Karriere und außerbetriebliche Faktoren wie Schwangerschaft, Militärdienst einnehmen. Auch dem Einfluß von Geschlecht, Alter und Lohnhöhe auf die Einkommenssteigerung wird nachgegangen. Als Datenbasis dienen uns die steuerpflichtigen Jahreslöhne aus den Jahren 1986 und 1987 von

55 Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie sind alle in einem Großbetrieb der Elektrotechnik (Robert Bosch GmbH) im Ballungsgebiet Stuttgart in Vollarbeitszeit beschäftigt. Nicht enthalten im Einkommen sind also Versicherungsleistungen wie Krankengeld, Erziehungsgeld und Mutterschaftsgeld wie auch steuerfreie Lohnbezüge wie Schichtzuschläge.

1987 war ein Rekordjahr der Autoproduktion, während es 1986 besonders im Dieselmotorbereich einige Einbrüche gab, so daß eigentlich für 1987 ein stärkerer Anstieg der Jahresverdienste zu erwarten gewesen wäre. Ein Vergleich der steuerpflichtigen Jahreseinkommen der Jahre dieser Arbeiterinnen und Arbeiter zeigt jedoch, daß die Gesamtlohnsumme von 2 Mio. 138814DM auf 2 Mio. 113713DM sank. Das ist ein Lohnabbau von 1,2%. Das Ergebnis überrascht um so mehr, als im Jahr 1986 in diesem Bosch-Bereich bis zu acht Tagen Kurzarbeit angeordnet waren und 1987 eine Tarifloohnerhöhung von 3,7% fällig wurde. Ein Blick in den Geschäftsbericht der Robert Bosch GmbH enthüllt, daß dieses Ergebnis nicht aus dem Rahmen fällt. Die Löhne und Gehälter stiegen laut Geschäftsbericht für 1987 im gleichen Zeitraum von 3,54 Milliarden DM auf 3,63 Milliarden (+2,5%), während die Anzahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 3,4% wuchs, von 68481 auf 70861. Löhne und Gehälter stiegen also weniger stark als die Anzahl der Beschäftigten, somit sank das durchschnittliche Einkommen.

Wie kommen solche durchschnittlichen Lohnsenkungen zustande? Im ersten Schaubild sind Einkommensverluste und Einkommensgewinne abhängig von der Lohnhöhe eingetragen. Es gibt Extremfälle bei Verlusten und Gewinnen. Einen Einkommensverluste von 56% mußte zum Beispiel eine Arbeiterin im Zweischichtbetrieb hinnehmen, die 1987 Wöchnerin wurde und in Erziehungsurlaub ging. Andererseits hat ein junger türkischer Arbeiter 1987 einen Einkommenszuwachs von 24,1% erzielt, weil er ein Jahr davor acht Wochen unbezahlten Urlaub für den Kurzwehrdienst nehmen mußte. Solche Extremfälle gibt es immer, und sie sind vor allem begründet in Schwangerschaft, Militärdienst, teilweise in langandauernder Krankheit. Diese Situationen sind besonders typisch für die jüngere Arbeiterschaft (siehe das dritte Schaubild).

Aus dem ersten Schaubild läßt sich aber keine Abhängigkeit der prozentualen Lohnänderung von der Lohnhöhe

feststellen. Ein Vorarbeiter erhöhte sein Einkommen um 11% vor allem infolge einer Höhergruppierung. Ein Reparaturarbeiter erhöhte sein Einkommen um 7,7% durch Wechsel vom Zweischichtbetrieb in den Dreischichtbetrieb und durch Wegfall von Kurzarbeit. Es sind betriebliche Faktoren, die die Lohnentwicklung erheblich beeinflussen. Betriebliche Faktoren wirken sich in diesen Fällen stärker aus als tarifliche Erhöhungen.

Für Lohnsenkungen lassen sich ebenfalls Gründe festmachen: So erlitt ein Maschinenarbeiter in 1987 Lohnseinbußen von 0,8% durch Wegfall von Überstundenarbeit. Das ist ein Sachverhalt von größerer Bedeutung: Unternehmen wie die Robert Bosch GmbH bauen bezahlte Überstunden ab und nutzen die Möglichkeiten der Flexibilisierung, um bei Arbeitern die Zeitguthaben anzuhäufen. Laut Betriebsrats-Mitteilung von Oktober 1988 hatte bei Bosch in Feuerbach jeder fünfte Arbeiter in der Produktion ein Zeitguthaben von 20 bis 40 Stunden. Der Anteil der Überstunden an der geleisteten Arbeitszeit beträgt circa drei Prozent, vor fünf Jahren war der Überstundenanteil noch doppelt so hoch.

Die Aufgliederung der Einkommenszuwächse nach Altersklassen im dritten Schaubild zeigt erwartungsgemäß eine direkte Abhängigkeit der Lohnänderung vom Alter. Größere Veränderungen gibt es bei den jugendlichen Arbeitern, obwohl alle hier untersuchten Personen in Vollzeit arbeiten. Lebensumstände wie Schwangerschaft und Militärdienst bewirken aber bei diesen jüngeren Arbeitern insgesamt einen Einkommensverlust von 2,7%. Anders bei der Gruppe der 35- bis 50jährigen: Diese Gruppe ist relativ homogen und hat einen Einkommenszuwachs von 0,25% erzielt. Wenn Lohnverluste bei einzelnen aus der Gruppe der 35- bis 50jährigen auftreten, dann lassen sie sich vor allem auf langandauernde Krankheiten und Arbeitsunfälle zurückführen. Wer bei den Jüngeren langandauernd krank ist, wird im Laufe der Zeit von der Firmenleitung entfernt. Nicht so leicht ist dies zur Zeit noch bei Arbeitern, die in jahrelanger Akkord- und Schichtarbeit ihre Gesundheit verbraucht haben. Hier greift Bosch eher alle sechs bis sieben Jahre zu Abfindungsaktionen.

In der Gruppe der Älteren über 50 Jahre gibt es nur eine Person. Sie hat einen Lohnverlust von 2,1%. Andere Untersuchungen belegen, daß in dieser Altersgruppe eine leichte Absenkung der

durchschnittlichen Jahresverdienste eintritt. (1)

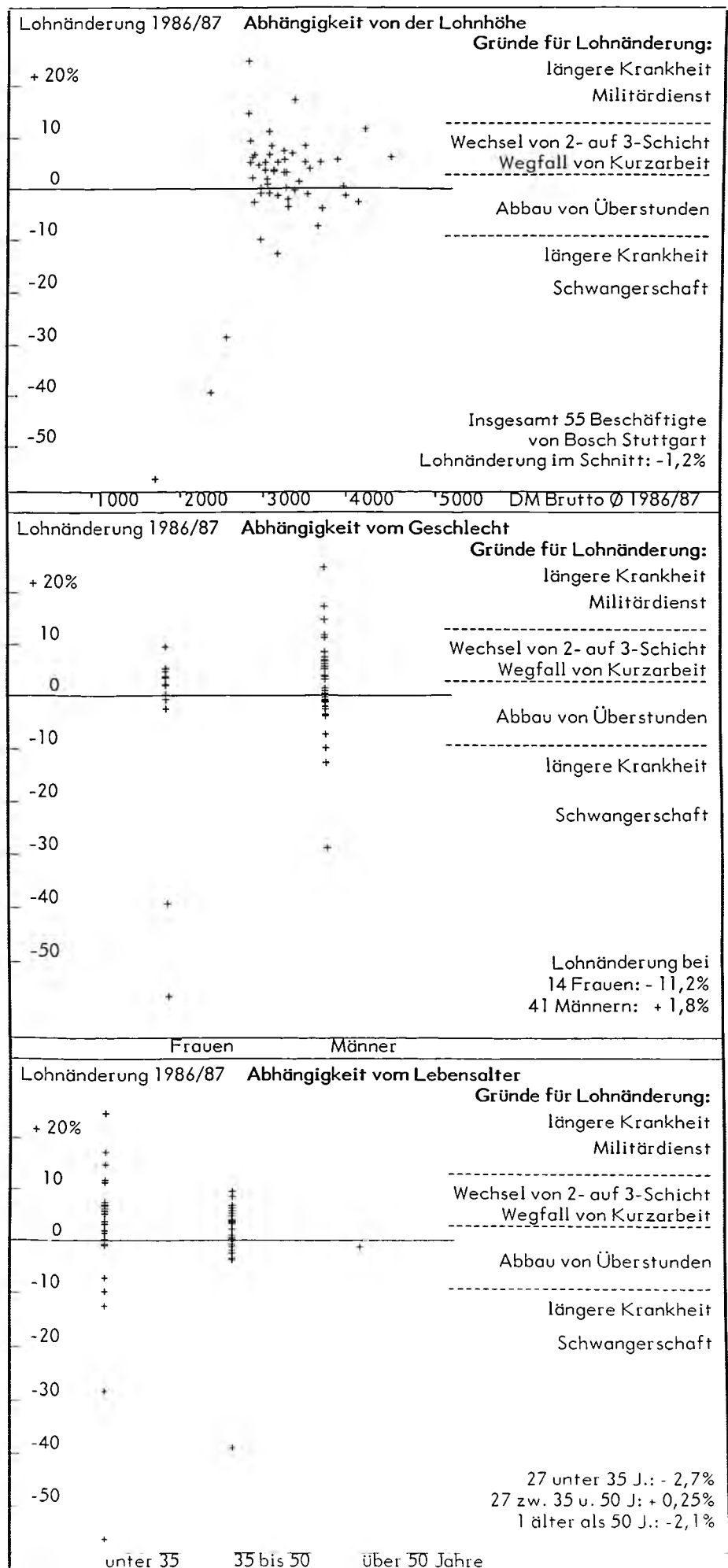
Die Unterscheidung nach Geschlechtern (weiblich/männlich) im zweiten Schaubild ergibt keine größeren Abweichungen. Zwar haben die 14 Arbeiterinnen einen Lohnverlust von 11,2% wegstecken müssen vor allem wegen Schwangerschaft. Die Arbeiter hatten demgegenüber einen Einkommenszuwachs von 1,8%. Von einer klaren Benachteiligung der Arbeiterinnen bei Lohnänderungen durch betriebliche Lohnpolitik kann in diesem eng umgrenzten Produktions-Bereich kaum die Rede sein.

Die Erhebung zeigt, daß Änderungen im Lohneinkommen auch bei Arbeitern erheblich sind, je jünger die Altersgruppe ist, umso stärker ändern sich die Jahresverdienste. Von einem einheitlichen Lohnneinkommensgefüge überhaupt kann nicht die Rede sein, auch nicht bei den an- und ungelernten Arbeitern. Zu groß sind die Auswirkungen der individuellen Angelegenheiten und zu groß sind auch die Auswirkungen des Geschäftsverlaufes. Dadurch wird vor lauter „Individualisierung“ der tatsächliche Bezug zwischen tariflicher Lohnerhöhung und betrieblicher Lohnpolitik verdunkelt. Gründe für Unterschiede im Lohn scheinen in der Person zu liegen, der eine hat halt mehr „Glück“ gehabt. Die große Verschiedenheit der Jahreseinkommen verdeckt, wie die Kapitalisten die Lohnsumme tatsächlich drücken konnten. Lohnverluste sind demnach nicht nur das Ergebnis von Inflation, und der Wert der Ware Arbeitskraft wird nicht nur durch steigende Ausbeutung gesenkt, sondern sogar die nominale Lohnsumme wird pro Beschäftigten und teilweise sogar überhaupt gesenkt. Die Kapitalisten drücken die Gesamtlohnsumme. Sie nutzen rigoros die Flexibilisierung der Arbeitszeit aus. Überzeit wird nicht mehr als Überzeit bezahlt, und die Möglichkeit des Abfeierns hängt von betrieblichen Belangen ab. Und die Arbeiter werden zu immer größerer Anspannung der Arbeitskraft gezwungen.

Die Untersuchung bezog sich auf den Zeitraum 1986 auf 1987. Im Jahr 1988 hat sich diese Entwicklung verstärkt. Zum Beispiel ließ sich anhand der Weihnachtsgeldzahlung feststellen, wie sich das Weihnachtsgeld bei Bosch als 50%iger Anteil des durchschnittlichen Einkommens entwickelte. In mehrere Fällen betrug der Anstieg ganze 3 DM, das entspricht einer Erhöhung um circa 0,2%. Durch die Flexibilisierung haben die Arbeiter nicht nur an Freizeit und Lebenszeit verloren, sondern auch an Lohn.

Das sind Sachverhalte, bei denen Gewerkschaft aufgefordert ist zum Handeln. Ein kollektiver Widerstand gegen die weiteren Lohnsenkungen ist nötig.

(1) WSI-Mitteilungen 10/88, S. 617 ff. — (alk. ros)





## Gorbatschows Abrüstungsinitiative

Der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, hat in seiner UNO-Rede anscheinend den NATO-Staaten eine Überraschung serviert. Seine Ankündigung, daß die UdSSR ihre Streitkräfte um eine halbe Million Soldaten reduzieren und einen Teil ihrer Panzer und Kampfflugzeuge abbauen werde sowie sechs Panzerdivisionen aus der DDR, der CSSR und Ungarn abziehen werde, traf die kurz darauf stattfindende NATO-Außenminister-Tagung unvorbereitet. NATO-Generalsekretär Wörner stellte sofort fest, die militärische Überlegenheit der UdSSR bestehe immer noch. Welche Absichten verfolgt die UdSSR mit ihrer Abrüstungsinitiative, wie reagieren die imperialistischen Staaten darauf?

## Ist die Unabhängigkeit Namibias in Sicht?

Obgleich Südafrika ein Abkommen unterzeichnet hat, in dem es zusichert, ab 1. April 1989 die Unabhängigkeit des von ihm besetzt gehaltenen Namibias einzuleiten, bleiben aus dem Abkommenstext noch viele Fragen offen. Insbesondere ist unklar, wie die Möglichkeiten der Kräfte des Befreiungskampfes sein werden, in diesen Prozeß einzugreifen, ob nicht Südafrika viele Mittel in der Hand behält, diese Kräfte auch nach formaler Unabhängigkeit weiter anzugreifen und Namibia abhängig zu halten. Wie stellt sich die SWAPO, die seit 22 Jahren den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit führt, zu den Vereinbarungen? Welche Absichten verfolgt Südafrika mit dem Abkommen?



## Werftindustrie: Steigende Gewinne im Schiffbau

Die Werftindustrie ist in den vergangenen Monaten nicht aus den Schlagzeilen der Presse verschwunden. Allerdings haben sich die Vorzeichen geändert: waren es vorher immer die Meldungen über erneute Massenentlassungen, Betriebsfusionen oder -stillegungen, so wird doch jetzt immer häufiger von erfolgreichen Auftragsabwicklungen und guten Geschäftsjahren berichtet. Die Auftragsbücher vieler Werften sind gefüllt, Überstunden werden reichlich gefahren. Die Werftindustrie der Bundesrepublik ist in den vergangenen zehn Jahren in großem Maßstab neu geordnet worden, so, wie es schon in den sechziger Jahren von den großen Werftkonzernen geplant war. Neue Angriffe stehen den Belegschaften ins Haus.

## Umstritten: Sozialprogramm der EG-Kommission

Das von EG-Kommissar Marin vorgelegte Sozialprogramm der EG-Kommission scheint dazu angelegt, die Forderungen der Gewerkschaften zu unterlaufen. Die vom Europäischen Gewerkschaftsbund geforderte Sozial- und Beschäftigungspolitik wird von dem Kommissar umdefiniert in eine Strategie der „wirksameren und umfassenderen Nutzung aller vorhandenen Ressourcen“ im Binnenmarkt. Dies führt nicht zu den vom EGB geforderten sozialen Mindeststandards, sondern genau zur Verhinderung derselben. Während der Unmut beim EGB wächst und er immer nachdrücklicher eine europäische Sozialcharta fordert, haben die Arbeitsminister der EG Streit über das Programm und lassen es von einer Gruppe hoher Beamter überarbeiten.



### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten  
— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

**Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien,**  
erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

### Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

Tele 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m b H

5 Köln 1 Zulpicher Straße 7 Postfach 260226

Tele 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

### Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM

Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront** 0,50 DM

**Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe** — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM

**Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik** — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse** — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik** — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

**Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik** — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM

**Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m b H  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Guntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen  
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Walldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58, Konten Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144 39 3600. Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Henke Detjen für Auslandsberichterstattung, Rudiger Lotzer für Aus Verbänden und Parteien, Martin Lopp für Reportagen und Berichte regional, Gunter Baumann für Aus Kultur und Wissenschaft, Diskussionsbeiträge: Angela Lux für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kusler

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie, AG Medien in der Volksfront, AG Me des NH Chemie, AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront, AGG der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik, AGB der AG für Kommunalpolitik, AGK der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, ZF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollendoffset, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Arbeiter.